

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE

02/24
MÄRZ / APRIL

AMNESTY JOURNAL

WWW.AMNESTY.DE/JOURNAL

Krise und Hoffnung

Menschenrechte im Sahel



Maßgeschneiderte Zukunft

Wie sich Frauen aus Nigeria in Italien der Ausbeutung durch die Mafia entziehen

Der amerikanische Traum

Ein Künstler sammelt Gegenstände, die an der US-Grenze weggeworfen wurden

AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

TITEL: MENSCHENRECHTE IM SAHEL

| | |
|--|----|
| Burkina Faso, Mali, Niger: Drei Putsch und die Folgen | 12 |
| Migration durch die Wüste: Niger als Transitland | 16 |
| Binnenflucht: »Die Staaten müssen kooperieren« | 18 |
| Tschad: Hebammen verbessern Gesundheitsversorgung | 20 |
| Klimakrise: Verlust und Trauma überwinden | 22 |
| Senegal: Prozesse und Gewalt | 24 |
| Amnesty vor Ort: Das Regionalbüro in Dakar | 25 |
| Mauretanien: Sklaverei geduldet | 26 |
| Kommentar: Planlos in die Zukunft | 27 |

POLITIK & GESELLSCHAFT

| | |
|--|----|
| Italien: Migrant*innen betreiben eigene Näherei | 30 |
| Israel: Jüdisch-palästinensische Kooperationen | 36 |
| Rassismus: Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland | 38 |
| Repression im Iran: Fotografin Maryam Mazrooei im Exil | 40 |
| Wasser: Knappe Reservoirs, viele Konflikte | 44 |
| Graphic Report: El Salvador | 48 |
| Venezolaner*innen in Deutschland: Auch von hier aus die Wahl haben | 50 |
| Technologie: Künstlich intelligent, ethisch dumm | 52 |

KULTUR

| | |
|--|----|
| Fotokunst: Dokumentation weggeworfener Gegenstände an der US-mexikanischen Grenze | 56 |
| Theater in Griechenland: Die unsichtbare Mauer einreißen | 60 |
| Politischer Comic: Michele Rech alias Zerocalcare | 62 |
| Japanische Künstlerin: Mari Katayamas Kampf für Gleichheit | 64 |
| Hindunationalistischer Pop: Wo die Häuser Safran tragen | 66 |
| Buch: Annie Proulx über Moore und Klimaschutz | 68 |
| Musik: Brigade Futur III | 70 |

RUBRIKEN

Panorama **04** Einsatz mit Erfolg **08** Spotlight: Belarus **34**
Was tun **42** Porträt: Shahnewaz Chowdhury **54** Dranbleiben **55**
Rezensionen: Bücher **69** Rezensionen: Film & Musik **71**
Briefe gegen das Vergessen **72** Aktiv für Amnesty **74**
Kolumne: Auf den Punkt **75** Impressum **75**

Überleben wird schwieriger.

Die Menschenrechtslage in den Sahelstaaten Burkina Faso, Mali und Niger hat sich weiter verschlechtert. Tausende Menschen wurden getötet, Millionen sind auf der Flucht. Angriffe bewaffneter Gruppen, Entführungen und Raub gehören für die Bevölkerung in den drei Ländern zum Alltag.



12

20



Von der Hütte in den Kreißsaal.

Fast nirgendwo sonst sterben so viele Frauen bei der Geburt wie im Tschad. Im Kampf für eine bessere Gesundheitsversorgung spielen Hebammen eine zentrale Rolle.

36

Gemeinsam gegen den Hass. Eine Handvoll Initiativen setzt sich weiter für die Gleichberechtigung von jüdischen und palästinensischen Israelis ein – kritisch beäugt von der Mehrheitsgesellschaft, aber mit langem Atem.



56



Wenn vom amerikanischen Traum nur eine Zahnbürste bleibt. Der Künstler Tom Kiefer sammelte Gegenstände, die Migrant*innen an der US-mexikanischen Grenze weggenommen wurden und schuf daraus eine fotografische Langzeitdokumentation.

64



Da fehlt gar nichts. Mari Katayama ist die wohl bekannteste Künstlerin Japans, die eine körperliche Behinderung hat. Indem sie diese ins Zentrum ihrer Werke stellt, ist sie auch eine Kämpferin für Gleichheit.

Neue Konvois ab Agadez.

Bis zum Putsch im Sommer 2023 kooperierte Niger eng mit der EU, um Migration nach Europa einzuschränken. Das hat sich geändert: Nun ist die Wüste wieder offen.



16

30

Sich eine Zukunft schneidern.

Im Süden Italiens beutet die Mafia afrikanische Migrant*innen aus. In einer ehemaligen Mafiaresidenz in der Nähe von Neapel betreiben Frauen aus Nigeria und aus der Region gemeinsam eine Näherei.



Reichlich Ärger aufgestaut. Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Doch Süßwasser wird knapp, und die Klimakrise verschärft die Situation. Viele Flüsse, Seen und Grundwasserreservoirs erstrecken sich über oder unter Ländergrenzen hinweg. Es gibt viele Konflikte, doch Wissenschaftler*innen geben auch Entwarnung.



44

Mammut, Gürteltier und demokratischer Föderalismus.

In seiner Heimat Italien ist Michele Rech ein Star. Teenager unterhält er mit rasanten Netflix-Serien, sein politisches Engagement für die kurdische Sache drückt er in Graphic Novels aus.

62



Titelbild: Mädchen in einer Schule in einem Vorort der nigrischen Hauptstadt Niamey, April 2023. Foto: Andy Spyra/laif

EDITORIAL NEUER SCHWUNG

Mit viel neuem Schwung ist Amnesty International in Deutschland ins Jahr 2024 gestartet, und das hat nicht zuletzt mit einer neuen Geschäftsleitung zu tun. Bereits seit November ist Julia Duchrow neue Generalsekretärin, und zugleich hat auch Judith Vitt als Kaufmännische Geschäftsleiterin mit ihrer Arbeit begonnen. Seit dem 1. Februar vervollständigen nun Christian Mihr als Stellvertretender Generalsekretär und Nadja Malak als Geschäftsleiterin Movement Building das vierköpfige Führungsteam. Ein herzliches Willkommen wünschen wir an dieser Stelle. Auf gute Zusammenarbeit!

Gute Zusammenarbeit – zwischen der Redaktion, ihren haupt- und ehrenamtlichen Unterstützer*innen und unseren freien Journalist*innen – war auch die Grundlage für den Schwerpunkt dieses Hefts zu den Sahelstaaten. Schon seit längerer Zeit wollten wir dem Thema mehr Raum geben, doch stets kam etwas dazwischen: zuerst die Coronapandemie, dann diverse Putschs und mit ihnen die Unsicherheit für Journalist*innen, in die Länder gelassen zu werden und von dort unabhängig berichten zu können.

Auf 18 Seiten haben wir nun zusammengetragen, wie bewaffnete Gruppen oder die reguläre Armee die Zivilbevölkerung terrorisieren und wie die Folgen des Klimawandels auch zu einer Verschlechterung der Menschenrechtslage im Sahel führen. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich hat sich weitgehend aus der Region zurückgezogen, russische Söldner und Berater haben ihren Platz eingenommen, Millionen Menschen sind auf der Flucht, die Versorgung mit Nahrung, Wasser und Medizin ist vielerorts unzureichend. Und inmitten dieser Krisen arbeiten Menschen daran, dass es wieder besser wird: Jeannine Koïbé, eine Hebamme im Tschad (Seiten 20/21), der Priester Joseph Bature in Nigeria (Seiten 22/23) oder die Amnesty-Mitarbeiterin Sarah Matthewson im Senegal (Seite 25).

Wir wünschen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe.



Maik Söhler ist verantwortlicher Redakteur des Amnesty Journals.

Foto: Gordon Welters

JAHRESTAGE DES SCHRECKENS

Artilleriebeschuss, Drohnenangriffe und Angst gehören seit zwei Jahren zum Alltag vieler Menschen in der Ukraine. Am 24. Februar 2022 überfiel Russland das Nachbarland. Das Ziel der russischen Invasion aus Sicht von Präsident Wladimir Putin: die Ukraine entwapfen, von »Nazis« befreien und eine Osterweiterung der NATO verhindern. Das Resultat: Zerstörung, Gräueltaten, Kriegsverbrechen, Tod. Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen, Erwachsene und Kinder wurden nach Russland verschleppt, die UN gehen von mehr als 10.000 getöteten ukrainischen Zivilpersonen aus. Wie viele Soldat*innen auf beiden Seiten starben, weiß niemand. Seit zwei Jahren steht die gesamte Ukraine unter Beschuss, doch die russische Aggression begann bereits vor zehn Jahren: Im Februar 2014 besetzten russische Soldaten ohne Rang und Hoheitszeichen die ukrainische Halbinsel Krim. Kurz darauf riefen von Russland unterstützte Separatist*innen im Osten der Ukraine die »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk aus. Seither gehören Kämpfe dort zum Alltag. Ein Ende des Krieges ist nicht abzusehen.

Im Bild: Ukrainische Soldat*innen in der Nähe von Bachmut (30. November 2023).

Foto: Johanna Maria Fritz







ZEICHEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Mehr als 150.000 Menschen demonstrierten am 3. Februar in Berlin gegen Rechtsextremismus und für Menschenrechte. Zu der Kundgebung hatte das Bündnis Hand in Hand aufgerufen, dem sich auch Amnesty Deutschland angeschlossen hat. Bereits in den Wochen zuvor waren Hunderttausende in Deutschland auf die Straße gegangen. Auslöser der Proteste waren Enthüllungen des Recherchenetzwerks Correctiv über die Pläne Rechtsextremer, Millionen Menschen aus Deutschland zu vertreiben. »Wir fordern alle Parteien auf, sich klar von menschenfeindlichen Haltungen, Hass und Hetze zu distanzieren«, sagte Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. Strukturellem Rassismus ernsthaft zu begegnen, sei die Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Die mehr als 1.000 zivilgesellschaftlichen Organisationen des Bündnisses Hand in Hand stellen Demokratie und Menschenrechte in den Vordergrund und unterstützen lokale Initiativen im Kampf gegen menschenfeindliche Positionen. Im Bild: Amnesty-Unterstützer*innen demonstrieren vor dem Bundestag gegen Rechtsextremismus und Deportationspläne (3. Februar 2024).

Foto: Jarek Godlewski / Amnesty

AUFKLÄRUNG DER TODESUMSTÄNDE NAWALNYS GEFORDERT

Der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny ist tot. Der 47-Jährige starb Mitte Februar im Straflager »Polarwolf« in Charp im Norden Russlands. Die Todesursache ist bislang ungeklärt, Angehörige und politische Weggefährt*innen des Kremlkritikers sprechen von Mord. Nawalny war nach einem Giftanschlag im August 2020 in Deutschland medizinisch behandelt worden. Nach seiner Rückkehr nach Russland war er zu mehr als 30 Jahren Haft verurteilt worden. Die Vorwürfe reichten von Betrug bis hin zu Extremismus; Nawalny hatte die Anklagen als politisch motiviert bezeichnet. Amnesty International betrachtete ihn als gewaltlosen politischen Gefangenen und forderte seit 2021 seine sofortige und bedingungslose Freilassung. »Wir sind zutiefst bestürzt über die Nachricht vom Tod Nawalnys und trauern mit seinen Angehörigen und Unterstützer*innen«, sagte Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. »Seine Inhaftierung war politisch motiviert und willkürlich. Wir fordern eine unabhängige Aufklärung seiner Todesumstände. Die Verantwortlichen für den Tod von Alexej Nawalny müssen zur Rechenschaft gezogen werden.« Im Bild: Alexej Nawalny, September 2019 in Moskau.

Foto: Sergei Bobylev / Tass / Imago Images



EINSATZ MIT ERFOLG

Weltweit beteiligen sich Tausende Menschen an den »Urgent Actions«, den »Briefen gegen das Vergessen« und an Unterschriftenaktionen von Amnesty International. Dass dieser Einsatz Folter verhindert, die Freilassung Gefangener bewirkt und Menschen vor unfairen Prozessen schützt, zeigt unsere Weltkarte. Siehe auch: www.amnesty.de/erfolge

ANDORRA

Vanessa Mendoza Cortés ist im Januar 2024 freigesprochen worden. Die Vorsitzende der Frauenrechtsorganisation Stop Violències war angeklagt worden, nachdem sie im Jahr 2019 das totale Abtreibungsverbot in Andorra kritisiert hatte. Nach einer Anzeige der Regierung hatte die Staatsanwaltschaft im Jahr 2020 drei Anklagen wegen Verleumdung erhoben, zwei davon nach internationalen Protesten aber wieder fallen gelassen. Im Dezember 2023 war der Prozess gegen Mendoza Cortés wegen eines »Verbrechens gegen das Ansehen der Institutionen« eröffnet worden. Der Freispruch ist ein wichtiger Sieg für alle Aktivist*innen, die sich für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch einsetzen. Allerdings hätte die Frauenrechtlerin gar nicht erst angeklagt werden dürfen.

CHILE

Am 3. Januar 2024 erhob die Regionale Staatsanwaltschaft in Santiago de Chile Anklage gegen drei derzeitige bzw. ehemalige **hochrangige Kommandanten der Polizei**. Sie sollen wegen ihrer mutmaßlichen Rolle bei der Unterdrückung der Massenproteste Ende 2019 zur Rechenschaft gezogen werden. Im Oktober 2019 waren in Chile soziale Unruhen ausgebrochen, auf die die Sicherheitskräfte mit zahllosen Menschenrechtsverletzungen reagiert hatten. Hunderte Demonstrant*innen verloren ihr Augenlicht durch Schüsse der Polizei. Amnesty International veröffentlichte im Jahr 2020 einen umfangreichen Bericht über die unverhältnismäßige Anwendung von polizeilicher Gewalt während der Proteste. Die Menschenrechtsorganisation wird die weiteren Ermittlungen genau verfolgen.

IRAN

1.180 Tage war die Deutsch-Iranerin **Nahid Taghavi** inhaftiert, nun ist sie wieder in Freiheit. Die iranischen Behörden gewährten der 69-Jährigen am 9. Januar 2024 Hafturlaub, weil sich ihr Gesundheitszustand in der Haft verschlechterte. Die Frauenrechtlerin muss allerdings eine elektronische Fußfessel tragen und darf sich nicht weiter als 1.000 Meter von ihrem Zuhause entfernen. Angehörige der Revolutionsgarde hatten sie im Oktober 2020 in Teheran festgenommen. Im August 2021 war Taghavi in einem unfairen Gerichtsverfahren wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer »illegalen Gruppe« und »Propaganda gegen den Staat« zu zehn Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden. Amnesty International fordert ihre bedingungslose Freilassung.

SRI LANKA

Im September 2023 wurde das Verfahren gegen **Ramzy Razeek** eingestellt, nachdem der Oberste Gerichtshof von Sri Lanka entschieden hatte, dass seine Grundrechte verletzt worden waren. Ein Gericht verurteilte Sri Lanka außerdem zur Zahlung von Schadensersatz. Ab April 2020 war der Social-Media-Aktivist und ehemalige Regierungsbeamte fünf Monate lang inhaftiert, weil er im Online-Netzwerk Facebook einen kritischen Kommentar veröffentlicht hatte. Weder wurde eine Anklage erhoben noch erhielt er angemessenen Zugang zu einem Rechtsbeistand. Amnesty International hatte wiederholt seine Freilassung gefordert.

AFGHANISTAN

Im Dezember 2023 und Januar 2024 kamen die afghanischen Menschenrechtsverteidigerinnen **Parisa Azada, Zholia Parsi und Neda Parwani** frei. Sie waren im Zeitraum September bis November 2023 von den Taliban inhaftiert worden und hatten keinen Zugang zu Rechtsbeiständen. Seit ihrer Machtergreifung im August 2021 gehen die Taliban gezielt gegen Frauen vor, die ihre Rechte einfordern. Sie werden Opfer des Verschwindenlassens, willkürlich inhaftiert, gefoltert und anderweitig misshandelt. Amnesty International setzt sich dafür ein, dass die ebenfalls im Herbst 2023 inhaftierte Manizha Seddiqi auch freigelassen wird.

INDONESIEN

Victor Yeimo, ein Unabhängigkeitsaktivist aus Papua und ehemaliger Sprecher des Nationalen Komitees von West-Papua, wurde im September 2023 aus der Haft entlassen. Er war im Mai 2021 willkürlich festgenommen worden. Wegen seines friedlichen Protests gegen rassistische Diskriminierung in Indonesien hatte man ihm Landesverrat vorgeworfen. Im Mai 2023 hatte ihn ein Gericht zwar von diesem Vorwurf freigesprochen, ihn aber wegen des »öffentlichen Verbreitens, Zeigens oder Aufklebens eines Schriftstücks oder Gemäldes, in dem Gefühle der Feindseligkeit, des Hasses oder der Verachtung gegenüber der indonesischen Regierung zum Ausdruck gebracht werden«, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Victor Yeimo dankte Amnesty International nach seiner Freilassung für die Unterstützung.

BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN – UPDATES

Mit den Briefen gegen das Vergessen (siehe Seite 72) können sich alle gegen Unrecht stark machen – allein zu Hause oder gemeinsam mit anderen. In jedem Amnesty Journal rufen wir dazu auf, an Regierungen oder andere Verantwortliche zu schreiben und sich für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Was aus ihnen geworden ist, erfahren Sie hier.

VIETNAM



Foto: privat

Chau Van Kham, ein 73-jähriger australischer Bürger und vietnamesischer Demokratie-Aktivist, ist aus der Haft entlassen worden. Chau Van Kham war, nachdem er im Januar 2019 einen humanitären Einsatz in Vietnam absolvieren wollte, kurz nach seiner Ankunft inhaftiert und später wegen Mitgliedschaft in einer »terroristischen Organisation« zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Amnesty International betrachtete ihn als gewaltlosen politischen Gefangenen. Nach seiner Festnahme verwehrten ihm die vietnamesischen Behörden den Kontakt zu seiner Familie und einem Rechtsbeistand seiner Wahl. Der Bäcker im Ruhestand litt an verschiedenen Gesundheitsproblemen, ob er angemessen medizinisch versorgt wurde, ist ungewiss. Chau Van Kham war in den 1980er Jahren von Vietnam nach Australien geflüchtet.

(Dezember 2020)

VENEZUELA



Foto: privat

Um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, hat die venezolanische Regierung zahlreiche Menschen willkürlich inhaftiert, darunter Lehrer*innen, Gewerkschafter*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen. Der Journalist und politische Aktivist **Roland Carreño** ist inzwischen freigelassen worden. Er war im Oktober 2020 inhaftiert worden. Seit zehn Jahren dokumentiert Amnesty International den politisch motivierten Einsatz willkürlicher Haft als Teil der Unterdrückungspolitik der Regierung. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Venezuela schätzen, dass zurzeit etwa 300 Personen aus politischen Gründen inhaftiert sind. Laut der Organisation Foro Penal wurden in den Jahren seit 2014 mehr als 15.700 Menschen willkürlich inhaftiert.

(Oktober 2023)



Menschenrechte im Sahel

In Burkina Faso, Mali und Niger haben Militärs die Staatsgewalt übernommen und richten nun die Politik neu aus: weg von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und der EU, hin zu neuen Bündnissen mit russischer Unterstützung. Auch andere Staaten der Sahelzone beklagen schwere Probleme wie bewaffnete Konflikte, Mangelernährung, geringe medizinische Versorgung und Folgen des Klimawandels. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Millionen andere leben in Unsicherheit. Ihre Rechte werden vielfach verletzt.

**Mit Gewalt aus der Heimat vertrieben:
Eine Frau im Flüchtlingslager Kongoussi,
Burkina Faso, März 2020.**

Foto: Finbarr O'Reilly/The New York Times/Redux/laif

Überleben wird schwieriger

Die Menschenrechtslage in den Sahelstaaten Burkina Faso, Mali und Niger hat sich weiter verschlechtert. Tausende Menschen wurden getötet, Millionen sind auf der Flucht. Angriffe bewaffneter Gruppen, Entführungen und Raub gehören für die Bevölkerung in den drei Ländern zum Alltag. **Von Bettina Rühl**



Glück gehabt: Kinder und Jugendliche können hier noch zur Schule gehen. Liboré, Niger, April 2023.

Foto: Andy Spyra / laif

Es ist vergleichsweise still geworden um die Länder im zentralen Sahel, also um Burkina Faso, Mali und Niger. Seit den diversen Militärputschen – fünf waren es seit 2020 – und dem Ende der UN-Mission MINUSMA in Mali im Jahr 2023 schafft es kaum noch eine Meldung in die deutschsprachigen Medien. Dabei ist die Lage dort weiterhin alarmierend: Der Sahel bleibt nach Zahlen der US-Regierung eine Weltregion mit extrem vielen gewalttätigen Ereignissen (2.912 zwischen Anfang 2021 und Mitte 2023) sowie damit zusammenhängenden Todesfällen (fast 10.000).

Was die Weltgesundheitsorganisation als Fazit des Jahres 2023 schreibt, ist nüchtern und gerade dadurch erschütternd: »Die Krise in der Sahelzone ist eine der am schnellsten wachsenden, und sie gehört gleichzeitig zu den am meisten vergessenen Krisen der Welt. Die Region sieht sich aufgrund von bewaffneten Konflikten, Ernährungsunsicherheit, Klimawandel, Krankheiten, Verlust von Lebensgrundlagen und politischer Instabilität mit einem noch nie dagewesenen Bedarf an humanitärer Hilfe konfrontiert. (...) Sicherheitsvorfälle, Angriffe und Entführungen sind für Millionen von Menschen zur täglichen Realität geworden.«

Es gibt nicht ein einziges Menschenrecht, das die drei Staaten der Region ihrer jeweiligen Bevölkerung garantieren können. Angefangen vom Recht auf Leben über das Recht auf Eigentum bis hin zu den Rechten auf ausreichend Nahrung, auf Bildung oder größtmögliche Gesundheit.

Nach Angaben des Welternährungsprogramms erreichte der akute Hunger schon Mitte Juli 2023 für mehr als 44.000 Menschen in Mali und Burkina Faso ein »katastrophales Ausmaß«. In Niger wussten 3,3 Millionen Menschen nicht, wo ihre nächste Mahlzeit herkommen soll. Millionen Menschen waren Ende November 2023 vertrieben; die meisten waren vor Gewalt geflohen. 9.000 Schulen mussten

9.000 Schulen mussten wegen bewaffneter Konflikte mittlerweile schließen.

wegen bewaffneter Konflikte mittlerweile schließen, heißt es in einer gemeinsamen Studie von Unicef, UNHCR und dem Norwegian Refugee Council.

Opfer des »Anti-Terror-Kampfs« der Sicherheitskräfte

Nach Erkenntnissen der Vereinten Nationen, von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen begehen in der Sahelzone sowohl Militärs als auch bewaffnete Gruppen Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Zu den nicht-staatlichen bewaffneten Akteuren zählen islamistische Gruppen mit Verbindungen zu Al-Qaida im Islamischen Maghreb und zum IS in der Großen Sahara, aber auch teils staatlich unterstützte sogenannte Selbstverteidigungsmilizen.

Weitere Gewaltakteure sind ethnisch geprägte Milizen, die in einigen Regionen zunehmend um die Vorherrschaft und die Kontrolle der Ressourcen in den Gemeinden kämpfen, also vor allem um Wasser, Ackerflächen und Weideland.

Der junge Malier Adamu Magadji* schildert bei einem Gespräch auf dem Viehmarkt von Bamako ein Beispiel für »Kriegsverbrechen der Militärs an der Bevölkerung«. Der junge Mann, der zwischen Tieren und Händler*innen Zuflucht gesucht hat, wirkt zerbrechlich. Das liegt nicht nur daran, dass seine schmal geschnittene schwarze Trainingshose flattert, als gäbe es darunter kaum einen Körper. Es liegt auch daran, dass er schon

nach wenigen Sätzen zu weinen beginnt. Eine Pause oder gar den Abbruch des Gesprächs lehnt er trotzdem ab, wenn auch unter Tränen. Er habe über das, was in seinem Heimatdorf vorgefallen sei, bisher noch nie sprechen können. Jetzt wolle er reden, trotz aller Angst.

Anfang 2020 lebte der heute 29-Jährige noch mit seiner Familie in einem Dorf in der Nähe des Ortes Mondoro im Zentrum von Mali. Eines Morgens gegen sechs habe er seiner chronisch kranken Mutter wie immer ihre Medikamente gegeben, traditionelle Medizin, die jeden Tag sehr früh verabreicht werden müsse. Während er bei seiner Mutter saß, hörte er draußen erst Schritte, dann Schüsse. Immer mehr Schüsse. »Die Armee hat das Dorf umstellt, viele Menschen festgenommen und drauflos geschossen«, erzählt Magadji. Zwischenzeitlich hätten sie immer wieder geschrien: »Hier wohnen schlechte Menschen!«

Gemeint war vermutlich, dass die Dorfbewohner*innen verdächtigt wurden, Sympathisant*innen oder Mitglieder einer der vielen bewaffneten islamistischen Gruppen in Mali zu sein. Grundlage dieser Verdächtigung ist wahrscheinlich die Tatsache, dass die Dorfbewohner*innen zum Volk der Fulbe gehören. Ein radikaler Prediger namens Amadou Koufa rekrutiert vor allem Männer seines Volkes, der Fulbe. Und Koufas Gruppe Kati-tiba Macina ist mit dem Netzwerk Al-Qaida und anderen islamistischen Gruppen in Mali verbündet. Die Mitglieder dieser



Ein Flüchtlingslager, das auch ein Markt ist: Camp Faladie, Bamako, Mali, Juni 2022.

Foto: Kemal Ceylan/Anadolu Agency / pa



Bevölkerungsgruppe stünden deshalb bei Regierung und Armee unter Generalverdacht, kritisieren Menschenrechtsorganisationen und Vereinigungen der Fulbe immer wieder.

Töten ohne Unterschied

»Die Soldaten haben überhaupt nicht darauf geachtet, wen sie vor sich haben«, erzählt Magadji. »Für sie waren wir alle gleich.« Am Ende hätten 23 Menschen tot auf dem Boden gelegen, darunter seine Mutter, seine Frau, ihr gemeinsames Kind und sein Zwilling Bruder. »Ob es noch mehr Tote gab, weiß ich nicht. Das sind nur die, die sofort tot waren und die ich gesehen habe.«

Er selbst habe zwischen den Leichen gelegen und sich leblos gestellt. »Die Soldaten gingen zwischen ihren Opfern herum und überprüften, ob sie wirklich tot waren. Wer noch lebte, dem schossen sie eine Kugel in den Kopf.« Warum sie ihn aussparten, weiß er nicht. Magadji zieht den linken Ärmel seines T-Shirts hoch und zeigt auf eine Narbe: »Mich hat die Kugel nur am Arm getroffen.«

Schließlich hätten die Soldaten ihn und andere Überlebende mitgenommen.

In zwei Gefängnissen sei er insgesamt sieben Monate lang festgehalten und schwer gefoltert worden. »Es gibt nichts, was sie mir nicht angetan haben«, sagt Magadji. »Das Einzige, was sie mir erspart haben, ist der Tod.« Im Oktober 2020 wurde er freigelassen. Seitdem versucht er, zu überleben und zwischen den Tieren und Händler*innen auf dem Viehmarkt möglichst unbemerkt zu bleiben.

Während Magadji noch im Gefängnis saß, putschten sich die Militärs im August 2020 in der malischen Hauptstadt Bamako unter dem Jubel der Bevölkerung an die Macht. Auch in Burkina Faso (2022) und Niger (2023) übernahm inzwischen die Armee gewaltsam die politische Kontrolle. Ein zentrales Argument der putschenden Generäle: Die demokratisch gewählten Regierungen und ihre bis dahin westlichen Verbündeten hätten nichts oder zu wenig getan, um die Bevölkerung vor den Angriffen islamistischer Gruppen zu schützen.

Die Bevölkerung stand in allen drei Ländern mehr oder weniger deutlich hinter den Putschen, weil sich die Menschen von den teilweise korrupten zivilen Regierungen schon lange nicht mehr vertreten fühlten, auch wenn diese formal demokratisch gewählt worden waren. Ähnlich verhasst wie die eigenen Eliten

war ihnen auch Frankreich, das mit den Machhabern in Mali, Niger und Burkina Faso kooperierte.

Teile der Bevölkerung begrüßen Bruch mit Frankreich

Große Teile der Bevölkerung fühlten sich von der ehemaligen Kolonialmacht zum einen tatsächlich kaum vor den Morden und Massakern geschützt. Hinzu kam die Erfahrung krasser Ausbeutung. In allen drei Ländern gibt es dafür Beispiele, angefangen bei der gemeinsamen Währung, dem westafrikanischen Francs CFA: Es ist die weltweit letzte bestehende Kolonialwährung, bis heute müssen die ehemaligen Kolonien Frankreichs ihre Währungsreserven in der französischen Zentralbank lagern, der Wechselkurs ist fest an den Euro (in der Nachfolge des Francs) gekoppelt. Dank dieser Währungspolitik gelang es Frankreich, die eigene wirtschaftliche Dominanz in den Sahelstaaten für Jahrzehnte abzusichern.

Zu den sichtbaren Folgen der Ausbeutung gehört die Präsenz französischer Firmen wie der Telekommunikationsfirma Orange oder des Energieunternehmens TotalEnergiesSE, um nur die bekanntesten zu nennen. Für Frankreich strategisch und wirtschaftlich ungleich wichtiger ist der Uranabbau in Niger – die Förderung

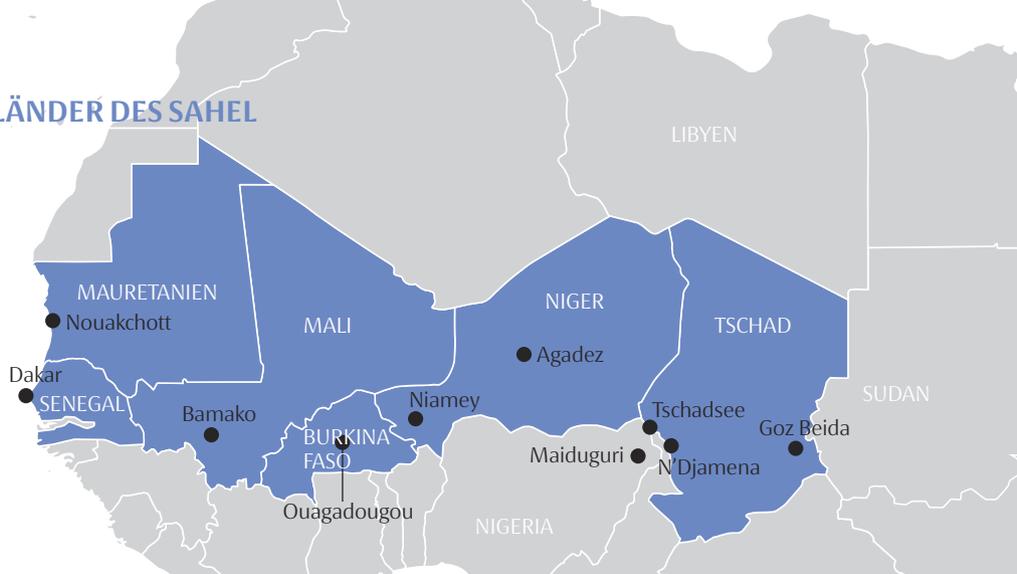
begann in den 1970er Jahren und ist bis heute fest in französischer Hand. Dem französischen Staatskonzern Orano (ehemals Areva) gehören mehrheitlich drei gewaltige Bergwerke, von denen zurzeit nur eins produziert. Der nigrische Staat hält nur ein Drittel der Anteile.

2022 kam ein Drittel des in Frankreich verwendeten Urans aus Niger, auch für die Uranimporte der EU spielt das Land eine entscheidende Rolle. Die vier Jahrzehnte Uranabbau bei Arlit und Akokan im Norden Nigers haben dort deutlich sichtbare und für die Bevölkerung gesundheitlich belastende Spuren hinterlassen: Auf einer Fläche von 120 Hektar türmt sich der Abraum 35 Meter hoch. Wie der nigrische Dokumentarfilm »La Colère dans le vent« (»Wut im Wind«) 2016 nachwies, gibt es in der Umgebung der Uranbergwerke eine Häufung von Krebserkrankungen, Lungenerkrankungen und Missbildungen bei Neugeborenen. Dort, wo der Wind den radioaktiven Staub hinträgt, sterbe das Vieh außerdem häufiger als anderswo.

Gewalt nimmt weiter zu

Schlimmer als unter den alten, mit Frankreich verbündeten Eliten könne es nicht mehr kommen, schienen viele zu denken, die den jeweiligen Putsch guthießen. Doch seit die Militärs die Macht übernommen haben, kann sich die Bevölkerung ihres Lebens und ihres Besitzes auch nicht sicherer sein als unter der zivilen Regierung, wie Zahlen des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) und des Africa Center for Strategic Studies zeigen. Seit der Machtübernahme der Militärs haben politisch motivierte Gewalttaten und die Zahl der zivilen Opfer deutlich zugenommen.

LÄNDER DES SAHEL



Gleichzeitig wird es offenbar immer schwieriger, Kritik an den neuen militärischen Führern zu äußern. Zum Beispiel in Mali: Dort wurde im September sogar Adama Ben Diarra zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er die von Militärs geleitete Übergangsregierung kritisiert hatte. Ben Diarra war Präsident der russlandfreundlichen Bewegung Yerewolo Débout sur les remparts, Mitglied des Übergangsparlaments und bis dahin als treuer Parteigänger der Übergangsregierung bekannt.

Noch 2022 hatte er Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch die malische Armee auch gegenüber dem Amnesty Journal als »Lügen des Westens« abgetan. Nun forderte er, dass sich die Übergangsregierung an die selbst gesetzte Frist halte und die Macht im Februar 2024 an gewählte Politiker*innen zurückgebe.

In Burkina Faso ergeht es kritischen Stimmen nicht viel besser: Nach Erkenntnissen von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen nutzen die nationalen Behörden ein Dekret vom April 2023, um Regierungskritiker*innen zum Schweigen zu bringen.

Inhalt des Dekrets ist unter anderem die Generalmobilmachung, um dem Staat »alle notwendigen Mittel« im Kampf gegen dschihadistische Angriffe an die Hand zu geben. Am 4. November begann laut der Organisation Reporter ohne Grenzen eine »neue Welle der Einberufungen«, die vor allem auf Regierungskritiker abzielte.

So zeichnet sich in allen drei Ländern ab, dass die Militärs keine Heilsbringer sind. Außer der Sicherheitslage hat sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert. Die Fluchtbewegungen weiten sich aus, Vertriebene können ihre Felder nicht bestellen, der Hunger nimmt weiter zu. Außerdem werden die Menschen von Krisen getroffen, die auch anderswo zu spüren sind. Auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie folgt nun ein drastischer Preisanstieg. Die dramatisch hohe Inflation lässt die Menschen weiter verarmen. Ein Teufelskreis, denn Verzweiflung schürt die Bereitschaft zu Gewalt – und flächendeckende Gewalt zerstört wirtschaftliche Möglichkeiten. Das Recht auf Leben wird im Sahel zu einem Gut, das immer weniger gesichert ist. ♦

*Name aus Sicherheitsgründen geändert



Tristes Leben im Flüchtlingslager: Kongoussi, Burkina Faso, März 2020.

Foto: Finbarr O'Reilly / The New York Times / Redux / laif

**Dank seiner
Währungspolitik
gelingt es Frankreich, die
eigene wirtschaftliche
Dominanz in den
Sahelstaaten für
Jahrzehnte abzusichern.**

Neue Konvois ab Agadez

Bis zum Putsch im Sommer 2023 kooperierte Niger eng mit der EU, um Migration nach Europa einzuschränken. Das hat sich geändert: Nun ist die Wüste wieder offen. **Von Christian Jakob**

Rettung in der Wüste« schrieb der Informationsdienst Alarm-Phone Sahara am 5. Januar 2024: Ein Suchtrupp fand im Zentrum des Sahelstaats Niger 36 Migrant*innen aus Nigeria. Ihr Fahrzeug sei auf dem Weg nach Libyen mitten in der Wüste liegen geblieben, berichtete das von zivilgesellschaftlichen Organisationen betriebene Alarm-Phone. Die Geretteten bekamen demnach Wasser, Kekse und Benzin, um weiterreisen zu können.

1.788 tote Migrant*innen zählte die UN-Migrationsagentur IOM im Jahr 2023 auf der Transsahara-Route, die von West nach Nordafrika führt. Diese Zählung ist verdienstvoll und doch nicht mehr als eine grobe Schätzung – zu riesig sind die Wüstengebiete Nigers, Algeriens, Malis, Burkina Fasos und Mauretaniens. 2019 sagte der Sondergesandte des UNHCR für das Mittelmeer und Libyen, Vincent Cochetel: »Wir gehen davon aus, dass vermutlich mindestens doppelt so viele Menschen auf dem Weg zum Mittelmeer sterben als im Mittelmeer selbst.«

Seit Herbst 2023 ist auf der Transsahara-Route wieder mehr Betrieb. Einen »starken Anstieg« beobachtete das Alarm-Phone. Und das bedeute, »dass sich die Menschen freier bewegen können, sich nicht mehr verstecken müssen und somit hoffentlich mehr Leben gerettet werden können.« Denn die Militärregierung Nigers, die im Juli 2023 durch einen Putsch an die Macht kam, hob Ende November 2023 ein wichtiges Gesetz gegen die irre-

guläre Migration in Richtung Europa auf. Übergangspräsident General Abdourahmane Tchiani begründete das mit den Sanktionen der EU gegen sein Land.

Laut dem Gesetz aus dem Jahr 2015 war es strafbar, Menschen, die weder die nigrische noch die libysche Staatsbürgerschaft besaßen, von der Stadt Agadez aus in Richtung Norden zu transportieren. Von dort starteten früher Konvois mit Hunderten Pick-Ups voller Migrant*innen aus anderen afrikanischen Ländern in Richtung Südlibyen. Auf dem mehrtägigen Weg durch die Zentralsahara wurden sie oft vom nigrischen Militär eskortiert. Es handelte sich dabei nicht um Schlepperei, denn in Niger hielten sich die Menschen legal auf. Gleichwohl wurde das Transportgeschäft ab 2015 verboten – offiziell, um zu verhindern, dass die Menschen in Libyen gefangen genommen werden oder im Mittelmeer ertrinken.

Niger galt mit diesem harten Kurs gegen Transitmigration lange als »Musterschüler« der EU im Sahel. Weil das Land im Zentrum der Transsahara-Route liegt, hatte die EU versucht, Niger bei der Migrationsabwehr auf seine Seite zu ziehen – und dafür ihre Hilfszahlungen um weit mehr als eine Milliarde Euro aufgestockt. Eine der wichtigsten Gegenleistungen der Regierung in Niamey bestand darin, das 2015 beschlossene Gesetz ab Herbst 2016 umzusetzen. Hunderte Fahrer*innen wurden festgenommen, ihre Pick-Ups beschlagnahmt. Wer danach nach Libyen wollte, musste erheblich mehr Geld bezahlen und deutlich längere und gefährlichere Wege durch die Wüste in Kauf nehmen.

Doch seit dem Putsch im Juli 2023 hat

sich das Verhältnis zwischen der EU und der Regierung in Niamey verschlechtert. Die EU fror ihre Budgethilfen ein, was zur Folge hatte, dass viele nigrische Staatsbeamte keine Gehälter mehr bekommen. Nach dem Putsch endeten EU-Kooperationsprojekte, die Militärkooperation und in weiten Teilen des Landes die Arbeit von Hilfsorganisationen. Eingeschränkt wurde auch die Arbeit der EU-Unterstützungsmission Eucap, die Sicherheitskräfte ausbildete. Dazu zählte auch die seit 2019 aktive Compagnie Mobile de Contrôle des Frontières (CMCF). Sie bestand zuletzt aus 245 Männern und sieben Frauen. Deutschland und die Niederlande hatten dafür einen zweistelligen Millionenbetrag gegeben. Ihr Hauptquartier lag in der Kleinstadt Birni-N’Konni im Südwesten des Niger, direkt an der Grenze zu Nigeria.

Ein Putsch und die Folgen

Niger, eines der ärmsten Länder der Welt, verfügt über eine Nationalpolizei, eine Gendarmerie, eine Nationalgarde und eine Armee. Alle sind auch im Grenzschutz aktiv und beteiligten sich ab 2016 am Kampf gegen Schlepperei. Trotzdem baute die EU mit der CMCF noch eine weitere Grenzschutztruppe auf, um die Route aus Nigeria zu unterbrechen.

Doch seit Ende Juli 2023 sind »alle operationellen Aktivitäten der Mission bis auf Weiteres suspendiert«, sagte ein deutscher Eucap-Sprecher dem Spiegel.

Die nigrische Regierung ging mit scharfer antikolonialer Rhetorik auf Distanz zur EU und machte den Weg durch die Wüste wieder frei. Das Gesetz von 2015 sei »unter dem Einfluss einiger aus-



Auch wer aus Libyen wieder abgeschoben wird, muss auf dem Rückweg durch Niger. Agadez, Dezember 2023. Foto: Carmen Abd Ali / The New York Times / Redux / laif

ländischer Mächte« entstanden, kritisierten die Militärs. »Die Wüste ist offen« schrieb Mitte Januar 2024 ein Reporter der Nachrichtenagentur AFP aus Agadez. In der Stadt sei das Geschäft mit der Wüstenroute wieder in vollem Gange, berichtete er. »Dicht gedrängt« saßen die Menschen wieder auf den Ladeflächen der Pick-Ups. Diese müssten nun nicht mehr im Verborgenen fahren. Für einen Sitzplatz würden reguläre Tickets verkauft, und die registrierten Fahrer schlossen sich einem wöchentlichen Militärkonvoi an.

»Die Leute haben die Aufhebung bejubelt«, sagte der Fahrer Aboubacar Halilou dem AFP-Reporter. »Die Schlepper, die im Gefängnis saßen, sind bereits freigelassen worden und nehmen ihre Arbeit wieder auf, denn es ist ein sehr lukratives Geschäft.« Rund 450 Euro kostet die Passage von Agadez nach Libyen – etwas mehr als bis 2016, aber nicht einmal die Hälfte des-

sen, was verlangt wurde, während das Geschäft verboten war.

Unklar ist dabei, welche Rolle die bewaffneten dschihadistischen Gruppen spielen, die in der Region aktiv sind. Sie sind auf vielfältige Weise mit dem Migrationsgeschehen im Sahel verflochten. Auf der »Global Terrorism Heat Map« der Universität Maryland sind in der Region viele tiefrote Punkte eingetragen – in kaum einem Gebiet weltweit gibt es mehr Anschläge. Und die Zahl der Attacken steigt seit 2010. Der Terror vertreibt Menschen, die sonst geblieben wären, etwa aus Burkina Faso, Mali oder Nordnigeria. Gleichzeitig sind die Banden zum Teil ins Schleppergeschäft eingestiegen – eine Einnahmequelle, die durch die Legalisierung nun zumindest teilweise entfallen könnte. Und sie rekrutieren aus Algerien und Libyen nach Niger und Mali abgeschobene Migrant*innen, die auf dem Weg nach Europa gestoppt worden waren.

Vor dem Putsch hingen Terrorbekämpfung und Migrationskontrolle eng zusammen, weil erstere ohne westliche Hilfe nicht zu haben war und der Westen darauf drängte, beides zu verbinden. So entstand auch die Militärtruppe G5 Sahel Joint Force, in der fünf Sahelstaaten Mili-

täreinheiten zusammenlegten, um Dschihadisten und Schlepper zu bekämpfen. Die EU zahlte, schickte Waffen und Ausbilder*innen. Doch im Dezember 2023 traten die Juntas in Burkina Faso und Niger – wie zuvor schon jene in Mali – aus der Regionalorganisation G5 Sahel aus, zu der auch die Militärtruppe G5 Sahel Joint Force gehört. Die drei Staaten, die alle von bewaffneten islamistischen Gruppen heimgesucht werden, hatten zuvor die Gründung einer eigenen Militärallianz verkündet, während fast gleichzeitig der russische Vize-Verteidigungsminister Junus-bek Jewkurow auf Staatsbesuch war. Die neue Militärallianz dürfte sich den Migrant*innen kaum mehr so in den Weg stellen, wie die EU dies gern hätte.

»Niger war eine Art Ventil für die Migrationsströme, also musste das Ventil wieder geöffnet werden«, sagte Abdourahmane Touaroua, der Bürgermeister von Agadez, der AFP. Die Abfahrten aus seiner Stadt hätten sich seit der Aufhebung des Gesetzes »verdreifacht«. Und bald könnten sie das frühere Niveau erreichen. 2016 waren es Hunderttausende, die auf dem Weg nach Libyen durch Agadez zogen. ♦

Die nigrische Regierung ging mit antikolonialer Rhetorik auf Distanz zur EU.



»Die Staaten müssen kooperieren«

Die Zahl der Flüchtenden in den Sahelstaaten nimmt große Ausmaße an, insbesondere in der Region rund um den Tschadsee. **Tomasz Rolbiecki** forscht zur dortigen Sicherheitslage.

Interview: Felix Haug

Die Flüchtlingssituation in einigen Anrainerstaaten des Tschadsees, vor allem in Nigeria, Kamerun und im Tschad, ist bedrückend. Nach UN-Angaben gab es zuletzt knapp drei Millionen Binnenflüchtlinge in der Region um den Tschadsee. Insgesamt befinden sich acht Millionen Menschen in Not. Es gibt verschiedene Ursachen: Bewaffnete dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und Islamischer Staat in der Provinz Westafrika (ISWAP) überfallen seit

Jahren Dörfer und töten oder entführen die Bevölkerung. Außerdem üben insbesondere im Tschad und in Nigeria, seltener auch in Kamerun, Regierungstruppen willkürlich militärische Gewalt aus. Hinzu kommen die Auswirkungen des Klimawandels und andere Naturkatastrophen.

Seit mehr als 15 Jahren beherrschen Gewalt und humanitäre Krisen die Region um den Tschadsee. Wie ist die aktuelle Situation?

Die Sicherheitssituation rund um den Tschadsee ist beinahe dieselbe wie in anderen Teilen der Sahelregion. Es gibt am Tschadsee militante dschihadistische

Gruppen, die die Zivilbevölkerung angreifen. Dort lebt eine beträchtliche christliche Minderheit, die in den vergangenen 15 Jahren Hunderten von Angriffen dschihadistischer Gruppen ausgesetzt war – Razzien, Überfällen, Entführungen. Die Präsenz der Sicherheitskräfte ist dort zwar viel höher als anderswo, doch reicht sie nicht aus, um die Bedrohung einzudämmen und die Angriffe zu stoppen. Außerdem verübt insbesondere das Militär in Nigeria und im Tschad in den vergangenen 15 Jahren zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Es gibt viele Berichte, dass Soldaten Inhaftierte folterten und töteten. Insbesondere zu Beginn des Kon-



Vor dem Krieg im Sudan
ins Nachbarland geflohen:
Flüchtlinge in Goz Beida,
Tschad, Juli 2023.
Foto: Pierre Honnorat/WFP/AP/pa

flikts mit der dschihadistischen Gruppe Boko Haram in den frühen 2010er Jahren tötete das Militär in Nigeria auch deshalb Zivilpersonen, weil sie bewaffnete Gruppen nicht gemeldet hatten.

Wer ist für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich?

Alle Konfliktparteien verübten Menschenrechtsverletzungen. Die Militärs neigen dazu, alle Menschen, die in Gebieten leben, in denen bewaffnete Gruppen agieren, als Mitglieder dieser Gruppen zu betrachten, auch Zivilpersonen. So zünden Soldaten zum Beispiel Wohnhäuser von Zivilpersonen an, weil sie fälschlicherweise dort Verstecke von Dschihadisten vermuten. Unter den Dschihadisten ist der Islamische Staat für die Verfolgung von Christ*innen bekannt. Gleichzeitig behaupten die Angreifer des Islamischen Staats, entführte Muslime schnell wieder freizulassen und Muslime gut zu behandeln, solange sie keine Militärs sind oder einer Bürgerwehr angehören, die sich ge-

»Bewaffnete Gruppen erzielen Einnahmen durch die »Besteuerung« von Fischerei.«

FLUCHT AUS DEM SUDAN

Im April 2023 wurde der Sudan zum Kriegsgebiet, die Kämpfe zwischen zwei rivalisierenden Gruppen des Militärs dauern immer noch an. Am meisten leidet darunter die Zivilbevölkerung. Die Versorgung mit Wasser und Strom ist in vielen Landesteilen zusammengebrochen. Es fehlen außerdem Medikamente und medizinisches Material. Die Zahl der Toten wird derzeit auf mehr als 12.000 geschätzt. Das UN-Flüchtlingshilfswerk schätzt, dass mehr als eine Million Menschen vor den Kämpfen in die Nachbarländer Ägypten, Südsudan und Tschad geflüchtet sind. Allein im Osten des Tschad fanden mehrere hunderttausend Menschen aus dem Sudan zumindest zeitweise Zuflucht.

gen Überfälle von Dschihadisten wehrt. Andere dschihadistische Gruppen greifen jedoch unterschiedslos muslimische und christliche Zivilpersonen an.

Welche Rolle spielen Konflikte der bewaffneten Gruppen untereinander?

Es gibt ideologische Konflikte zwischen den bewaffneten Gruppen rund um den Tschadsee. Jahrelang ging es um die Vorherrschaft und die politischen Führer von Boko Haram. Derzeit überwiegt allerdings ein Ressourcenkonflikt, insbesondere um den Zugang zum Tschadsee. Illegaler Fischhandel ist sehr lukrativ, ebenso die »Besteuerung« von Fischerei und Viehwirtschaft durch bewaffnete Gruppen. So erzielen sie hohe Einnahmen. Die Konflikte zwischen den bewaffneten Gruppen machen sie theoretisch zu einem leichteren Ziel für die Sicherheitskräfte. Weil aber ihre Stützpunkte schwer zugänglich sind, sind militärische Angriffe leichter gesagt als getan. Die Rivalität untereinander sorgt immerhin dafür, dass Angriffe dschihadistischer Gruppen auf Militärs und Nichtkombattanten nachgelassen haben und zuletzt weniger Opfer zu beklagen waren.

Fliehen die Menschen vor den Angriffen der bewaffneten Gruppen oder dem Vorgehen der Armee?

Für die Bevölkerung ist es irrelevant, ob das Militär eine bewaffnete Gruppe angreift oder umgekehrt. Die Menschen fliehen aufgrund der allgemeinen Unsicherheit und aus Angst vor Angriffen. Sofern die Bevölkerung fliehen kann, flieht sie. Es ist viel gefährlicher, ins Kreuzfeuer zu geraten, als das eigene Haus zu verlassen. Viele Flüchtlinge haben die Hoffnung, dass ihr Haus nicht zerstört wird und sie dorthin zurückkehren können. Sie fliehen in die nächstgelegene sichere Stadt und versuchen, dort einen Job zu finden.

Wie ist die Lage in den Flüchtlingslagern am Tschadsee?

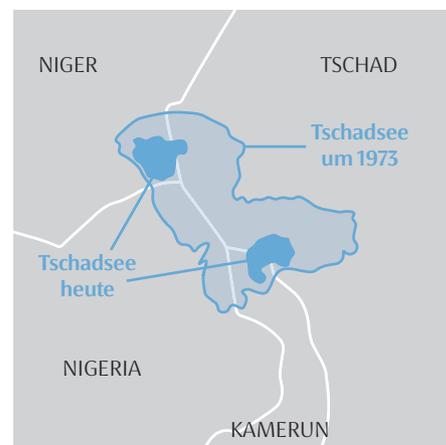
Das größte Problem der dort lebenden Flüchtlinge und Binnenvertriebenen ist ihre zu frühe Rückführung. Viele sind zwar bereit, zurückzukehren, doch es mangelt an finanzieller und logistischer Unterstützung. Die Menschen können kaum von Landwirtschaft leben, weil sie bei der Feldarbeit für bewaffnete Gruppen ein leichtes Ziel sind. Viele wurden nach der Rückführung getötet. Angst und schlechte Lebensbedingungen gehören zum Alltag.

Die Versuche der internationalen Gemeinschaft, die humanitäre Lage rund um den Tschadsee zu verbessern, sind trotz vieler Bemühungen gescheitert. Woran liegt das?

Die internationale Gemeinschaft kann allein nicht viel bewirken. Die größte Verantwortung für die Verbesserung der Lage tragen die Regierungen der Tschadsee-Anrainerstaaten. Oftmals gibt es dort aber ein massives Korruptionsproblem, denn einige der internationalen Gelder kommen an der falschen Stelle an. Internationale Projekte sind unter diesen Umständen nur schwer umsetzbar. Die betroffenen Staaten müssten stärker kooperieren, sonst ziehen die bewaffneten Gruppen auf der Suche nach sicheren Operationsbasen durch die einzelnen Länder und setzen sich dort fest. Angesichts vieler zwischenstaatlicher Konflikte und wachsender politischer Instabilität, insbesondere nach den vielen Militärputschen in der gesamten Sahelregion, sind Kooperationen zuletzt jedoch noch schwieriger geworden. ♦

Tomasz Rolbiecki, Jahrgang 1996, analysiert die Sicherheitslage am Tschadsee. Seine Forschung ist Teil von ExTrac, einem KI-basierten System zum Schutz der öffentlichen Sicherheit.

TSCHADSEE



Von der Hütte in den Kreißsaal

Fast nirgendwo sonst sterben so viele Frauen bei der Geburt wie im Tschad. Im Kampf für eine bessere Gesundheitsversorgung spielen Hebammen eine zentrale Rolle.
Von Helena Kreiensiek

Etwa 15 schwangere Frauen würden gleich auf sie warten, wenn um 13 Uhr ihre Schicht im Krankenhaus beginne, vermutet Jeannine Koibé. »Heute ist Markttag. Viele Frauen, die in die Stadt kommen, um einzukaufen, nutzen die Gelegenheit, um das mit einem Besuch im Krankenhaus zu verbinden. Dann müssen sie nicht zusätzlich Geld für den Transport ausgeben«, erklärt die Hebamme. An normalen Tagen sei der Andrang oft deutlich geringer. Eine Patientin oder zwei, manchmal auch gar keine, würden dann für Schwangerschaftsuntersuchungen das Provinzkrankenhaus von Biltine aufsuchen. »Viele Frauen gebären ihre Kinder zu Hause, teils ohne medizinische Versorgung«, sagt die 35-Jährige. Oft fehle es auch an Geld, um die Behandlungskosten zu bezahlen. Denn um die wirtschaftliche Situation ist es in dem zentralafrikanischen Staat nicht gut bestellt.

Obwohl der Tschad seit 2003 Öl fördert, kommt von dem Reichtum bei der Bevölkerung nur wenig an. Das Land gilt als eines der ärmsten weltweit. Rund 6,1 Millionen Menschen der etwa 16,4 Millionen Einwohner*innen sind der NGO Care Österreich zufolge auf humanitäre Hilfe angewiesen. Neben der prekären wirtschaftlichen Situation tragen klimatisch bedingte Veränderungen wie unvorhersehbare Regenfälle und Dürreperioden zu der anhaltenden Nahrungsmittelknapp-

heit bei. Selbst in der Hauptstadt N'Djamena fehlt es an Krankenhäusern, sauberes Wasser und Elektrizität sind nicht überall verfügbar.

Diese Umstände tragen dazu bei, dass junge Mädchen oft früh verheiratet werden, sagt die Hebamme Eugenie Madjiguem. Nach Angaben des Kinderhilfswerks UNICEF werden 67 Prozent der Mädchen vor Erreichen des 18. Lebensjahres verheiratet. Damit gehört der Tschad zu den Ländern mit den meisten Kinderhehen weltweit. »Wir Frauen müssen mit vielen Herausforderungen umgehen«, sagt die 35-Jährige. Als sie mit Anfang 20 ihr erstes Kind bekam, sei die Geburt sehr schwierig gewesen. »Ich lag drei Tage in den Wehen. Irgendwann haben mir die Hebammen gesagt, sie seien müde und ich solle nicht so kompliziert sein«, erzählt Eugenie Madjiguem. »Als das Kind tatsächlich kam und ich nach Hilfe gerufen habe, kam niemand. Erst als meine Bett Nachbarin geschrien hat, dass der Kopf schon draußen sei, wurde mir endlich geholfen.« Weitere Kinder habe sie danach nicht mehr bekommen wollen. »Ich habe diesen Beruf ergriffen, um anderen Frauen helfen zu können, damit sie nicht das durchmachen müssen, was ich durchmachen musste.«

Der Tschad hat die zweithöchste Müttersterblichkeitsrate weltweit, er liegt nur knapp hinter Südsudan. Nach Angaben der Organisation Ärzte ohne Grenzen finden nur zwei von fünf Geburten im Beisein von ausgebildeten Hebammen statt. Mangelndes Fachwissen, fehlende Aus-

rüstung und Personal, aber auch lange Wege auf schlechten Straßen seien nur einige der Gründe hierfür, sagt auch die Krankenschwester Mariam. Ihren echten Namen möchte sie nicht veröffentlicht sehen. Sie möchte keine Probleme wegen ihrer Kritik am Gesundheitssystem bekommen. Dieses sei lückenhaft. Viele Frauen, insbesondere auf dem Land, seien daher darauf angewiesen, mit traditionellen Geburtshelferinnen, sogenannten Matrons, zu entbinden. »Früher gab es nur die Möglichkeit einer Hausgeburt, umgeben von den Frauen des Dorfes, die etwas Erfahrung hatten«, erklärt sie. »Unsere Eltern sind so auf die Welt gekommen. Aber die Risiken sind hoch, vor allem, wenn es Komplikationen gibt.« Oft gebe es in den entlegenen Gebieten des Landes bis heute nur diese Option.

Armut und fehlende Infrastruktur

Eugenie Madjiguem kann das bestätigen. »Ich arbeite in einem kleinen Krankenhaus in Bol, in der Nähe des Tschadsees«, erklärt sie. Eine Region im Grenzgebiet zu Niger, Nigeria und Kamerun, die zudem noch von Konflikten und Klimawandel geprägt ist. Erst kürzlich sei eine Frau in ihre Klinik gekommen, die bereits mehrere Tage in den Wehen lag. »Es gab Komplikationen. Aber um zu unserem Krankenhaus zu gelangen, musste sie erst in einem Einbaum einen See überqueren und anschließend ein Auto finden, dass dann nochmal drei Stunden gebraucht hat, um zu uns gelangen.« Sie hätten das Leben der Mutter retten können, doch das Kind



Geschafft: Nur wenige Frauen im Tschad bringen ihre Kinder mit medizinischer Unterstützung zur Welt. Ein Krankenhaus in Bebedjia im Süden des Landes.

Foto: Pep Bonet / NOOR / laif

nicht, erzählt Eugenie Madjiguem und hält kurz inne. »Solche Momente sind immer schwer zu ertragen.« Gleichzeitig seien es genau solche Erlebnisse, die die 35-Jährige antreiben würden: »Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, Frauen dafür zu sensibilisieren, dass prä- und postnatale Untersuchungen wichtig sind. Aber eine große Schwierigkeit ist die Armut, vor allem in ländlichen Gebieten.« Für viele sei eine medizinische Versorgung schlicht zu teuer.

»Viele Strecken werden zu Fuß bewältigt. Doch für eine schwangere Frau ist es extrem schwierig, 30 Kilometer zum nächsten Gesundheitszentrum zu Fuß zu gehen«, ergänzt die Hebamme Jeannine Koïbé. »Und wenn eine Frau dann bei der

Hausgeburt stirbt, erfahren wir das oft nicht. Deshalb tauchen diese Fälle in den offiziellen Statistiken zur Müttersterblichkeit erst gar nicht auf«, sagt Koïbé. »Allein in unserem Krankenhaus verlieren wir ein bis zwei Frauen im Monat«, berichtet sie. Häufig sei der Grund, dass professionelle medizinische Hilfe zu spät aufgesucht werde. Trotz dieser bitteren Erlebnisse kann die Hebamme sich nicht vorstellen, in einem anderen Beruf zu arbeiten: »Ich habe fast vier Jahre lang unbezahlte Praktika gemacht, bevor ich eine Stelle gefunden habe«, erzählt sie. Ein Zeichen für ihre starke Motivation, als Hebamme zu arbeiten, aber auch ein Symptom für die wirtschaftliche Situation des Landes.

Ohne familiäre Beziehungen sei es schwer, eine Anstellung zu finden, sagt Krankenschwester Mariam. Aufgrund der begrenzten Beschäftigungsmöglichkeiten sei die Mehrheit der Bevölkerung im informellen Sektor tätig und hangle sich von Job zu Job. Im Entwicklungsindex der Vereinten Nationen belegt der Tschad Platz 190 von 191 Ländern.

Gesundheitsversorgung anzubieten, ist unter diesen Bedingungen äußerst schwierig, doch Eugenie Madjiguem, Jeannine Koïbé und Krankenschwester Mariam eint der Wunsch, sich für die Frauen ihres Landes einzusetzen und ihre Lage zu verbessern. Jede auf ihre Art, Schritt für Schritt, wie Mariam sagt. »Wir lassen uns nicht aufhalten.« ♦



Jeannine Koïbé und Eugenie Madjiguem. Fotos: privat

»Ich habe diesen Beruf ergriffen, um anderen Frauen helfen zu können, damit sie nicht das durchmachen müssen, was ich durchmachen musste.«

Eugenie Madjiguem, Hebamme

Verlust und Trauma überwinden



Hier landen viele, die nichts mehr haben:
Flüchtlingslager in Maiduguri, Februar 2020.
Foto: Ute Grabowsky / Photothek / Imago

In der nigerianischen Stadt Maiduguri bietet die Diözese psychosoziale Hilfe für Überlebende von Gewalt und für Menschen, die in der Klimakrise alles verloren haben. **Aus Maiduguri von Bettina Rühl**

Bbrahim Mohamed nimmt schlürfend einen Schluck heißen Tee, lässt die Flüssigkeit im Mund rollen. Er hockt vor der Feuerstelle mit dem Kessel, die linke Hand hängt herab, in der rechten hält er das Teeglas. Mohamed ist ganz bei der Sache, lässt sich den Geschmack des Tees auf der Zunge zergehen. In gewisser Weise hängt sein Überleben davon ab, dass sein Tee den perfekten Geschmack hat. Dass er seine Kunden zufriedenstellt und sie dazu bringt, vielleicht noch ein zweites Glas zu bestellen, oder jedenfalls morgen wieder auf ihn und seine Thermoskanne zu warten, obwohl es in der im Nordosten

Nigerias gelegenen Stadt Maiduguri sehr viele andere Teeverkäufer gibt. »Dieser Tee ist noch nicht süß genug«, sagt der 27-Jährige.

Die Kunst des Teekochens hat der Familienvater aus seinem alten Leben mitgebracht: Er war Viehhalter, wie fast alle Fulbe in seiner Heimat Niger und den übrigen Ländern der Region. Sobald die Herden zum Halten kamen, kochten er und seine Kollegen Tee: stark gesüßten, kräftigen Tee mit Minze, der wach machte und auch den ersten Hunger stillte.

Etwa 140 Rinder habe er gehabt, erzählt Mohamed mit seiner sanften Stimme, seine gesamte Großfamilie besaß ein paar hundert. »Ich hatte ein sorgenfreies Leben«, erzählt er. »Wenn ich morgens wach wurde und meine Tiere sah, war ich

durch und durch zufrieden.« Die Herde war sein Bankkonto und seine Lebensversicherung. Wenn er etwas brauchte, verkaufte er so viele Tiere wie erforderlich und bezahlte vom Erlös das, was nötig war: Essen, Medikamente, Kleidung – alles. Mohamed und seine Familie waren wohlhabend, sein Großvater war der »Chief« der Region, ein traditioneller Führer.

Doch seit sechs Jahren ist er so arm, dass jeder Tag mit der Frage beginnt, ob er heute etwas zu essen für seine Familie finden wird. Zwischen Wohlstand und Überlebenskampf lag ein besonders schweres Dürrejahr. »2016 habe ich meine gesamte Herde verloren«, sagt Mohamed leise. »Alle meine Tiere sind verhungert.« Vor seinen Augen, und er konnte

nichts tun, hatte für seine Herde weder Gras noch Wasser. Etwa 80 Rinder habe er da noch gehabt, um die 60 hatte er zuvor schon durch einen Überfall der islamistischen Gruppe Boko Haram verloren, die Menschen im Nordosten Nigerias und im benachbarten Niger unter ihre Gewalt Herrschaft zwingt.

Als die Tiere starben, waren Mohamed und seine Frau Aisha mit der Herde im Grenzgebiet zwischen Niger und Nigeria unterwegs, auf der Suche nach Weideland. Die nächste Großstadt Maiduguri lag etwa 400 Kilometer entfernt. Dorthin flohen sie notgedrungen. Die beiden bewachen nun das Grundstück eines reichen Nigerianers, der noch andere Immobilien hat und sein Anwesen in Maiduguri nur selten bewohnt. Für den Wachdienst bekommt Mohamed 20.000 Naira im Monat, etwa 20 Euro – zwei Drittel des gesetzlichen Mindestlohns. Das Paar hat mittlerweile drei Kinder, zum Überleben bräuchte die Familie ein Vielfaches dieser Summe.

Weil das Geld noch nicht einmal zum Essen reicht, geht Mohamed zwei Mal täglich mit einer Thermoskanne und einigen Gläsern los und versucht, mit dem Verkauf von Tee ein paar Naira zusätzlich zu verdienen. Der Preiskampf ist hart, jedes Gramm Zucker im Tee will genau überlegt sein: Die Kunden lieben es süß, aber Zucker ist teuer, zu viel davon schmälert Mohameds Profit. Wenn er gut verkauft, verdient er pro Runde 350 Naira, etwa 30 Cent. Was er für diese Summe an Reis und Bohnen kaufen kann, macht keines der Familienmitglieder satt. Aber Mohamed ist schon froh, wenn er seiner Frau und den Kindern überhaupt etwas anbieten kann. »Ich werde den Tee länger einkochen lassen, dann wird er süßer.«

Der Verlust seines früheren Lebens hat Mohamed tief getroffen. Er vermisst nicht nur seine finanzielle Unabhängigkeit, sondern trauert auch um seine Tiere. Die meisten der Zehntausenden Vertriebenen, die in den vergangenen Jahren in Maiduguri Zuflucht suchten, haben wie Mohamed ihre Heimat, ihre Lebensgrundlage und nahe Angehörige sowie ihre Tiere verloren: durch Dürren oder Überschwemmungen infolge der Klimakrise oder durch Überfälle bewaffneter islamistischer Gruppen.

Psychologische und psychosoziale Hilfe für Erwachsene und Kinder

»Menschen, die wie Mohamed alles verloren haben, brauchen Unterstützung«, betont der Priester Joseph Bature von der Diözese Maiduguri. »Der schwere Verlust kann dazu führen, dass sie eine Depression entwickeln oder gewalttätig werden.« Um den Menschen besser helfen zu können, ging er nach Italien, studierte klinische Psychologie und kehrte 2019 nach Maiduguri zurück. Seitdem baut er dort mit der katholischen Nichtregierungsorganisation Kommission für Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung (JDPC) das Programm »Psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung« auf und aus, unterstützt von der deutschen Caritas.

Das Programm bietet in mehreren Städten im Nordosten Nigerias psychologische und psychosoziale Hilfe an. Es wendet sich an Vertriebene und Nicht-Vertriebene, Opfer der Klimakrise und Überlebende von Gewalt durch Boko Haram, an Erwachsene ebenso wie an Schülerinnen und Schüler – in mehreren Schulen gibt es inzwischen »Clubs für psychische Gesundheit«.

»Manche brauchen drei bis sechs Monate Unterstützung und sind danach

Wenn er seinen Tee gut verkauft, verdient Mohamed pro Runde etwa 30 Cent.

wieder stabil«, sagt Bature. Andere sind schwerer beeinträchtigt, manche entwickeln sogar eine Posttraumatische Belastungsstörung. Sie leiden unter Alpträumen, Schlaflosigkeit oder quälenden Flashbacks, also Situationen, in denen das schreckliche Erlebnis plötzlich wieder vor ihren Augen abläuft und sie den Eindruck haben, sie seien abermals mitten drin.

Aber die Menschen seien ja nicht nur psychisch belastet, betont Bature. Die berechtigten Existenzängste, die Sorge um die Zukunft der Kinder und die Armut erschweren die psychische Heilung. Das JDPC unterstützt die Menschen deshalb auch auf dem Weg zurück in die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Sie können lernen, Seife und Lebensmittel aus lokalen Produkten oder Handwerksartikeln herzustellen. Sie lernen auch Grundlagen der Unternehmensführung.

Etwa 1.800 Menschen hätten sie bereits unterstützen können, der Bedarf sei jedoch weit größer. Die psychische und soziale Unterstützung der Menschen sei nicht nur wichtig, um das Leid Einzelner zu lindern, sondern auch, um die Gesellschaft zu heilen. »Wir wissen mittlerweile, dass Traumata von Generation zu Generation weitergegeben werden«, sagt der Priester. »Wer darunter leidet, ist weniger produktiv.« Die Armut nehme zu, und damit auch die Kriminalität. Psychische Heilung und wirtschaftliche Stabilität seien nötig, um einen Teufelskreis der Gewalt möglichst nicht entstehen zu lassen.

Der ehemalige Viehhalter und Teeverkäufer Ibrahim Mohamed hat von dem Programm noch nie gehört. Dass Armut zu Gewalt verführen kann, glaubt aber auch er: »Armut bringt die Menschen dazu, alles Mögliche zu tun.« Für ihn selbst sei das aber kein Weg, »das ist eine Frage der Einstellung«. Dann packt er seine mit Tee gefüllte Thermoskanne, Gläser, etwas Spülmittel und zusätzliches Wasser in eine violette Plastiktasche und macht sich auf den Weg in die Innenstadt, um dort an diesem Nachmittag sein Glück zu versuchen. ♦

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: www.amnesty.de/app



Kämpfen mit den Auswirkungen der Klimakrise:

Teeverkäufer Ibrahim Mohamed (l.) und Priester Joseph Bature. Fotos: Bettina Rühl

Prozesse und Gewalt

Die senegalesische Regierung versucht, Proteste zu unterdrücken und setzt Opposition und Medien staatlicher Repression aus. **Von Lina Wöhlert**

Der Konflikt um die Verschiebung der Präsidentschaftswahl im Senegal stellt die Rechte der Bevölkerung auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit erneut auf die Probe. Um die landesweiten Proteste gegen die Regierung zu beenden, setzten die Behörden Anfang Februar Tränengas ein, nahmen mehr als hundert Menschen fest, sperrten den mobilen Internetzugang und entzogen einem privaten TV-Sender die Lizenz. Mehrere Menschen kamen zu Tode. Bereits in den vergangenen Jahren hatte die Regierung unter Präsident Macky Sall Proteste häufig mit exzessiver Polizeigewalt niedergeschlagen und verschiedene Menschenrechte eingeschränkt.

Im zurückliegenden Wahlkampf »schwächten die senegalesischen Behörden den Menschenrechtsschutz im Land«, sagte Samira Daoud, Regionaldirektorin von Amnesty International für West- und Zentralafrika. Opposition und Medien waren Repression ausgesetzt. Der wohl prominenteste Fall ist der des umstrittenen Oppositionspolitikers Ousmane Sonko, der sich im vergangenen Jahr

wegen diverser Anschuldigungen vor Gericht verantworten musste. Aufgrund dieser Anklagen befand sich Sonko von Ende Mai bis Ende Juli im Hausarrest. Sicherheitskräfte verhinderten, dass andere Oppositionspolitiker*innen Sonko während dieser Zeit besuchen konnten oder seine Partei PASTEF Pressekonferenzen abhalten konnte.

Am 1. Juni 2023 wurde Sonko wegen »Korruption/Verführung Jugendlicher« zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet 915 Euro verurteilt und fiel damit als Kandidat seiner Partei aus. Das Urteil rief die tödlichsten Unruhen seit Jahren im Land hervor. Dabei starben mindestens 23 Menschen, 390 wurden nach Angaben des senegalesischen Roten Kreuzes verletzt. Ende Juli wurde der Oppositionsführer dann wegen »Aufruf zum Aufstand« erneut verurteilt und PASTEF aufgelöst. Dies führte zwei Tage später zu landesweiten Demonstrationen, bei denen laut Amnesty mindestens sechs Menschen getötet wurden.

Im Zusammenhang mit den Protesten nach Sonkos Verurteilung wurde der Jour-

**»Die senegalesischen Behörden schwächen den Menschenrechtsschutz im Land.«
Samira Daoud**

nalist Pape Alé Niang im Juli wegen »Aufruf zum Aufstand« und »Handlungen, die die öffentliche Sicherheit gefährden« könnten, angeklagt und in Untersuchungshaft genommen. Mehrere Journalist*innen berichteten, dass Sicherheitskräfte sie bei der Arbeit behinderten. Der Internetzugang wurde wiederholt abgeschaltet, ebenso das Online-Netzwerk TikTok und private Fernsehsender wie Walf TV.

Auch weitere Oppositionsangehörige und Aktivist*innen waren im Jahr 2023 Repressionen ausgesetzt: Der ehemalige Premierminister Hadjibou Soumaré gab an, er sei wegen angeblicher Beleidigung des Präsidenten unter »richterliche Beobachtung« gestellt worden, nachdem man ihn zuvor kurzzeitig inhaftiert hatte. Der Aktivist Mohamed Samba Djim von der Bewegung FRAPP wurde in Untersuchungshaft genommen, weil er angeblich Aktivitäten finanzierte, die die öffentliche Sicherheit gefährden oder schwere politische Unruhen verursachen könnten. Er hatte für Online-Crowdfunding geworben, um PASTEF-Mitglieder und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu unterstützen, die aus der Regierung Salls ausgeschlossen worden waren.

Die Menschenrechtslage im Senegal ist bereits seit einigen Jahren prekär, vor allem in Hinblick auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. So starben im März 2021 bei Ausschreitungen 21 Zivilist*innen, deren Todesumstände bis heute nicht aufgeklärt sind. ♦

Die Autorin ist Mitglied der Koordinationsgruppe Westafrika von Amnesty Deutschland.

Brenzlig. Proteste in Dakar, nachdem die Regierung die Präsidentschaftswahl verschoben hat. 9. Februar 2024.

Foto: Cem Ozdel / Anadolu Agency / pa



»Diese Menschen geben uns Hoffnung«

Das Amnesty-Regionalbüro West- und Zentralafrika in Dakar ist für die Arbeit der Organisation in der Sahelregion zuständig. Sarah Matthewson untersucht Menschenrechtsverletzungen und unterstützt Aktivist*innen. **Von Felix Haug**

Sarah Matthewson muss nicht lange überlegen, wenn man sie nach dem Ziel ihrer Arbeit im Amnesty-Regionalbüro in Dakar, der Hauptstadt des Senegal, fragt: »Menschenrechtsarbeit kämpft dafür, dass die grundlegenden Rechte aller Menschen ohne Unterschied anerkannt und geachtet werden, indem sie die Gesetze und die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen ändert, die einer Ausgrenzung zugrunde liegen.«

Erfolg und Motivation sind für Matthewson die »Briefe gegen das Vergessen«, die Personen in Gefahr unterstützen. So setzt sich Amnesty zum Beispiel für die Kamerunerin Dorgelesse Nguesan ein, die lediglich an einer Protestkundgebung teilnahm und deshalb im Gefängnis sitzt. »Ich habe unmittelbar erfahren, wie viel ihr und ihrer Familie die Solidarität und Unterstützung von Amnesty bedeuten«, berichtet Matthewson. »Das hat sie in dieser schwierigen Zeit aufrechterhalten.« Es sei bereits ein großer Erfolg, wenn die Kommunikation zwischen einer zuvor isolierten und verängstigten Person und den Mitgliedern der weltweit größten Menschenrechtsorganisation ermöglicht werde. »Die Zusammenarbeit mit beeindruckenden, teilweise inhaftierten Menschenrechtsverteidi-

ger*innen, die mit großer Entschlossenheit ihr Leben selbstlos der Gerechtigkeit widmen, hat mich darin bestärkt, weiterzumachen und mich noch mehr einzusetzen«, sagt Matthewson.

Das Amnesty-Team in Dakar bezieht die für seine Arbeit relevanten Informationen aus einem großen Netzwerk in den Ländern der Region. Es gibt Verbindungen zu NGOs und Journalist*innen, aber auch Kontakte zu Regierungen, den Vereinten Nationen und anderen Institutionen. Die Mitarbeiter*innen verfolgen täglich die klassischen Medien und die Online-Netzwerke und vertiefen und überprüfen die Informationen mithilfe ihrer Kontakte. Außerdem unternehmen sie monatelange Hintergrundrecherchen und Besuche vor Ort. »Bei diesen Besuchen befragen wir Betroffene, aber auch Personen aus zivilgesellschaftlichen und institutionellen Kreisen, die mit den Menschenrechtsverletzungen befasst sind«, berichtet Matthewson. Eigene Recherchen würden durch möglichst viele Quellen überprüft.

Die größte Herausforderung bei ihrer Arbeit sind die beschränkten Mittel. »Wir alle würden gerne mehr tun«, sagt Matthewson. »In Zentralafrika gibt es so viele verheerende Verletzungen der Grundrechte, die ein enormes Hindernis für Frieden, Fortschritt und Wohlstand in der Region darstellen.« Manchmal könne Amnesty nicht mehr tun, als auf Probleme hinzuweisen, manchmal gelinge es jedoch auch, Regierungen und Institutionen zu nachhaltigeren Maßnahmen zu bewegen.

Die künftige Entwicklung der Region



Amnesty-Mitarbeiterin Sarah Matthewson.
Foto: privat

sieht Matthewson ambivalent. Zwar verfügten die Länder über reiche Ressourcen und die Eliten über hohe Einkommen. Die Mehrheit der Menschen sei jedoch immer noch arm und benachteiligt, was Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Beschäftigung und eine gesunde Umwelt betreffe. Die Klimakrise und totalitäre Regime seien eine weitere Gefahr. »Auf der anderen Seite gibt es so viele unglaubliche Menschen, Bewegungen und Organisationen, die sich dafür einsetzen, dass die Rechte in ihren Ländern geachtet werden. Diese Menschen geben uns Hoffnung.« ♦

Der Autor ist in der Amnesty-Koordinationsgruppe Westafrika zuständig für die Länder Tschad und Kamerun und hospitierte 2022 für drei Wochen im Amnesty-Büro in Dakar.

»Ich habe erfahren, wie viel die Solidarität von Amnesty bedeutet.«
Sarah Matthewson

Sklaverei geduldet

Obwohl das Halten von Sklav*innen in Mauretanien strafbar ist, geht der Staat gegen all jene vor, die das menschenrechtswidrige System abschaffen wollen. **Von Nadja Ahmad**

Ohne Lohn, Urlaub oder Zugang zu Bildung arbeiten sie von früh bis spät. Sie müssen kochen, putzen, Vieh hüten, auf den Feldern und im Haushalt arbeiten und die Kinder ihrer »Herren« und »Herrinnen« betreuen. Zwar hat Mauretanien die Sklaverei 1981 als letztes Land weltweit verboten und 2007 unter Strafe gestellt. Doch in der Realität wird Sklaverei weiterhin betrieben und nur selten strafrechtlich verfolgt. Dabei verbietet Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Sklaverei, der UN-Menschenrechtsrat stuft sie gar als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein.

Die sogenannten Haratin sind Nachkommen ehemaliger Sklav*innen. Die Bezeichnung leitet sich vom arabischen Wort für Freiheit ab und bedeutet befreite Sklavin bzw. befreiter Sklave. Bis heute wird dieser abwertende Begriff in Mauretanien verwendet, um die »Haratin« von den als »weiß« gelesenen »Bidhan« zu unterscheiden. Diese sind Nachkommen von Berber*innen und arabischen Maur*innen, die die Region im 8. und im 11. Jahrhundert eroberten und ein Kastensystem etablierten, das die Grundlage für die Versklavung der einheimischen »Haratin« und anderer afromauretanischer Gruppen bildete.

Die Abstammung spielt bis heute eine entscheidende Rolle: Kinder von Sklav*innen bleiben als Sklav*innen den »Herren« ihrer Eltern zugeordnet. Etwa 90 Prozent der Betroffenen sind Frauen und Kinder. Das genaue Ausmaß der Sklaverei in Mauretanien ist unbekannt. Der Global Slavery Index ging 2021 von rund 149.000 versklavten Menschen aus, das entspricht gut drei Prozent der Gesamtbevölkerung. Menschenrechtsorganisationen schätzen



Seltener öffentlicher Protest: Tausende »Haratin« protestierten 2014 in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott gegen die Sklaverei.

Foto: Agron Dragaj/Zumapress/pa

den Anteil der Sklav*innen auf bis zu 20 Prozent.

Obwohl die »Bidhan« heute in der Minderheit sind, dominieren sie die kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Führungspositionen des Landes. Die »Haratin« dagegen sind tief verwurzelter gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt, das gilt für den Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Wohnraum, Land und natürlichen Ressourcen ebenso wie zu Gesundheitsversorgung und sozialen Diensten. Selbst befreite »Haratin« bleiben daher in vielen Fällen bei ihren ehemaligen »Herren«. Sie sind ökonomisch, kulturell und psychologisch an sie gebunden und sehen keine andere Perspektive für ihr Leben.

Während die Bestrafung von Sklaverei selten ist, geht der Staat energisch gegen Anti-Sklaverei-Aktivist*innen vor. Sie

werden willkürlich festgenommen und in abgelegenen Gefängnissen inhaftiert. Bekannt sind auch Fälle von Folter und Misshandlungen während der Untersuchungshaft, um Aktivist*innen einzuschüchtern und »Geständnisse« zu erpressen. Immer wieder kommt es zu erheblichen Bedrohungen durch staatliche Stellen wie Festnahmen und Razzien. Auch werden Versammlungen zu dieser Thematik systematisch verboten. Organisationen, die sich gegen Sklaverei einsetzen, wird immer wieder die Anerkennung verweigert. Trotz dieser gefährlichen Umstände engagieren sich Aktivist*innen und Organisationen weiter für ein Ende der Sklaverei in Mauretanien. ♦

Die Autorin ist in der Amnesty-Koordinationsgruppe Westafrika aktiv.

Planlos in die Zukunft

Nach dem Putsch in Niger liegt die deutsche Sahelpolitik in Trümmern.
Ein Kommentar von Franziska Ulm-Düsterhöft

Die Idee war gut. Nach jahrelangen unkoordinierten Initiativen im Sahel glaubte die Bundesregierung im Mai 2023 endlich die Lösung gefunden zu haben, um effektiver zu sein: Erstmals sollten die Aktivitäten der Bundesministerien für Verteidigung, Auswärtiges und Entwicklungszusammenarbeit verzahnt werden und einer gemeinsamen Strategie folgen. Alle Hoffnungen ruhten auf Niger, wohin Bundeswehrsoldaten aus Mali verlagert werden sollten, nachdem dort das Militär erneut geputscht hatte.

So sinnvoll die Neuausrichtung der Sahelpolitik auch gewesen sein mochte, sie kam zu spät. Denn nach Mali und Burkina Faso kam es im Juli 2023 auch in Niger zu einem Militärputsch. Die neuen Militärregierungen kündigten an, sich von postkolonialen Gebärden insbesondere Frankreichs, aber auch anderer EU-Staaten lösen zu wollen. Sie brachen inzwischen weitgehend mit Frankreich und wollen nun auch aus der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) austreten.

An der Misere hat die unkoordinierte und zwiespältige deutsche Sahelpolitik der vergangenen Jahre ihren Anteil. Ihr Scheitern verdeutlicht, dass es nicht immer realistisch ist, eine interessengeleitete Außenpolitik mit einer menschenrechtsbasierten zu verbinden. Im Zweifelsfall muss sich die Bundesregierung entscheiden, ob Menschenrechte und völkerrechtliche Verpflichtungen oder eigene Interessen Vorrang genießen.

Bei den Militärmissionen im Sahel etwa haben Bundesregierung und EU

zuletzt den Schwerpunkt immer mehr verlagert – weg vom Schutz der Zivilbevölkerung vor terroristischen Angriffen und hin zur Eindämmung irregulärer Migration, die über Niger nach Europa führt. Damit verlor sie an Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung vor Ort, zudem gingen Kapazitäten für den Kampf gegen den Terrorismus verloren. Dieser Ansatz ist krachend gescheitert, denn die islamistischen Angriffe haben sich inzwischen auf weitere Gebiete ausgeweitet, und die Bevölkerung war aus nachvollziehbaren Gründen unzufrieden.

Echte Präsenz und echtes Interesse

Unglaublich war die deutsche Sahelpolitik auch im Sinne der sogenannten feministischen Außenpolitik, die lokale NGOs und Betroffene politisch einbinden und die Beziehungen zu den Sahelstaaten dekolonial gestalten wollte. Gleichzeitig übernahm die ehemalige Kolonialmacht Frankreich vor Ort die Federführung für die EU. Selbst nachdem mehrere Sahelstaaten erklärten, dass sie eine Einmischung Frankreichs ablehnten, versteckte sich die Bundesregierung hinter der formalen EU-Zuständigkeitsverteilung, wonach Frankreich hauptverantwortlich war für die europäische Sahelpolitik.

Nach dem Putsch in Niger scheint die Bundesregierung keinen Plan für den weiteren Umgang mit der Sahelregion zu haben. Unabhängig von den Entwicklungen in den einzelnen Staaten ist jedoch ein Umdenken erforderlich, wenn die Bundesregierung dort als Partnerin ernstgenommen werden möchte. Dazu gehören echte Präsenz und echtes Inte-

resse, die über Gipfeltreffen hinausgehen.

Grundsätze, auf die sich Staaten in der Region verständigt haben, sollten nicht infrage gestellt werden. Das betrifft auch das Freizügigkeitsprinzip, dass in der EU genauso gilt wie im Raum der ECOWAS. Die EU wollte das Prinzip der Freizügigkeit in der Vergangenheit gesetzlich einschränken, um Migration zu unterbinden, und setzte deswegen jahrelang die nigrische Regierung unter Druck.

Von Bedeutung ist auch ein respektvoller Umgang mit Menschen aus den Sahelländern in Deutschland und in der EU. Die aktuellen rassistischen Töne, Menschen aus diesen Ländern zur größten Gefahr Europas zu erklären, und die Absicht, sie an den EU-Außengrenzen zu inhaftieren oder massenhaft in Drittländer abzuschicken und dort ihrem Schicksal zu überlassen, helfen der Glaubwürdigkeit Deutschlands kaum. ♦

Franziska Ulm-Düsterhöft ist Fachreferentin für Afrika.

Von Bedeutung ist auch ein respektvoller Umgang mit Menschen aus den Sahelländern in Deutschland und in der EU.

FREIHEIT FÜR SASHA

Die Künstlerin Aleksandra (Sasha) Skochilenko ist wegen „Verbreitung wesentlich falscher Informationen über die russischen Streitkräfte“ zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Sie hatte 2022 Preisschilder in örtlichen Supermärkten durch kleine Papieretiketten ersetzt. Diese enthielten Fakten über die russische Invasion der Ukraine und Friedensbotschaften. Ihre künstlerische Kritik an Russlands Krieg gegen die Ukraine brachte sie erst vor Gericht und nun für sieben Jahre ins Gefängnis.

Aleksandra Skochilenko ist eine gewaltlose politische Gefangene, die nur aufgrund der Wahrnehmung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert ist.

Setz dich gemeinsam mit uns für ihre bedingungslose und sofortige Freilassung ein!



amnesty.de/sasha





Aleksandra Skochilenko am Tag ihrer Verurteilung, 16. November 2023 © Alexandra Astakhova / Mediazona



POLITIK & GESELLSCHAFT
ITALIEN

Sich eine Zukunft schneiden

Im Süden Italiens beutet die Mafia afrikanische Migrant*innen aus. In einer ehemaligen Mafiaresidenz in der Nähe von Neapel betreiben Frauen aus Nigeria und aus der Region gemeinsam eine Näherei. **Aus Castel Volturno** **Nina Apin (Text) und Michele Amoruso (Fotos)**

Paola Russo steht vor einem halb abgewickelten Stoffballen und flucht: Der Auftrag muss fertig werden, 50 Taschen für ein Geschäft im Stadtzentrum. 30 davon stapeln sich schon auf dem Schneidetisch. Das Problem ist: Der Zuschnitt wurde falsch berechnet, der Stoff reicht nicht. »Madonna, was für ein Chaos!« Die 53-Jährige wirft sich theatralisch auf einen Stuhl, in dem kleinen, mit bunten Stoffen und Nähmaschinen vollgepackten Raum herrscht angespannte Stille. Vivian Emwindoemwaifo kontrolliert mit einem Maßband nach. Mit einem Zungenschnalzen, das ihre goldenen Creolen wackeln lässt, verkündet sie: »Mist.« Kurze Krisensitzung: Alle sechs Frauen im Raum vermessen Stoffreste, begutachten das Lager, diskutieren lautstark. Mit einer kleinen Änderung im Design ist die Produktion gerettet. Der Rest der verschnittenen Stoffe wird zu Handyhüllen aufbereitet, die auf Märkten in der Region guten Absatz finden. Aufatmen, die Nähmaschinen rattern wieder, die übliche Arbeitsroutine kehrt ein: messen, schneiden, anreihen, nähen, verpacken, zwischen den Frauen fliegen Wortfetzen hin und her – in neapolitanischem Dialekt und Bini, einer Sprache, die in der nigerianischen Provinz Edo gesprochen wird.

»Wir sind kein gewöhnlicher Betrieb, nicht immer läuft es rund«, stellt Paola Russo trocken fest, als sie auf der Bank vor der Schneiderei eine Zigarettenpause macht. »Aber das hier ist auch ein spezielles Umfeld.« Die resolute Neapolitanerin mit der Lockenmähne ist Sozialarbeiterin. Seit 2014 leitet sie die kleine Schneiderei »Action Women« in Castel Volturno. Soziale Schneiderei nennt sich der Betrieb, der als Ausbildungsprojekt für afrikanische Migrantinnen begann. Seit drei Jahren trägt sich die Schneiderei wirtschaftlich selbst. Fünf Frauen sichern das Nähen aktuell den Lebensunterhalt. Vier von ihnen stammen aus Nigeria, eine aus der Region. Alle Frauen haben Kinder, leben in prekären familiären Verhältnissen. Arbeitslosigkeit, Sucht und häusliche Gewalt sind Themen, die viele kennen. »Das Leben ist hier für alle hart«, sagt Russo. »Alles, was Sie über diese Stadt

gehört haben, stimmt – und trotzdem gibt es Hoffnung und viel Engagement.«

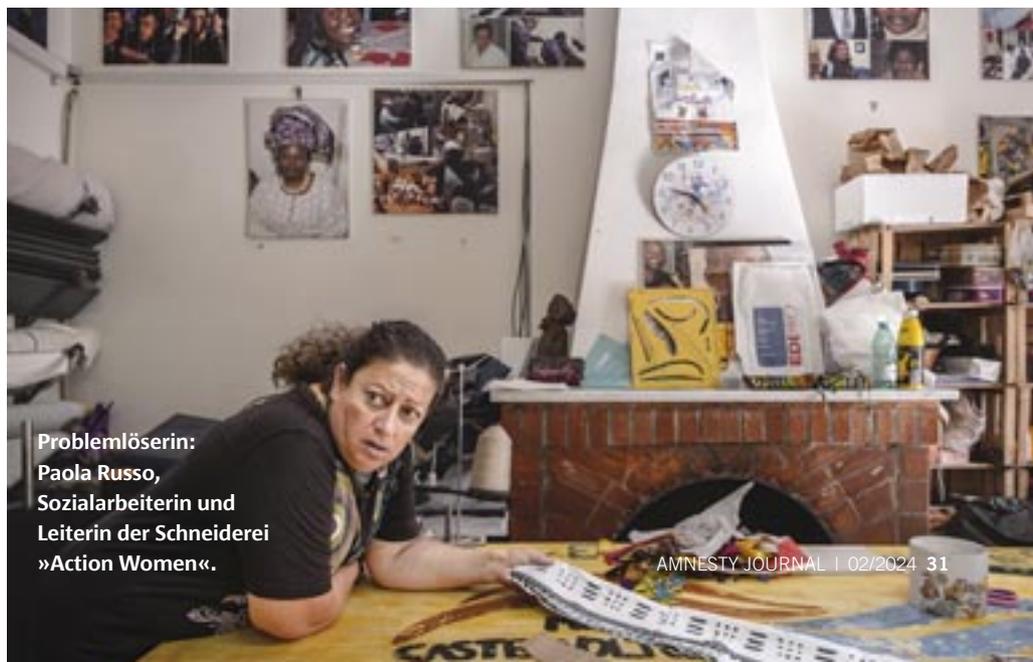
Mafia, Migration, Menschenhandel

Die süditalienische Region Kampanien hat mit die höchsten Arbeitslosenzahlen in ganz Europa. Die Küstenstadt Castel Volturno, eine halbe Autostunde nördlich von Neapel gelegen, erlangte traurige Berühmtheit als eine Hochburg der Mafia und der Migration. Von den offiziell knapp 28.000 Einwohner*innen sind Schätzungen zufolge bis zu 20.000 Migrant*innen. Eine unbestimmte Zahl von Menschen, die Mehrzahl von ihnen aus Afrika, lebt in dem vernachlässigten Gebiet nördlich des Flusses Volturno, in dem auch Paola Russos Arbeitgeber, die Organisation »Black and White«, ihren Stammsitz hat. In den 1960er Jahren zog die lokale Unternehmerfamilie Coppola in dem Gebiet eine gigantische illegale Feriensiedlung hoch. Eine Zeitlang erfreute sich der Komplex »Pinetamare« großer Beliebtheit bei der wohlhabenden Mittelschicht und den Beschäftigten eines nahe gelegenen Stützpunkts der US-Armee. Doch als die Regierung von Kampanien nach dem verheerenden Erdbeben 1980 Obdachlose in den Appartements einquartierte, begann der Niedergang: Investor*innen zogen sich zurück, die Siedlung verfiel immer mehr. Heute beherbergen die heruntergekommenen Apartmentkomplexe vor allem Men-

schen ohne Aufenthaltserlaubnis, die als Tagelöhner*innen auf den Feldern in der Umgebung arbeiten. In leerstehenden Bungalows leben Obdachlose, in ehemaligen Hotelanlagen befinden sich Lager des Kokain- und Waffenhandels. Neben der einheimischen Camorra hat sich in Castel Volturno auch die nigerianische Mafia eingenistet. In sogenannten »Connection Houses« und entlang der Küstenstraße arbeiten junge Nigerianerinnen, die Opfer von Menschenhandel wurden, als Prostituierte. Bereits 2006 skandalisierte der italienische Journalist Roberto Saviano in seinem Mafia-Enthüllungsbuch »Gomorra«, dass sich der Küstenabschnitt im Würgegriff der organisierten Kriminalität befinde. Diese habe aus dem einstigen Bauernland eine Deponie für illegalen Giftmüll und einen Schauplatz für Elendsprostitution und Drogenhandel gemacht.

In der verbliebenen Landwirtschaft sieht es nicht besser aus: »Viele der Tomaten, Zitronen und Orangen, die wir in den Supermärkten in Deutschland kaufen, werden unter ausbeuterischen Bedingungen von Menschen ohne Papiere in Südeuropa gepflückt, unter anderem in Sizilien«, sagt Sophie Scheytt, Asylexpertin von Amnesty International in Deutschland. »Schon vor mehr als zehn Jahren hat Amnesty International die brutalen Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Menschen in Italien in einem Amnesty-Bericht untersucht – auch in Castel Vol-

**»Wir sind kein gewöhnlicher Betrieb, nicht immer läuft es rund.«
Paola Russo**



Problemlöserin:
Paola Russo,
Sozialarbeiterin und
Leiterin der Schneiderei
»Action Women«.



Finanziert das Studium ihrer Tochter: Patricia Omoruyi Orobosa.



Planen den nächsten Zuschnitt: Mary Aighbeghian (li.)

turno.« Die Missstände bestehen noch immer, aber in der Stadt hat sich auch ein großes Netzwerk an kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen gebildet, die versuchen, der Macht der Mafia mit Bildungs- und alternativen Arbeitsmöglichkeiten etwas entgegenzusetzen. Eine dieser Initiativen ist die soziale Schneiderei »Action Women« in der Viale delle Magnolie, untergebracht in einer ehemaligen Mafiaimmobilie.

Ernährerinnen ihrer Familien

Allein in Castel Volturno wurden bisher 155 Mafiaimmobilien enteignet und der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt; nicht immer mit Erfolg. Der überschuldeten Kommune fehlen die Mittel, um die zum Teil baufälligen Gebäude gegen Vandalismus zu schützen und instand zu setzen. In der Viale delle Magnolie aber klappte es. In das ehemalige Feriendomizil der Mafiapatin Pupetta Maresca ist neues Leben eingekehrt. »Casa di Alice –

der Ort, an dem Träume wahr werden« steht auf einem gemalten Schild über der Tür. Im Garten ragt eine Metallskulptur in Form des afrikanischen Kontinents aus dem Rasen, »Karibu« ist dort eingestanz, »Willkommen« auf Aramäisch. Seit 2010 residiert in dem spanisch anmutenden weißen Flachbau die Freiwilligenorganisation »Jerry Essan Masslo« – benannt nach einem aus Südafrika stammenden Migranten, der als Tomatenpflücker von der Mafia ausgebeutet und 1989 von Jugendlichen aus dem Ort getötet wurde. Ziel der Jerry Essan Masslo-Stiftung ist es, den Verletzlichsten Schutz und Perspektiven zu geben. Rund 50 Freiwillige und vier Zivildienstleistende betreiben in den Räumen der Casa di Alice eine Kleiderkammer, bieten Hausaufgabenhilfe, Nachmittagsbetreuung und Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche an. In einem kleinen Raum werden geschälte Tomaten in Flaschen und andere Tomatenprodukte für den Onlineverkauf vor-

bereitet. Die Initiative bewirtschaftet auch ein Stück Land, das der Mafia entrisen wurde und beschäftigt dort Landarbeiter*innen und Pflücker*innen zu fairen Bedingungen.

Im ehemaligen Wohnzimmer der kleinen Villa ist die Schneiderei untergebracht, in der Vivian Emwindoemwaifo und Patience Agbonkonkon gerade die letzten Taschen fertig nähen. Wenn man es sorgfältig mache, sagt Agbonkonkon, die nur kurz von ihrer Dürkopp-Maschine aufblickt, brauche man 30 Minuten – für eine Taschenseite. Stolz zeigt sie ein langes, raffiniert geschnittenes Wickelkleid aus nigerianischem Stoff, das sie entworfen hat, bei der letzten »Action Women«-Modenschau trug es ihre Tochter, zusammen mit einem passenden, mit Draht verstärkten Haarband, das sie hier »Skaf« nennen. In Benin-Stadt arbeitete die 55-Jährige als Näherin in einer Textilfabrik, machte sich später mit einer kleinen Schneiderei selbstständig. 2010 verließ



Markenzeichen:
Die Frauen kaufen die nigerianischen Stoffe auf dem Großmarkt in Rom.



und Vivian Emwindoemwaifo.



Entwirft auch Mode: Patience Agbonkonkon.

sie Nigeria. Drei Mädchen hat sie, zwei gehen noch zur Schule, eine ist Stewardess geworden. Vorher schlug sich Agbonkonkon mit Gelegenheitsjobs durch, putzte und kellnerte, »das Übliche«, sagt sie. Mithilfe der Organisation »Black and White« erlangte sie die italienische Staatsbürgerschaft. Seit fast fünf Jahren ist sie in der Schneiderei beschäftigt. »Es ist gut, mit dem zu arbeiten, was ich gelernt habe, mit Menschen, die mich respektieren«, sagt sie. »Und es reicht, um meine Familie zu ernähren.« Eine ihrer Töchter, erzählt sie, wolle später Ärztin werden – und warum solle sie das nicht schaffen? »Certo«, aber sicher, ruft Kollegin Patricia Omoruyi Orobosa. Ihre Tochter studiere jetzt Mode, in Capua.

Vielleicht haben die Modenschauen, an denen sie schon als Kind mitwirkte, sie inspiriert. Oder die Designerinnen, mit denen »Action Women« regelmäßig kooperiert. So erarbeiteten die Schneiderinnen von 2018 bis 2020 mit der römischen Modeprofessorin Barbara Anunziata eine Kollektion und ließen sich von ihr beraten. Seitdem läuft es auch wirtschaftlich. Man verkauft in Läden und auf Kreativmärkten, fertigt Aufträge für lokale Firmen; gerade hat ein Buchladen Kalenderhüllen bestellt.

Accessoires aus nigerianischem Stoff

Die Markenzeichen von »Action Women« sind Accessoires und Kleidungsstücke aus nigerianischen Wachsdruckstoffen. Die Meterware müssen die Frauen auf dem Großmarkt in Rom besorgen – die afrikanischen Geschäfte in Castel Volturno und Umgebung verlangen überhöhte Preise, ein weiterer Ausdruck der von kriminel-

len Strukturen dominierten lokalen Wirtschaft. Die Ornamente und geometrischen Muster in leuchtenden Farben werden zu modernen Begleitern genäht: Wickelröcke für den Strand, Shoppingtaschen, Handyhüllen sowie die Haarbänder, die auch Italienerinnen gerne tragen. »Das steht auch Blondem«, sagt Mary Aighbeghian und grinst. Sie selbst trägt einen Wickelrock aus buntem Stoff, dazu ein oranges T-Shirt mit der Aufschrift: »I am the seed the Lord has blessed« – wie alle Nigerianerinnen hier ist sie in einer der vielen Pfingstgemeinden aktiv. Die Gemeinde gebe ihr eine Heimat, sagt sie, ebenso wie die Casa di Alice.

»Wir sind eine Oase in der Wüste«, sagt Paola Russo. Sie führt durch den Garten, der in den Sommerferien voller Zelte ist, die Freizeitcamps für Jugendliche erfreuen sich großer Beliebtheit. In Urlaub fahren können hier die wenigsten Familien, der Strand in Castel Volturno ist wegen der Giftmüllbelastung fürs Baden gesperrt. Der Garten der Casa di Alice mit seinen alten Bäumen und großen Picknicktischen sei für viele der schönste Freizeitort, den sie kennen, sagt Russo.

So war es auch für die 22-jährige Damiana Intravaja. Als Zweijährige betrat sie zum ersten Mal die Casa di Alice an der Hand ihrer Tante, die dort in der Kooperative half. Später machte sie dort ihre Hausaufgaben, spielte mit Gleichaltrigen aus der Nachbarschaft. Als Jugendliche ließ sie sich selbst zur Kinder- und Jugendbetreuerin ausbilden. Gerade zur richtigen Zeit, wie sie findet. »Es waren vor allem ältere Freiwillige vor Ort, die nach vielen Jahren des Engagements ausgebrannt waren«, erzählt sie. »Ich habe

**»Es ist gut, mit dem zu arbeiten, was ich gelernt habe.«
Patience Agbonkonkon**

ein paar Leute aus der Schule dazu geholt und gemeinsam haben wir für einen Generationswechsel gesorgt.« Intravaja und ihre Freund*innen veranstalteten Film- und Diskussionsabende zu den Opfern der Camorra. Und brachten die Freiwilligenarbeit als soziale Alternative zum Herumhängen oder einer kriminellen Karriere ins Spiel. An zwei bis drei Tagen in der Woche hilft Intravaja nun neben ihrem Studium in der Casa di Alice mit und arbeitet mit den Kindern, so oft es ihr Semesterplan erlaubt. Bedarf gebe es mehr als genug, erzählt sie: »Wir haben zum Beispiel ein kleines Mädchen, deren Mutter von sechs Uhr morgens bis 19 Uhr abends auf den Feldern arbeitet. Sie hat nur uns.« Im Sommer schläft Damiana Intravaja nun wieder im Zelt unter den Bäumen, diesmal als Betreuerin. Sie weiß, dass Initiativen wie Jerry Essan Masslo, die sich mit Projektfinanzierungen sowie Spenden über Wasser halten, nur einen kleinen Teil der Probleme ihrer Heimatstadt lösen können. Aber sie ist überzeugt, es lohnt sich. »Zusammen bilden wir ein Netz des Guten, jeden Tag.« ♦

Diesen Artikel können Sie sich in unserer Tablet-App vorlesen lassen: www.amnesty.de/app

»WIR SIND EINE SEHR BITTERE, SEHR TRAUMATISIERTE NATION«

In Belarus gingen 2020 und 2021 Hunderttausende Menschen gegen den langjährigen Präsidenten Alexander Lukaschenko auf die Straße. Die Proteste wurden gewaltsam niedergeschlagen, Zehntausende inhaftiert, viele Aktivist*innen flohen. Auch der belarusische Politikwissenschaftler **Vitali Shkliarov** wurde festgenommen. Er kam auf internationalen Druck frei und arbeitet seitdem im Exil an einer Analyse des Aufstands.

Interview: Alexander Bühler

Sie untersuchen die belarusischen Proteste wissenschaftlich. Wie gehen Sie vor?

Meine beiden Ko-Autorinnen und ich rekonstruieren mithilfe belarusischer Journalistinnen und Journalisten die Geschehnisse während des Aufstands und betrachten dabei jeden Tag, wie bei einem Tagebuch. Wir müssen die Proteste auseinandernehmen, um sie zu verstehen. Am Ende führen wir dann möglicherweise alles zu einem Gesamtbild zusammen.

Inwiefern war dieser Aufstand über Belarus hinaus relevant?

Im Jahr 2021, als in Belarus noch viele Menschen auf die Straßen gingen, stockte Putin allmählich die Truppen an der Grenze Russlands zur Ukraine und zu Belarus auf. Wenn es diese Proteste nicht gegeben hätte, wäre es meiner Ansicht nach nicht zum Überfall auf die Ukraine 2021 gekommen. Die Proteste in Belarus waren der letzte Anschlag, den Putin brauchte. Er befürchtete, die Unzufriedenheit werde auf sein Land übergreifen. Und in Russland gibt es viele einflussreiche Leute, die Waffen und Geld haben und die viel mehr anrichten können als belarusische Demokraten ohne politische Erfahrung und ohne viel Geld.

Wie bewerten Sie den Aufstand?

Der Aufstand war – trotz allem – ein Erfolg. Zwar wurden Zehntausende inhaftiert.

Dennoch: Es war das erste Mal in der Geschichte des Landes, dass ein friedlicher Protest stattgefunden hat. Das erste Mal, dass man sich auf den Straßen zusammenschloss mit dem Ziel, das ganze Leben zu verändern. Das erste Mal, dass sich Menschen in großer Zahl politisch engagierten. Und auch das erste Mal, dass eine Frau als Präsidentin antrat. Trotz der vielen Rückschläge ist der Protest, historisch betrachtet, ein positives Signal für die Demokratie in Belarus.

Was löst die Beschäftigung mit den damaligen Ereignissen bei Ihnen aus?

Es ist ein Trauma. Ich mache das jetzt seit zweieinhalb Jahren, und das wird sich noch weitere Jahre hinziehen. Die Ereignisse wird man wohl nie wieder los. Ich wurde 2020 vor den Präsidentschaftswahlen festgenommen: vom Bürgersteig weg entführt. In diesem kleinen Land, das gerade einmal sieben Millionen Einwohner*innen hat, wirkten sich die Geschehnisse auf alle aus. Es gibt wahrscheinlich keine Familie, die nicht betroffen ist. Wir sind eine sehr bittere, sehr traumatisierte Nation. Wir sollten als Nation, als Menschen, die das erlebt haben, wie bei einer Gruppentherapie aufstehen, unsere Geschichten erzählen und – ich sage das metaphorisch – uns umarmen, alles herausweinen, alles aussprechen und damit aus der Welt schaffen. Und wir müssen das alles für diejenigen, die nach uns kommen, aufzeichnen.

Lukaschenko hat auf die Hilfe Putins zurückgegriffen, um sich an der Macht zu halten – es scheint, als sei



der sowjetische Unterdrückungsapparat zurückgekehrt ...

Ich hatte die Werke von Alexander Solzhenizyn gelesen, mehr als Pflichtlektüre. Doch dann gerätst du plötzlich selbst in so ein System: Alles, was du gelesen hast, stimmt, es hat sich nichts geändert. Es ist wie vor 70 Jahren. Die Knäste sind die gleichen, die Methoden, selbst die Matratzen. Das sind Gulag-ähnliche Ställe. Das System ist das lebende Monster, das immer noch seine Kinder frisst. ♦



Foto: Катерина Преснецова / Flickr (CC BY-SA 2.0 DEED)



Proteste gegen die umstrittenen Präsidentschaftswahlen in Minsk, 2020. Foto: Unsplash

ERSCHWERTE HAFTBEDINGUNGEN

Belarusische Bürger*innen, die von ihren grundlegenden Rechten Gebrauch machen, indem sie an friedlichen Versammlungen teilnehmen, öffentlich ihre Meinung äußern oder politisch aktiv sind, werden weiterhin regelmäßig inhaftiert. Viele der aktuell inhaftierten Personen wurden im Zusammenhang mit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen im August 2020 in Belarus und den folgenden Protesten aus politischen Motiven strafrechtlich verfolgt und auf Grundlage konstruierter Anschuldigungen verurteilt.

Dem Menschenrechtszentrum Viasna zufolge gab es Mitte Januar 2024 mindestens 1.408 politische Gefangene in Belarus. Personen, die aufgrund ihres politischen oder menschenrechtlichen Engagements inhaftiert sind, müssen besonders schwere Haftbedingungen erdulden. Sie

*Immer wieder
kommt es zu
Todesfällen von
Aktivist*innen in Haft.*

werden selektiv mit Disziplinarstrafen wie Isolationshaft belegt. In einigen Fällen werden Haftstrafen willkürlich und wiederholt verlängert.

Amnesty International liegen auch Berichte über verweigerte medizinische Versorgung in den Gefängnissen vor: So wird die Koordinatorin des Freiwilligendienstes von Viasna, Marfa Rabkova, trotz besorgniserregender Symptome und einer Verschlechterung ihres Gesundheitszustands nicht angemessen medizinisch versorgt. Die inhaftierte Menschenrechtsaktivistin Nasta Loika berichtete von verweigerter medizinischer Hilfe und Folter. Auch die Oppositionsführerin Maria Kolesnikowa wurde misshandelt. Ihr Gesundheitszustand hat sich erheblich verschlechtert, seit sie in Haft ist.

Gefangenen wird zudem der Kontakt zu ihren Familien und häufig auch zu Rechtsbeiständen verwehrt. Sie dürfen keine Anrufe, Briefe, Pakete oder Besuche von Angehörigen empfangen.

Die Haftbedingungen haben teils dramatische Folgen: So kam es mehrfach zu Todesfällen von Inhaftierten, die vermutlich auf Misshandlung, Folter oder man-

gelnde medizinische Versorgung zurückzuführen sind und von den Behörden nicht aufgearbeitet werden. Im Mai 2021 starb plötzlich der 50-jährige gewaltlose oppositionelle Aktivist Vitold Ashurak im Gefängnis in Schklou, wo er eine fünfjährige Haftstrafe verbüßte. Im Mai 2023 starb der 61-jährige oppositionelle Blogger Mikalai Klimovich in der Justizvollzugsanstalt in Witebsk nach nur zwei Monaten Haft. Er war wegen einer Herzerkrankung auf Medikamente angewiesen. Im Juli 2023 starb der aus politischen Motiven inhaftierte 57-jährige Künstler Ales Pushkin aufgrund einer verspäteten medizinischen Behandlung an einem durchgebrochenen Geschwür. Im Januar 2024 starb Vadzim Khrasko mit 50 Jahren an einer Lungenentzündung ebenfalls in Witebsk. Auch er war aus politischen Gründen inhaftiert. Amnesty kritisiert das Vorgehen der Behörden scharf. ♦

Julia Eymer, Mitglied der Koordinationsgruppe Belarus und Ukraine, Amnesty Deutschland

Gemeinsam gegen den Hass

Eine Handvoll Initiativen setzt sich weiter für die Gleichberechtigung von jüdischen und palästinensischen Israelis ein – kritisch beäugt von der Mehrheitsgesellschaft, aber mit langem Atem. **Von Markus Bickel**

Demonstrant*innen der Zivilgesellschaft, darunter auch die Organisation Standing Together, fordern ein Ende des Krieges in Gaza. Tel Aviv, Dezember 2023.

Foto: Mostafa Alkharouf / Anadolu Agency / pa



Amnon Be'eri Sulitzeanu seufzt. »95 Prozent dessen, was ich zurzeit mache, hat mit der aktuellen Krise zu tun, sowohl persönlich als auch beruflich«, sagt der Kovorsitzende der Abraham Initiatives, der ersten israelischen Nichtregierungsorganisation, die jüdisch-palästinensisches Zusammenleben ins Zentrum ihrer Arbeit rückte. Und das, obwohl der Krieg im Gazastreifen mit seinen humanitären und menschenrechtlichen Auswirkungen gar nicht in den Aufgabenbereich der NGO fällt: »Unsere Mission besteht darin, ein Übergreifen des Konflikts auf Israel selbst zu verhindern, etwa indem wir in gemischten jüdisch-arabischen Betrieben beratend zur Seite stehen«, sagt Be'eri Sulitzeanu, der jüdische der beiden Vorsitzenden der Organisation.

In vielen Firmen, in denen jüdische und palästinensische Israelis zusammenarbeiten, knirsche es gewaltig, das Misstrauen sei riesig – so wie schon im Mai 2021, als Ausschreitungen in binationalen Städten wie Haifa, Akkon, Jaffa und Lod das dünne Band des interkonfessionellen Zusammenlebens auf eine harte Probe stellten (Amnesty Journal 03/23). »Eskalation verhindern und Dialog ermuntern«, auf diese Formel lasse sich die Arbeit der Abraham Initiatives herunterbrechen. Das sei leichter gesagt als getan: »Vor allem auf palästinensischer Seite herrscht eine beispiellose Stille vor, zum Teil aus Angst vor Arbeitsplatzverlust, zum Teil aus Sorge vor Schlimmerem«, sagt Be'eri Sulitzeanu.

Die kommt nicht von ungefähr. Immer wieder wecken Äußerungen von rechtsextremen Ministern der Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanyahu Furcht vor einer gewaltsamen Vertreibung. Das erinnert fast zwangsläufig an die Geschichte der Nakba von 1948, als Hunderttausende Palästinenser*innen vor jüdischen Milizen aus ihren Häusern flohen oder vertrieben wurden. Allein auf die humanitäre Lage im Gazastreifen hinzuweisen, wo seit Oktober mehr als 28.000 Menschen getötet wurden (Stand: Mitte Februar 2024), kann einen den Job kosten, so groß ist das Misstrauen. Zwei Millionen der 9,5 Millionen Israelis gehören der palästinensischen Minderheit an und viele von ihnen werden als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Aber nicht nur in Fabriken, Krankenhäusern und Büros, auch in Schulen machen sich überall im Land die Auswirkungen des Kriegs zwischen Hamas und israelischer Armee bemerkbar. Die Abraham Initiatives investieren deshalb be-

reits seit Jahrzehnten in die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die jüdischen Kindern und Jugendlichen Arabisch beibringen. »Sie brauchen in diesen Tagen sehr viel Rat und Führung, um dafür zu sorgen, dass Regeln des Zusammenlebens eingehalten werden«, so Amnon Be'eri Sulitzeanu.

Ganz aktuell jedoch stehe die in Lod, südlich von Tel Aviv, ansässige NGO dafür ein, »Leben zu retten«. So habe man in der Negev-Wüste in Absprache mit der Armee Dutzende mobile Unterkünfte und Sirenenanlagen in Beduinendörfern geliefert. Deren Bewohner*innen hätten häufig wegen unvollständiger Papiere keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung, erzählt Be'eri Sulitzeanu. Vom Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen sind die sogenannten nicht anerkannten Gemeinden aber genauso betroffen.

Zulauf für Standing Together

Welche Traumata der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 auf beiden Seiten offengelegt hat, bekommt Rula Daood Tag für Tag zu spüren. Gemeinsam mit dem jüdischen Aktivist Alon-Lee Green steht die israelische Palästinenserin an der Spitze der Bewegung Standing Together, einem jüdisch-israelischen Zusammenschluss, der sich für Frieden einsetzt. »Wir bringen die zusammen, die einen anderen Weg gehen wollen. Die verstehen, dass man die Hamas nicht zerstören kann, indem man Gaza in Grund und Boden bombt«, sagt die 38-Jährige.

Allein das zu sagen, macht Menschen wie Daood nach den von der Hamas verübten Massakern mit mehr als 1.200 Toten zu einer isolierten Gruppe in einer Gesellschaft, die im Krieg vereint ist. »Für die israelische Rechte ist es schon Verrat, über Frieden nur laut zu sprechen«, sagt Daood. 50 Jahre nach dem Jom Kippur-Krieg im Jahr 1973, der von einer ganzen Generation als Überlebenskampf wahrgenommen wurde, ist auch die Generation '23 damit konfrontiert, selbst im eigenen Land vor Tod und Vernichtung nicht sicher zu sein. Mit massiver Aufrüstung und radikaler Abschottung für Sicherheit zu sorgen, hat sich als Illusion erwiesen.

Diese Erkenntnis ist es zugleich, die Daood Hoffnung gibt. Standing Together genieße so viel Zulauf wie nie, die Zahl der Mitglieder habe sich seit dem 7. Oktober verdoppelt. Vor allem junge Palästinenserinnen und Palästinenser schlossen sich der Bewegung an, die 2016 gegründet wurde. Damals eskalierte die Gewalt innerhalb Israels, die linken Parteien Meretz und Avoda, die sich nach den Oslo-Abkommen Anfang der 1990er Jahre für

»Eskalation verhindern und Dialog ermuntern.« Motto der NGO Abraham Initiatives

eine Aussöhnung mit den Palästinenser*innen ausgesprochen hatten, verloren an Zuspruch.

Was bleibt, sind kleine NGOs, die die Durchsetzung gleicher Bürger- und Menschenrechte zum Kern ihrer Arbeit gemacht haben: Neben den Abraham Initiatives sind das Gruppen wie Combatants for Peace, gegründet von früheren Soldat*innen der israelischen Armee und ehemaligen palästinensischen Kämpfern, oder Parents Circle – Families Forum, ein Zusammenschluss von Angehörigen der in dem Konflikt ums Leben gekommenen Israelis und Palästinenser*innen. Sie eint ihre Überzeugung, dass der Konflikt nur gemeinsam und auf der Grundlage gleicher Rechte für alle gelöst werden kann.

Auch Daood sieht zu einer israelisch-palästinensischen Partnerschaft keine Alternative. Das hätten schon die Demonstrationen nach dem Machtantritt der neuen Regierung 2023 gezeigt, auf denen Standing Together immer wieder darauf hingewiesen habe, dass die Besatzung des Westjordanlands einer langfristigen Lösung des Konflikts im Wege stehe. Dass sich der Konflikt nicht von heute auf morgen lösen lasse, sei ihr bewusst: »Als Graswurzelbewegung verstehen wir es als unsere Aufgabe, von unten zu wirken. Wir müssen den Menschen zeigen, dass es einen anderen Weg gibt als den, den Premierminister Netanjahu seit Jahren als den einzig möglichen vorgibt. Dass Frieden möglich und nötig ist.«

Den Glauben daran hat auch Dahlia Scheindlin nicht verloren, die der Initiative One Land for All angehört, die sich für eine Konföderation zwischen Westjordanland, Gazastreifen, Ostjerusalem und Israel ausspricht – auf der Grundlage gleicher Rechte für alle. Nur drei Tage nach dem Überfall der Hamas sei der Vorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengekommen – ein kleines Wunder angesichts der tiefen Traumata, die dadurch wieder aufgerissen worden seien. Eines ändere sich aber auch durch den jüngsten Konflikt nicht, sagt Scheindlin: »Niemand wird verschwinden, und Israelis und Palästinenser werden weiterhin in diesem Land leben – die Frage ist nur, wie.« ♦

»Eine Gemeinschaft unter Generalverdacht«

Die CLAIM-Allianz vernetzt zivilgesellschaftliche Akteur*innen gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland. Leiterin **Rima Hanano** über antimuslimischen Rassismus, Migrationsdebatten und Sensibilisierung in Behörden.

Interview: Hannah El-Hitami

Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus – was verbirgt sich hinter den Begriffen?

Islam- und Muslimfeindlichkeit bezeichnen Stereotype auf individueller Ebene. Wir arbeiten mit dem Begriff antimuslimischer Rassismus, weil wir einen ganzheitlichen Begriff brauchen, der auch Strukturen, Normen und Gesetze betrachtet. Grundsätzlich funktioniert antimuslimischer Rassismus, wie jeder andere Rassismus auch, als Ideologie, die Menschen hierarchisiert. Betroffen sind Muslim*innen und Menschen, die wegen ihrer Sprache, Haarfarbe oder Kleidung als solche wahrgenommen werden. Sie werden aufgrund äußerlicher Merkmale zu einer vermeintlich homogenen Gruppe zugeordnet und diese wird abgewertet. Zum Beispiel, wenn Muslim*innen als besonders religiös, besonders gewalttätig oder besonders rückständig bezeichnet werden.

Wie äußert sich das in der Praxis?

Im Juli 2023 haben wir das erste Lagebild zu antimuslimischem Rassismus in Deutschland veröffentlicht. Da hat sich gezeigt, dass zum Beispiel Kinder in der Schule besonders sanktioniert werden, wenn sie muslimisch sind oder so wahrgenommen werden. Wir haben Fälle, wo Menschen aufgrund ihres vermeintlich oder tatsächlich muslimischen Namens eine Wohnung nicht bekommen oder im Beruf diskriminiert werden. Es gibt verbale Attacken auf der Straße, wo Menschen mit Terrorismus gleichgesetzt werden. Betroffen sind vor allem Frauen mit Kopftuch, häufig auch im Beisein ihrer Kinder. Auch religiöse Einrichtungen werden ge-

zielt angegriffen, und online gibt es sehr viel Hass.

Wer steckt hinter antimuslimischen Einstellungen?

Antimuslimischer Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Studien zeigen, dass die Gesamtgesellschaft erkennt, dass es Rassismus gibt, und dass Menschen auch bereit sind, sich dagegen zu engagieren. Aber antimuslimischer Rassismus wird weitaus weniger erkannt als andere Rassismen. Da braucht es noch viel mehr Aufklärung. Stattdessen tragen öffentliche Debatten zur Legitimierung bei – genauso wie zu anderen Rassismen und zu Antisemitismus (siehe auch »Das Massaker am 7. Oktober markiert einen tiefen Einschnitt«, Amnesty Journal 01/2024). Sie liefern den Boden für Übergriffe.

Was sind das für Debatten?

Wenn wir mediale Debatten über Muslim*innen betrachten, fällt auf, dass über sie vor allem im Zusammenhang mit Terror oder Radikalisierung berichtet wird. In Debatten um das Kopftuch ging es um Unterdrückung. Solche Diskussionen führen dazu, dass Muslim*innen vor allem als Sicherheitsproblem angesehen werden und nicht als Bereicherung. Letztes Jahr hat der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit gezeigt, dass jede zweite Person in Deutschland muslimfeindlichen Aussagen zustimmt.

Manche würden argumentieren, das sei Islamkritik – andere Religionen dürfe man auch kritisieren. Wo ist die Grenze?

In einer idealen Welt ist Kritik konstruktiv und differenziert, nicht pauschalisierend. Wenn ich eine religiöse Überzeugung oder Praktik ablehne, ist das mein gutes Recht. Kritik zu üben genauso. Problema-

tisch wird es, wenn ich die Kritik mit Vorurteilen und antimuslimischen Stereotypen verknüpfe und ein Pauschalurteil über eine Gruppe fälle. Da verschwimmen häufig die Grenzen zwischen Kritik und Islamfeindlichkeit.

Seit wann gibt es antimuslimischen Rassismus in Deutschland?

Antimuslimische Motive sind bis ins 15. Jahrhundert zurückzuverfolgen, als Christ*innen sowohl Muslim*innen als auch Jüd*innen zu »den Anderen« erklärten. Das ist historisch tradiert und gewachsen. In der jüngeren Vergangenheit gab es Momente, wo antimuslimische Narrative stärker wurden. Der 11. September 2001 ist so ein Datum und nun der 7. Oktober 2023 mit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel. Viele Menschen aus der Zivilgesellschaft, die sich gegen Rassismus und Antisemitismus engagieren, fühlen sich dadurch sehr zurückgeworfen.

Was haben Sie seit dem 7. Oktober beobachtet?

Jüdische und muslimische Menschen werden pauschal für die Geschehnisse in Israel und Gaza verantwortlich gemacht. Rassistische und antimuslimische Debatten haben ein Zwei-Lager-Denken reproduziert. Gleichzeitig sind Migrationsdebatten wieder aufgeflammt: darüber, wer zum deutschen »Wir« dazugehören darf, und an welche Bedingungen das geknüpft wird. All das wurde benutzt, um antimuslimische Stereotype zu legitimie-

»Wo Antisemitismus erstarkt, erstarkt auch antimuslimischer Rassismus.«



Auf dem Rückweg vom Freitagsgebet:
Muslime in Berlin, Januar 2020.

Foto: Jesco Denzel / laif

ren. Damit wurde dann wiederum Wahlkampf gemacht. Bei Betroffenen führt das dazu, dass sie ihr Vertrauen in die Institutionen verlieren, weil der Staat seiner Fürsorgepflicht nicht nachkommt. Der Schutz von Minderheiten ist nicht an Bedingungen geknüpft.

Welche Folgen hatten der 7. Oktober und Israels Krieg in Gaza?

In kurzer Zeit gab es überdurchschnittlich viele Fälle von Diskriminierung und Angriffen. Menschen wurden auf der Straße als Terroristen beschimpft. Muslimische Kinder wurden in der Schule dazu genötigt, sich zur Hamas zu positionieren. Moscheen erhielten Drohschreiben. Dann gab es noch die pauschalen Verbote von Demonstrationen. Da hat man eine ganze Gemeinschaft mit einem Antisemitismusvorwurf belegt und unter Generalverdacht gestellt. Ganz abgesehen davon wurden noch Grund- und Freiheitsrechte eingeschränkt (siehe auch »Unmittelbare Demokratie«, Amnesty Journal 01/24). Natürlich sind Terrorverherrlichung und Antisemitismus keine Meinung, und wenn jüdische Menschen oder Einrichtungen angegriffen werden, ist das überhaupt nicht hinnehmbar. Aber das Problem auf eine vermeintlich homogene Gruppe zu schieben, hat bisher zu keiner Lösung geführt und wird es auch in Zukunft nicht.

Werden hier Minderheiten gegeneinander ausgespielt?

Ich glaube, dieses Land hat noch nicht gelernt, Probleme ohne Opferhierarchien zu benennen und zu verstehen, dass es notwendig ist, Rassismus und Antisemitismus ganzheitlich zu betrachten. Wir wissen, dass da, wo Antisemitismus erstarkt, auch antimuslimischer Rassismus erstarkt, und umgekehrt.

Was muss die Bundesregierung tun, um antimuslimischen Rassismus anzugehen?

In Verwaltung und Behörden ist Sensibilisierung dringend notwendig. Das schließt auch Sicherheitsbehörden, Polizei und Justiz ein. Mangelnde Expertise führt oft dazu, dass Minderheiten nicht ausreichend geschützt werden, weil antimuslimischer Rassismus beispielsweise gar nicht erkannt wird. Weiche Maßnahmen reichen aber nicht aus, sie müssen von Gesetzen flankiert werden. Eine Sensibilisierung der Polizei bringt nur etwas, wenn ich Beschwerde- und Überprüfungsmechanismen einführe.

Gibt es positive Entwicklungen?

Junge betroffene Menschen sind heute weniger bereit, Rassismus zu akzeptieren. Da gibt es große Unterschiede zwischen den Generationen. Ich finde es auch ermutigend, dass jetzt so viele Menschen auf die Straße gehen. Es gibt also

schon einen gewissen Konsens gegen Rechtsextremismus. Aber wenn ich mir die Wahlumfragen anschau, habe ich kein positives Bild. Noch mehr besorgt mich, dass rechte Positionen durch alle Parteien normalisiert werden. Dabei sind Rassismus und Antisemitismus Wasser auf die Mühlen der Rechten. Da braucht es eine stärkere Reflektion der eigenen Rassismen. Als Zivilgesellschaft müssen wir jetzt enger zusammenrücken. Von einem Rechtsruck wären sehr viele unterschiedliche Menschen betroffen. Wir brauchen mehr Allianzen, damit wir mehr Gehör finden. ♦

CLAIM hat sich 2017 in Berlin gegründet und vereint als Allianz mehr als 50 muslimische und nicht-muslimische zivilgesellschaftliche Organisationen. **Rima Hanano**, Jahrgang 1979, ist Gründungsmitglied und seit 2021 Leiterin von CLAIM. Vorher arbeitete sie für das außerschulische Bildungsprojekt Junge Islamkonferenz.

Foto: Holger Talinski



Gezeichnet

Die Fotojournalistin, Malerin und Autorin Maryam Mazrooei beteiligte sich 2022 an den Demonstrationen im Iran. Sie wurde inhaftiert und gefoltert. Aus dem Exil berichtet sie nun über die Hintergründe und Folgen der Proteste.
Aus Istanbul
Sabine Küper-Büsch

Maryam Mazrooeis jüngste Bilder sind keine Fotografien. Sie sind gezeichnet oder gemalt und zeigen einen Frauenkörper mit Spuren grausamer Misshandlungen. Der Rücken ist von Peitschenhieben zerfetzt. Die Frau sitzt zusammengekauert und drückt ihr Gesicht in die Hände. Mit lebensgroßen Selbstporträts versucht die iranische Fotografin, Malerin und Schriftstellerin, jene zwölf Tage zu verarbeiten, die sie in Teheran in Untersuchungshaft zugebracht hat.

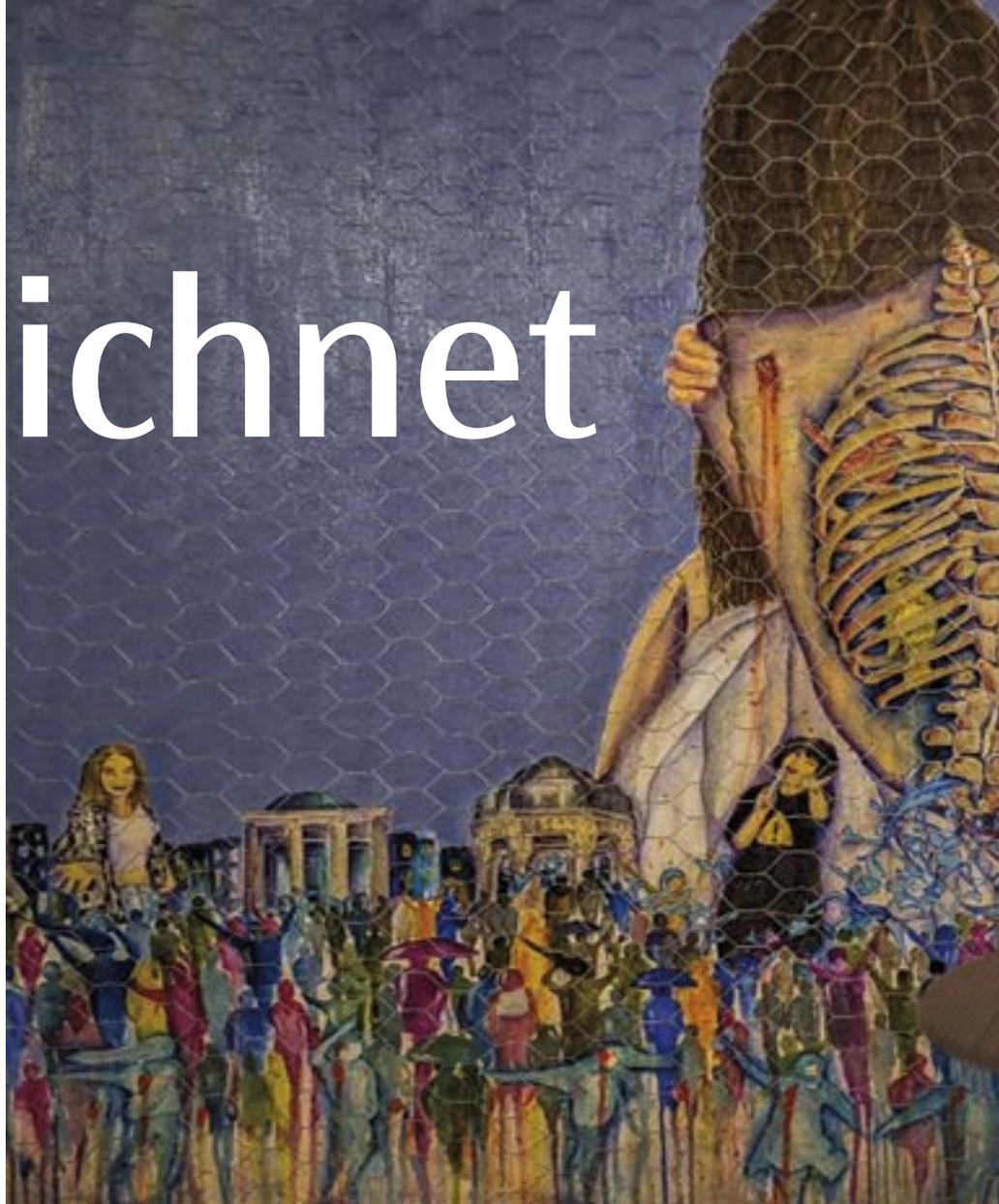
Während der Proteste nach dem Tod von Jina Mahsa Amini im Polizeigewahrsam im Herbst 2022 gab Maryam Mazrooei Fotoaufnahmen von den Straßen Teherans an Kolleg*innen von der Tageszeitung The Guardian und andere britische Medien weiter. In den Online-Netzwerken hielt sich die Fotojournalistin aus Sicherheitsgründen zunächst zurück. In der Debatte um den Verschleierungszwang im Iran bezog sie allerdings klar Stellung: Auf Fotos in Online-Netzwerken ist sie mit offenen langen Haaren zu sehen. Am 22. September 2022 teilte Mazrooei dann Fotos von Protesten, auf denen einige Frauen ihre Schleier wegwer-

fen. Drei Wochen später schnappte die Falle zu. Die Fotografin ist sich sicher, dass sie bereits einige Zeit zuvor ausgespäht wurde. »Ich war im Haus meines Vaters, als mein Laptop plötzlich nur noch Datensalat anzeigte und sich selbstständig zu haben schien. Dateien wurden vor meinen Augen gelöscht. Die Geheimpolizei hatte ihn gehackt«, erinnert sich Mazrooei. Sie verließ sofort das Haus und eilte zur Wohnung eines Freundes. »Dort warteten sie schon auf mich«, sagt sie leise.

Tagelang dauerten die Verhöre und die schweren Misshandlungen an: Einzelhaft, Schlafentzug, Mangelernährung, Verweigerung des Toilettengangs, Prügel. Die Peiniger schlugen sie immer wieder mit einer Peitsche, die Narben auf Körper und Seele hinterlassen hat. »Sie hatten mitbekommen, dass mich ein Kollege aus dem Ausland während der Proteste auf meiner iranischen Handynummer anrufen hatte. Sie befragten mich nach meinen ausländischen Medienkontakten,

nach Kontakten zu Ausländern im Iran und vieles mehr«, berichtet die Fotografin. »Sie hatten eine Art Drehbuch im Kopf, das ich bestätigen sollte.« Die Sicherheitskräfte konfrontierten sie mit uralten Textnachrichten eines Ex-Freundes. Der Mann war Staatsbürger eines EU-Landes. Es ging darum, einen angeblichen Spionagevorwurf gegen sie zu verfestigen. Der Guardian berichtete über Maryam Mazrooeis Verschwinden. Nach ihrer Freilassung gelang ihr mit Hilfe von Freund*innen die Ausreise in die Türkei.

Nach mehr als einem Jahr des Schweigens möchte Maryam Mazrooei angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen im Iran den Blick auf die Islamische Republik und deren Sittenkodex lenken. »Diese ganze Fassade von Religion und Moral verhüllt ein Gebäude infamer Lügen. Die Debatte um die Bekleidung der Frauen und die Grausamkeiten, wie die Hinrichtungen von Demonstrierenden, werden dazu benutzt, Entsetzen im In- und Ausland auszulösen und die





Das Trauma in der Kunst:
Maryam Mazrooei vor einem ihrer Bilder über
Proteste und Polizeigewalt im Iran, 2023.

Foto: privat

»Ich verließ sofort das Haus und eilte zur Wohnung eines Freundes. Dort warteten sie schon auf mich.«
Maryam Mazrooei

hatte, erschien im Guardian Maryam Mazrooeis Artikel »Mit nur sieben Jahren musste ich meine Haare bedecken. Jetzt kämpfen die Frauen im Iran für ihre Freiheit.« Darin schildert sie eine Kindheit, die vom Verschleierungszwang überschattet war. Der Text ist ein flammendes Plädoyer für die Proteste. Doch die Folgen des Aufbegehrens sind verheerend. Maryam Mazrooei verfolgt die derzeitige Situation im Iran mit Grauen. »Frauen, Leben, Freiheit« heißt der Slogan der Bewegung«, sagt sie, »doch zu viele haben ihr Leben verloren.«

481 Tote dokumentierte die iranische Menschenrechtsorganisation HRA allein in den ersten 80 Tagen der Proteste. Darunter waren 68 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Im Jahr 2023 wurden der NGO zufolge 746 Menschen hingerichtet. Amnesty International protestierte gegen die Todesurteile, Schauprozesse und Willkürjustiz. »Die Verurteilung der beiden Journalistinnen Nilufar Hamedi und Elahieh Mohammadi im Oktober 2023 zu sieben und sechs Jahren Haft zeigt, wie sehr es der iranischen Regierung darauf ankommt, kritischen Journalismus im Keim zu ersticken«, erklärt Dieter Karg, Iran-Experte von Amnesty Deutschland. Die Journalistinnen hatten als erste über den Tod Jina Mahsa Aminis im Polizeigewahrsam berichtet. Anfang des Jahres 2024 befanden sich 21 Medienvertreter*innen in Haft und waren dort wie alle politischen Gefangenen großen Risiken ausgesetzt. Amnesty dokumentierte im vergangenen Jahr die Fälle von 45 Männern, Frauen und Minderjährigen, die in der Haft Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt erlitten. Demütigung als Strategie.

Ihre Erfahrung von Freiheitsentzug, Gewalt und massiver Einschüchterung versucht Maryam Mazrooei so gut es geht künstlerisch zu verarbeiten. »Ich habe immer wieder manische Phasen, in denen ich malen, fotografieren, schreiben, durch die Straßen rennen muss, weil ich sonst erstickte.« ♦

Öffentlichkeit zu beschäftigen. Denn im Hintergrund läuft Korruption im großen Stil. Die Wirtschaftskrise und die schmutzigen Geschäfte der Regierung sind die wirklichen Konflikte. In Wahrheit geht es um Machtmissbrauch und Machterhalt.« Was die Verschränkung von politischer Machtkonzentration und Korruption betrifft, steht der Iran laut Transparency International auf Platz 147 von 180 Ländern. Noch schlechter steht es um die Pressefreiheit. In diesem Ranking liegt er auf Platz 177 von 180 Ländern. Nur in Vietnam, China und Nordkorea wird die Pressefreiheit noch erbarmungsloser unterdrückt.

Drastische Folgen des Aufbegehrens

Maryam Mazrooei sitzt in einem Coworkingspace im Istanbuler Stadtteil Galata an einer Präsentation ihrer vielfältigen Arbeit. Sie ist zu einem Vortrag über afghanische Kolleginnen eingeladen, die wie sie im Exil leben. »In jeder Lebensphase habe ich versucht, neue Ausdrucks-

mittel zu finden«, sagt sie mit fester Stimme und zeigt ihre Fotos aus Afghanistan, dem Irak und dem Iran. Seit 2012 war die couragierte Journalistin immer wieder in Krisengebieten unterwegs. Ihre Fotoreportagen konzentrieren sich vor allem auf Frauenporträts. »Mir geht es darum, die Situation von Frauen sichtbar zu machen, die selbst kaum eine Stimme haben.« So dokumentierte sie 2016 unter Kriegsbedingungen die Situation der jesischen Frauen im Irak, die von Angehörigen des IS systematisch vergewaltigt und entführt worden waren.

Als sich im Iran 2022 an der Tötung Jina Mahsa Aminis ein Aufstand entzündete, ging sie spontan mit auf die Straße. »Die Furchtlosigkeit der jungen Leute hat mich mitgerissen«, sagt sie. »Sie verfluchten den religiösen Führer wegen seiner Tyrannei und hatten keine Angst, selbst als die Revolutionsgarden anfangen scharf zu schießen.« Am 14. November 2022, nachdem sie aus der Haft entlassen worden war und den Iran bereits verlassen

ICH BIN AMNESTY: DIETER KARG

Ich bin für Amnesty aktiv seit 1972, als ich 16 Jahre alt war, wenn ich mich richtig erinnere. Den Anstoß gab mir ein Unterrichtsbuch für Religion (mein Vater unterrichtete Religion). Dort waren vier Organisationen beschrieben, die sich für andere Menschen einsetzen, darunter Amnesty International, und deren Ziel sprach mich am meisten an. Ich fand dann eine Gruppe in meiner Nähe, geleitet von einem Lehrer, mit vielen Schüler*innen, die zum Teil meine Freund*innen wurden. Später wurde ich im Amnesty-Bezirk Saarland aktiv, vor allem als Referent für politische Flüchtlinge. Wohl auch deshalb wurde mir eine Stelle in der Betreuung von Geflüchteten beim Diakonischen Werk angeboten, und bei dieser Arbeit lernte ich meine heutige Frau aus dem Iran kennen. Als dann die Iran-Koordinationsgruppe bei Amnesty in Deutsch-

land neu gegründet wurde, engagierte ich mich dort. Mein Privatleben und Amnesty gehören also gewissermaßen zusammen.

Ich engagiere mich für Menschenrechte, weil man sich nicht nur um sein eigenes Wohlergehen kümmern sollte, wenn in der Welt so viel Unrecht herrscht. In Ländern mit repressiven Regierungen setzen sich Menschenrechtler*innen viel stärkeren Gefahren aus, und wir dürfen sie nicht allein lassen.

Zuletzt habe ich mit/für Amnesty auf die Beine gestellt: Einige Kundgebungen und Mahnwachen zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran, zusammen mit dem Kampagnenteam in unserem Sekretariat. Meine Gruppe (die Iran-Koordinationsgruppe) hat auch viele Fallberichte von Verfolgten mit Aktionsanleitungen erstellt, anhand derer Gruppen in ganz

Deutschland für diese Menschen tätig werden.

Als nächstes plane ich für die Menschenrechte: Aktionen zur Verteidigung der Frauenrechte zum Frauentag, denn in dieser Hinsicht steht der Iran auf einem der letzten Plätze weltweit.

Das hat Amnesty in jüngster Zeit gut gemacht: Amnesty hat die Notwendigkeit, die Menschen im Iran zu unterstützen, auch auf der politischen Ebene präsent gehalten. Als Menschenrechtsorganisation allein können wir nicht genug erreichen.

Das könnte Amnesty besser machen: Wir sollten vielleicht nicht so sehr um uns selbst kreisen und nicht so viel Energie in interne Papiere stecken, die sich um Organisatorisches drehen.



Foto: Sarah Eick

DAS STECKT DRIN: EU-LIEFERKETTE

Amnesty International dokumentiert seit mehr als 20 Jahren **Menschenrechtsverletzungen** auf der ganzen Welt, die **im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Tätigkeiten** begangen werden. Sie reichen von katastrophalen

Ölverschmutzungen im Nigerdelta und **Zwangsarbeit** auf Palmölplantagen in Indonesien bis zum erschreckenden Missbrauch von **Spionagesoftware**, um Menschenrechtler*innen weltweit ins Visier zu nehmen, zu schikanieren und einzuschüchtern.

Das **EU-Lieferkettengesetz** bietet die **historische Chance**, Unternehmen in der Europäischen Union zur Achtung der Menschenrechte, der Umwelt und des Klimas zu verpflichten und Betroffenen einen Anspruch auf Entschädigung zu sichern.

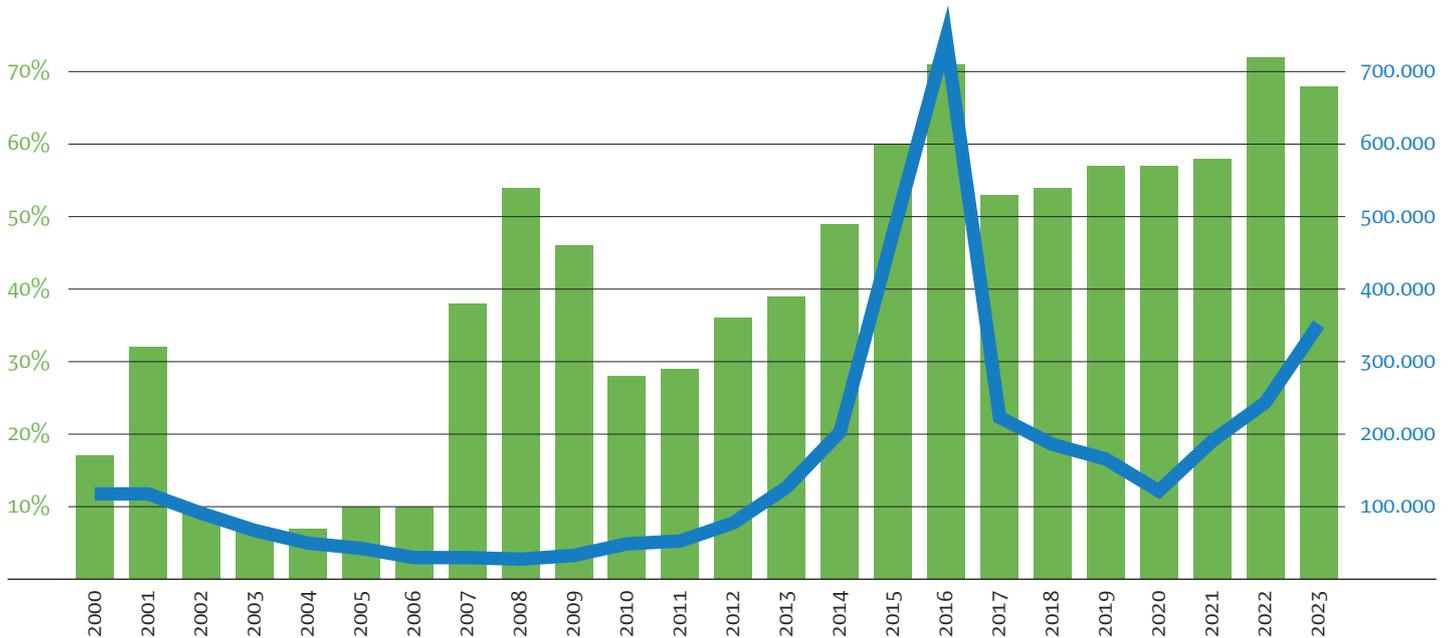
Die Europäische Union importierte zuletzt Waren im Wert von **drei Billionen Euro**. Damit hat sie einen enormen Einfluss auf die internationalen Arbeits- und Produktionsbedingungen.

Die EU-Gremien hatten sich nach jahrelangen Verhandlungen auf einen Kompromisstext für das Gesetz geeinigt, der von den Mitgliedstaaten im Rat bestätigt werden sollte. Dieses Vorgehen galt als Formsache. Allerdings hatte die **deutsche Regierung** kurz vor der Abstimmung beschlossen, **sich zu enthalten**. Damit drohte das Gesetz durch eine fehlende Mehrheit im Rat zu scheitern. Amnesty International appellierte Ende Februar an die Bundesregierung, ihre Entscheidung zu revidieren. Das EU-Lieferkettengesetz sei ein wichtiger Schritt in Richtung Schutz von Menschenrechten, Klima und Umwelt.

Quelle: Amnesty International Deutschland
Foto: Avigator Fortuner/shutterstock

SKIZZIERT: DIE MEISTEN ASYLANTRÄGE SIND BERECHTIGT

Sachlich diskutiert es sich am besten: Der Anteil der Geflüchteten, denen in Deutschland nach Prüfung ihres Asylgesuchs tatsächlich Schutz gewährt wird, steigt seit 1999 kontinuierlich an. Dies zeigt die **bereinigte Schutzquote**. Im vergangenen Jahr lag sie bei knapp 70 Prozent. Die **absolute Zahl der Asylanträge** hingegen ist nach einem Hoch um 2016 infolge des syrischen Bürgerkrieges wieder gesunken.



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

BESSER MACHEN: ÄLTERE MENSCHEN IN DER UKRAINE UNTERSTÜTZEN

In der Ukraine sind mehr ältere Menschen vom Krieg betroffen als in jedem anderen Konflikt der Welt. Für sie ist das Risiko, bei Angriffen der russischen Streitkräfte verletzt oder getötet zu werden, besonders hoch. Viele ältere Menschen bleiben in Regionen zurück, in denen sie regelmäßig durch Boden- und Luftangriffe in Gefahr geraten. Manche leben in Wohnungen, die im Krieg stark beschädigt wurden.

»Russland muss seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg endlich beenden«

sagt Janine Uhlmannsiek, Amnesty-Expertin für Europa und Zentralasien.

Ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, die aus den umkämpften Gebieten fliehen, haben es oft schwer, eine geeignete Unterkunft zu finden. Viele Notunterkünfte sind für Geflüchtete mit körperlichen Behinderungen nicht geeignet. Die russische Invasion belastet das ohnehin schon unter Druck stehende Sozialsystem der Ukraine enorm. Es mangelt an barrierefreiem Wohnraum und Zugang zu Unterstützungsdiensten. Infol-

gedessen werden Tausende ältere Menschen mit Behinderungen in Heimen untergebracht, weit weg von ihren Angehörigen und ohne Kontakt zu ihrer vertrauten sozialen Umgebung.

Uhlmannsiek fordert: »Die ukrainischen Behörden sollten die Kosten und die Logistik eines inklusiven Vorgehens nicht allein bewältigen müssen. Hier ist auch die internationale Gemeinschaft gefordert, damit alle älteren Menschen unabhängig, in Würde und als Teil der Gesellschaft leben können.«

IRANISCHE AKTIVIST*INNEN FREILASSEN!

Elham Afkari und ihr Bruder Vahid Afkari wurden inhaftiert, weil sie sich im Iran an friedlichen Protesten beteiligt haben. Vahid sitzt seit Jahren in Einzelhaft. Elham wird seit November 2022 festgehalten. Vor ihrer Inhaftierung beteiligte sie sich an den landesweiten Protesten für Freiheit und Menschenrechte. Fordere die iranischen Behörden auf, die Geschwister sofort freizulassen!

KLICKEN FÜR AMNESTY

WWW.AMNESTY.DE/MITMACHEN/PETITIONEN





Der Große Äthiopische Renaissance-Damm.

Guba, Februar 2022.

Foto: Minasse Wondimu Hailu / Anadolu Agency / pa

Reichlich Ärger aufgestaut

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Doch Süßwasser wird knapp, und die Klimakrise verschärft die Situation. Viele Flüsse, Seen und Grundwasserreservoirare erstrecken sich über oder unter Ländergrenzen hinweg. Es gibt viele Konflikte, doch Wissenschaftler*innen geben auch Entwarnung. **Von Frank Odenthal**

»Wenn von Konflikten um Wasser die Rede ist, bedeutet das nicht gleich Krieg oder Gewalt.«

Aaron Wolf, Professor für Geografie



unsere Regierung, das Militär, solle eingreifen und ihr Recht auf das Nilwasser sicherstellen.« Die Prognosen für Ostafrika und das Einzugsgebiet des Nils sind düster. Einem UN-Bericht zufolge könnte Ägypten ab 2025 das Wasser komplett ausgehen.

Weltweit leben 2,3 Milliarden Menschen in Regionen, in denen Wasserknappheit herrscht. Bis 2050 soll sich die Zahl auf fünf Milliarden erhöhen. Neben der Klimakrise gelten das Bevölkerungswachstum und der wirtschaftliche Fortschritt als Hauptursache dafür, dass Süßwasser immer knapper wird. Denn um eine größere Bevölkerung zu versorgen, wird mehr Landwirtschaft benötigt, die wiederum mehr Wasser verbraucht. Und wirtschaftlicher Fortschritt beruht häufig auf Industrien, die ebenfalls viel Wasser in Anspruch nehmen.

Weltweit gibt es 313 Flusseinzugsgebiete und Seen, die Landesgrenzen überschreiten, hinzu kommen rund 600 Grundwasserreservoirs. Konflikte um das kostbare Nass scheinen programmiert. Drohen uns bald Kriege ums Wasser? Aaron Wolf, Professor für Geografie an der Oregon State University in den USA, der außerdem Wasserdiplomatie an der niederländischen Universität Delft unterrichtet, wiegelt ab: »Wenn von Konflikten um Wasser die Rede ist, bedeutet das nicht gleich Krieg oder Gewalt.« Konflikte können von Protestkundgebungen über Wirtschaftssanktionen und diplomatische Verstimmungen bis hin zu Klagen vor internationalen Gerichten reichen. »Es hat in den vergangenen rund 4.000 Jahren keinen Krieg gegeben, der allein um Trinkwasser geführt wurde. Um Konflikte wegen des Zugangs zu Trinkwasser zu vermeiden oder zu lösen, war es in der Vergangenheit wahrscheinlicher, dass die beteiligten Staaten miteinander kooperierten«, erklärt Wolf. »Und das ist auch heute noch so.«

Kooperationen zur Vermeidung von Konflikten können verschiedene Formen annehmen, die von einfachen Verträgen über multinationale Initiativen bis hin zu speziellen Behörden reichen, die für die

Verwaltung gemeinsamer Einzugsgebiete zuständig sind. Beispielhaft genannt seien hier die Nilbecken-Initiative (Nile Basin Initiative), die zehn ostafrikanische Staaten umfasst, und die Indus-Wasservereinbarung (Indus Waters Treaty), die die Zugangsrechte zum Indus zwischen Pakistan und Indien regelt.

Infrastrukturprojekte, wie etwa Staudämme, die zur Stromerzeugung und als Trinkwasserreservoir errichtet werden, sind einer der Hauptgründe für Konflikte zwischen Anrainerstaaten, vor allem mit denen, die flussabwärts liegen.

Hunderte Kooperationsabkommen

Ein Projekt, das Aaron Wolf ins Leben gerufen hat, führt Faktoren, die Konflikt- oder eben Kooperationspotenzial bergen, in einer Datenbank zusammen, der Transboundary Freshwater Diplomacy Database. Ein Ziel dieser Datenbank für



Warnt vor der Klimakrise. Die Hydrologin Dahlia Sabri.

Foto: privat

Dahlia Sabri erinnert sich noch gut an die Erzählungen ihrer Nachbar*innen in Ägypten. Wie besorgt sie waren, dass ihre Felder nicht mehr vom Nilhochwasser überschwemmt und vom nährstoffreichen Schlamm bedeckt würden. »Sie hatten Angst, ihre Familie nicht mehr ernähren zu können.«

Das war in den 1960er Jahren, als der Assuan-Staudamm im südlichen Ägypten gebaut wurde. Die Sorgen der Nachbarn waren unbegründet, dank des Staudamms konnten sie Ihre Felder sogar noch intensiver bewässern als vorher, erinnert sich Sabri. »Heute fürchten viele Menschen, der neue Staudamm flussaufwärts in Äthiopien könne ihnen das Wasser abgraben«, sagt Sabri. »Manche sagen,

länderübergreifende Frischwasser-Diplomatie ist es, Vorhersagen zu treffen, in welchen Regionen mit fortschreitender Klimaerhitzung in Zukunft möglicherweise Konflikte drohen. Alexandra Caplan, ebenfalls von der Oregon State University, leitet das Projekt. »Anfangs haben wir in der Datenbank erfasst, welche Konflikte und Kooperationen es bis

DAS EINZUGSGEBIET DES NILS



her rund um die Nutzung von Wasser aus länderübergreifenden Quellen gegeben hat«, erklärt sie. Inzwischen haben die Forscher*innen die Funktionen noch ausgeweitet, etwa um eine Datenbank, in der alle Arten von Verträgen zur gemeinsamen Wassernutzung aufgeführt sind, die bislang aufgesetzt wurden. Sie enthalte fast 900 Kooperationsvereinbarungen, die meisten davon rechtlich bindend, sagt Caplan.

Mithilfe dieser Datensammlung haben die Forscher*innen mittlerweile mehr als hundert Indikatoren herausgearbeitet, mit denen sich die Wahrscheinlichkeit für zukünftige Konflikte ums Wasser angeben lässt. Dazu gehören Informationen, ob und wo die Wasserqualität entlang eines Flusses und seiner Zuströme überwacht wird, ob es Wasserverteilungsschlüssel gibt, wie alt und wie aktuell die Vereinbarungen sind, ob es Pläne für den Fall von Streitigkeiten gibt, welche Institutionen in solchen Fällen verfügbar sind und herangezogen werden können, ob die lokale Bevölkerung einbezogen wurde etc.

Die Indus-Wasservereinbarung sei ein gutes Beispiel für eine Kooperation zwischen Konfliktparteien, sagt Aaron Wolf. »Der Vertrag sieht Möglichkeiten vor, Streitfälle zur Not bis vor internationale Schlichtungsstellen zu tragen.« Das hat sich zumindest in der Vergangenheit als tragfähig erwiesen, immerhin hat die Indus-Wasservereinbarung seit ihrem Inkrafttreten 1960 drei Kriege zwischen Pakistan und Indien überstanden.

Wie tragfähig die Vereinbarungen der Nilbecken-Initiative sind, muss sich erst noch zeigen. Denn der Streit um den Großen Äthiopischen Renaissance-Damm (Great Ethiopian Renaissance Dam) landete vor zwei Jahren sogar vor dem Weltsicherheitsrat der Vereinten



Ägypten deckt mehr als 90 Prozent seines Wasserbedarfs aus dem Nil.

Nationen. Äthiopien hat den Damm im Februar 2022 nach zehn Jahren Bauzeit und Kosten von rund 4,3 Milliarden Euro in Betrieb genommen. Die 145 Meter hohe und 1,8 Kilometer lange Mauer soll 70 Milliarden Kubikmeter Wasser des Blauen Nils stauen. Zum Vergleich: der Bodensee umfasst 48 Milliarden Kubikmeter Wasser. Mit seinen 13 Turbinen soll der Damm mehr als die Hälfte der 115 Millionen Einwohner Äthiopiens mit Strom versorgen.

Berufung auf die Kolonialzeit

Gegen den Bau hatten die stromabwärts gelegenen Staaten Sudan und vor allem Ägypten scharf protestiert. Beide Länder fürchten reduzierte Wassermengen, sollte der Blaue Nil gestaut werden, der immerhin rund 85 Prozent des gesamten Nilwassers liefert. Ägypten deckt mehr als 90 Prozent seines Wasserbedarfs aus dem Nil.

Ägypten und Sudan berufen sich auf Vereinbarungen zur Aufteilung des Nil-

wassers, die sie 1929 und 1959 mit der damaligen Kolonialmacht Großbritannien trafen. Das Problem: Äthiopien und die sieben weiteren Anrainerstaaten an den Oberläufen des Blauen und des Weißen Nils wurden dabei ignoriert. Und neue Vereinbarungsentwürfe wurden weder vom Sudan noch von Ägypten unterzeichnet. Ägypten behält sich bis heute ein Vetorecht für alle Bauvorhaben entlang des Nils vor, weil dies damals zwischen Kairo und Großbritannien so vereinbart worden sei.

Die Ägypterin Dahlia Sabri ist inzwischen selbst zu einer Wasserexpertin geworden. Sie studierte Hydrologie und Wassermanagement an der Universität von Kairo und später im schwedischen Lund, ist Direktorin des ägyptischen Büros der IWRA (International Water Resources Association) und seit 2022 auch Mitglied der Geschäftsführung der gesamten IWRA. Sie wird regelmäßig als Expertin bei Projekten und Konferenzen der UNO hinzugezogen. Sie habe keine Angst vor einem Krieg ums Wasser, sagt Sabri. Sie sorge sich eher wegen der Klimakrise. »Wenn es so weitergeht mit der Hitze und den Dürren, dann führt der Nil bald kein Wasser mehr, um das man sich streiten könnte.«

Im September 2023 gab die äthiopische Regierung in Addis Abeba bekannt,

dass der Stausee nun mit 25 Milliarden Kubikmetern zu rund einem Drittel vollgelaufen sei. Auswirkungen auf die Wassermengen in Ägypten werden zwar durch den Nasser-Staudamm gemildert, der bei Bedarf noch weiter geöffnet werden könnte, trotzdem rechneten Hydrologen damit, dass im Winter 2024 deutlich weniger Nilwasser in Ägypten ankommt. Die Situation könnte sich bei fortschreitender Erderhitzung und dem erwarteten Bevölkerungswachstum in Ostafrika noch verschärfen. Um sie nicht eskalieren zu lassen, haben Ägypten, Sudan und Äthiopien immerhin neuen Verhandlungen zur Nutzung des Nils zugestimmt. ♦

LÄNDER MIT DEN WELTWEIT GRÖSSTEN SÜSSWASSERVORKOMMEN (in Kubikkilometer)

Brasilien

8.233

Russland

4.508

USA

3.069

Kanada

2.902

China

2.840

Kolumbien

2.132

EU

2.057

Indonesien

2.019

Peru

1.913

Indien

1.911

DR Kongo

1.283

Venezuela

1.233

Bangladesch

1.227

Quelle: worldatlas.com



Fast vollständig ausgetrocknetes Flussbett des Indus. Hyderabad, Pakistan, Oktober 2017.

Foto: Zumapress / pa

Unter dem Schleier der Popularität

Von Oliver Grajewski

In El Salvador sind alarmierende Rückschritte bei der Achtung und dem Schutz der Menschenrechte zu verzeichnen, seit im März 2022 der Ausnahmezustand verhängt wurde.



Zu diesem Schluss kommt ein im Dezember 2023 veröffentlichter Bericht von Amnesty International.



Demnach richtet die Regierung unter dem populären Präsidenten Nayib Bukele die öffentliche Sicherheit erlangt repressiver Maßnahmen aus.



Die Anzahl willkürlicher Festnahmen unter dem Vorwurf der Bandenkriminalität hat drastisch zugenommen. Zwischen März 2022 und Oktober 2023 wurden fast 74.000 Menschen inhaftiert.



Die Strafjustiz wird politisch instrumentalisiert, ordnungsgemäße Verfahren vor Gericht werden seltener.



Gleichzeitig häuften sich Fälle von Folter und anderen Misshandlungen von Gefangenen in Strafvollzugsanstalten.



Die Regierung schränkt zudem die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft ein. Betroffen sind auch Journalist*innen, Gewerkschafter*innen, Justizbeamte und Angehörige der Inhaftierten.



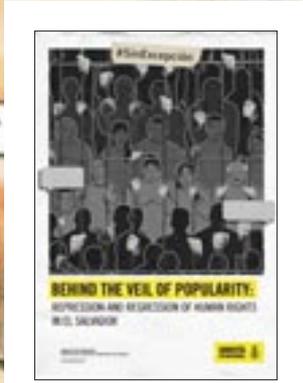
Der Staat verheimlicht Informationen zur öffentlichen Sicherheit und lässt Ermittlungen zu Menschenrechtsverletzungen staatlicher Akteure ins Leere laufen.



All dies hat Diskriminierung und Gewalt gefördert. Opfer von Menschenrechtsverletzungen stellen fest, dass staatliche Institutionen ihnen keinen Schutz gewähren.



Amnesty fordert den salvadorianischen Staat auf, den Ausnahmezustand und die Repression zu beenden, grundlegende Rechte zu achten und die Kriminalisierung kritischer Stimmen einzustellen.



Den ganzen Bericht finden Sie unter [amnesty.de/el-salvador-repression](https://www.amnesty.de/el-salvador-repression)



Hat die Vorwahl der Opposition gewonnen: María Corina Machado. Maracay, September 2023. Foto: Miguel Gutiérrez/EPA

Auch von hier aus die Wahl haben

Mangelversorgung, humanitäre Katastrophe, harte Repression: Millionen Venezolaner*innen haben das südamerikanische Land verlassen, ein paar Tausend hoffen in Deutschland auf Asyl. Doch es drohen Abschiebungen. **Von Sebastian Lupke**

Wenn im zweiten Halbjahr 2024 in Venezuela die nächste Präsidentschaftswahl stattfindet, kann die beliebteste Oppositionspolitikerin womöglich nicht antreten. Aus der Vorwahl der Opposition, den sogenannten Primarias, ging im Oktober 2023 die Politikerin María Corina Machado als haushohe Siegerin hervor und wäre damit automatisch die Gegen-

kandidatin zum amtierenden autokratischen Präsidenten Nicolás Maduro.

Eine wirklich freie und faire Wahl würde sie voraussichtlich klar gewinnen, und deswegen wird es dazu wohl nicht kommen. Nur Tage, nachdem sie ihre Kandidatur verkündet hatte, wurde sie von der Wahlbehörde aufgrund fadenscheiniger Vorwürfe für alle politischen Ämter gesperrt. Behörden drohten mehreren Mitgliedern des oppositionellen Wahlkomitees mit strafrechtlichen Anklagen, ein Mitglied wurde mehrere Tage lang willkürlich inhaftiert.

Argelr Vasquéz und Yolanda Forero kennen diese Art der Repression gut. In Venezuela waren die beiden Aktivist*innen ständiger Überwachung, Bedrohungen und einem Entführungsversuch ausgesetzt. Gemeinsam mit ihren Kindern lebt das Ehepaar jetzt in der sächsischen Kleinstadt Flöha, nahe Chemnitz, im Exil. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lehnte ihren Asylantrag zunächst ab, das Verwaltungsgericht Chemnitz sprach ihnen jedoch nach einem aufreibenden Verfahren endlich den Flüchtlingsschutz zu.

Um auch geflohenen Venezolaner*innen die Teilnahme an den Primarias zu ermöglichen, meldeten sich Vasquéz und Forero im Herbst als freiwillige Wahlkoordinator*innen für ein Wahlbüro in Berlin. »Die Regierung unternimmt alles Mögliche, um zu verhindern, dass Machado als Präsidentschaftskandidatin antritt. In diesem Jahr werden Repression und Einschüchterungen gegenüber der Bevölkerung noch weiter zunehmen, damit sie für Maduro stimmt«, sagt Forero. »Wir Venezolanerinnen und Venezolaner werden unsere Stimme erheben, um uns Gehör zu verschaffen und zu fordern, dass unsere Wahlzettel in jedem Winkel der Welt gezählt werden!«

Als wären Unterdrückung, willkürliche Inhaftierungen und Hunderte politische Gefangene nicht bereits genug, leidet Venezuela auch unter einer humanitären Katastrophe. Die Wirtschaft ist genauso zusammengebrochen wie das Gesundheitssystem, Medikamente sind kaum noch erhältlich, die Supermarktgale sind leer, und die Landeswährung ist so gut wie nichts wert. Millionen Menschen haben in den vergangenen Jahren Venezuela verlassen, selbst im fernen Deutschland wurden 2023 mehr als 3.700 Asylanträge von Venezolaner*innen registriert, mehr als jemals zuvor. Seit Jahren werden nahezu alle in Deutschland asylsuchenden Venezolaner*innen im Freistaat Sachsen untergebracht.

Doch nicht alle haben so viel Glück wie Argelr und Yolanda. Nur noch jeder fünfte Asylantrag von Venezolaner*innen hat beim BAMF Erfolg. Der von Otman Quintero gehörte nicht dazu. Auch Quintero war in der Opposition aktiv, organisierte Workshops an seiner Universität und wurde bespitzelt. Nach einer Razzia der Geheimpolizei SEBIN im Haus seiner Familie floh er nach Deutschland und

lebt nun in einer Kleinstadt in Mittelsachsen. Nach dem BAMF lehnte auch das Verwaltungsgericht seinen Asylantrag ab, doch aufgeben wird er nicht: »Eine Rückkehr nach Venezuela ist für mich keine Option, denn die Gefahr, die mir dort droht, ist real. Ich werde weiterkämpfen.«

Quintero hat Medizin studiert, schloss bereits einen Deutschkurs ab und bemüht sich um eine Approbation in Deutschland, um auch hier als Arzt arbeiten zu können. Die Ablehnung seines Asylantrags versteht er nicht: »Sind eine Razzia ohne Durchsuchungsbeschluss und ständige Drohungen etwa kein Anzeichen für politische Verfolgung?«

Beliebige Entscheidungen

Auch der Fall von Alexander Saavedra zeigt, wie verbreitet Repression in Venezuela ist. Im Januar 2019, als nach der international nicht anerkannten Wiederwahl Maduros die Proteste in Venezuela eskalierten und die Gewalt gegen Demonstrierende ihren bisherigen Höhepunkt erreichte, organisierte Saavedra als Studierendenvertreter eine Protestveranstaltung in der Hauptstadt Caracas. Am darauffolgenden Morgen stürmte die Geheimpolizei das Haus seiner Familie und drohte, man werde Alexander töten, wenn man ihn finde. Er übernachtete damals an einem anderen Ort, andernfalls wäre eine Begegnung mit dem SEBIN wohl gefährlich geworden. Sicherheitskräfte töteten seinerzeit Dutzende Regierungsgegner*innen, Tausende wurden inhaftiert.

Saavedra arbeitet inzwischen beim Chemnitzer Verein AGIUA in einem Projekt zur Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe von Migrant*innen. Eine möglichst hohe Wahlbeteiligung der venezolanischen Exilgemeinden für die Präsidentschaftswahl bedeutet ihm viel, auch wenn Skepsis in seinen

»Eine Rückkehr nach Venezuela ist für mich keine Option.«
Otman Quintero, Arzt

Worten mitschwingt: »Die Diktatur versucht nicht nur, möglichst viele Stimmen zu gewinnen, sondern auch, die Wähler der Opposition zu demotivieren oder Hindernisse für ihre Wahlteilnahme zu schaffen. Das wird sich auch dieses Mal nicht ändern. Sie werden nach allen möglichen Wegen suchen, um die Wahlbeteiligung der Venezolaner im Ausland zu verhindern oder zu erschweren, da diese mit überwältigender Mehrheit das System Maduro ablehnen.«

Auch Saavedras Asylantrag wurde zunächst vom BAMF abgelehnt, das Verwaltungsgericht sah das jedoch später anders und sprach ihm den Flüchtlingschutz wegen staatlicher Verfolgung zu.

Warum die nahezu gleichen Verfolgungsgründe im einen Fall zur Asylgewährung führen, im anderen jedoch nicht, bleibt das Geheimnis des Chemnitzer Verwaltungsgerichts. Aus dieser Beliebigkeit der Entscheidungen resultiert eine starke Verunsicherung der venezolanischen Community in Sachsen. Umso mehr, als der Freistaat 2023 erstmals seit Jahren wieder Abschiebungen nach Venezuela vornahm. Der Sächsische Flüchtlingsrat dokumentierte acht Abschiebungen nach Venezuela sowie mehrere fehlgeschlagene oder abgebrochene Abschiebeversuche. Amnesty International fordert wegen der katastrophalen politischen wie humanitären Lage einen sofortigen Abschiebestopp in das Land. ♦

Sebastian Lupke ist Mitglied der Amnesty-Länderkoordinationsgruppe Venezuela und Chile von Amnesty Deutschland.



Engagieren sich in Deutschland für Teilhabe in Venezuela:

Argelr Vasquéz (Foto links) und Yolanda Forero (Foto rechts, 2. v. r.). Fotos: privat

ESEQUIBO

Im Dezember 2023 führte Venezuela ein Referendum über die Annexion von Esequibo durch. Dabei handelt es sich um ein Territorium, das an der Ostgrenze des Landes liegt und völkerrechtlich zum Nachbarstaat Guyana gehört. Nach Regierungsangaben sprach sich eine große Mehrheit für die Annexion aus, damit steigt die Gefahr eines bewaffneten Konflikts. Die Regierung konnte bisher aber keine offiziellen Wahlergebnisse vorlegen, vielmehr häufen sich Berichte über nahezu verlassene Wahllokale.

Künstlich intelligent, ethisch dumm

Desinformation, Datenmissbrauch und digitale Überwachung – der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) bedroht die Menschenrechte. KI-Forscherin Meredith Whittaker fordert als Gegenmittel mehr soziale und politische Gerechtigkeit. **Von Tobias Oellig**

Im März 2023 platzte ein Brief von Expert*innen aus der KI-Forschung und dem Silicon Valley mitten in die allgemeine Euphorie und Aufbruchsstimmung, die Sprachmodelle wie Chat-GPT ausgelöst hatten. Die unterzeichnenden KI-Unternehmer*innen und führenden Wissenschaftler*innen forderten darin einen sofortigen sechsmonatigen Entwicklungsstopp für Künstliche Intelligenz. Auch Tech-Unternehmer Elon Musk, Apple-Mitgründer Steve Wozniak sowie der Historiker und Bestseller-Autor Yuval Noah Harari setzten ihre Unterschrift unter den Appell. Der Klang, als stünde der Weltuntergang kurz bevor: »KI-Systeme mit einer dem Menschen ebenbürtigen Intelligenz können tiefgreifende Risiken für die Gesellschaft und die Menschheit darstellen«, hieß es in dem Brief.

Nach Ansicht der Verfasser*innen befinden wir uns in einem »außer Kontrolle geratenen Wettlauf um die Entwicklung und den Einsatz immer leistungsfähiger digitaler Intelligenz«. Nicht einmal die Entwickler*innen verstünden, was sie gerade erschaffen würden. Dramatische Fragen unterfütterten den Aufruf: »Sollen wir zulassen, dass Maschinen unsere Informationskanäle mit Propaganda und Lügen fluten? Sollen wir alle Jobs automatisieren, auch die erfüllenden? Sollten wir nicht-menschliche Intelligenzen entwickeln, die uns irgendwann zahlenmäßig überlegen sind, uns überlisten, überflüssig machen und ersetzen? Sollen wir den Verlust der Kontrolle über unsere Zivilisation riskieren?« Wenn sich die aktuelle

Entwicklung fortsetze, bedrohe das die menschliche Existenz, warnt der Brief, den mittlerweile mehr als 33.000 Menschen unterzeichnet haben.

Wie viel Wahrheit steckt in diesem Szenario, das von so vielen klugen Köpfen heraufbeschworen wird? Müssen wir alles daransetzen, die halb offene Büchse der Pandora wieder zu verschließen?

Eher Fiktion als Fakt

Anruf bei einer, die es vielleicht weiß: Meredith Whittaker arbeitete 13 Jahre lang bei Google, setzte sich dort kritisch mit dem Thema der digitalen Überwachung auseinander und organisierte die Proteste von Google-Beschäftigten gegen Diskriminierung, Sexismus und Rassismus. Dann verließ sie den Konzern. Und heute kritisiert sie Google scharf – besonders, wenn es um Künstliche Intelligenz geht.

Nach ihrer Zeit bei Google beriet sie die US-Handelskommission (FTC) in Sachen KI und gründete an der New York University zusammen mit der KI-Forscherin Kate Crawford 2017 das Institut AI Now, wobei AI für Artificial Intelligence, also Künstliche Intelligenz steht. Es ist eines der ersten akademischen Institute, die die ethische Dimension und die sozialen Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz erforschen.

Heute ist Meredith Whittaker Präsidentin der gemeinnützigen Stiftung, die hinter der Messenger-App Signal steckt, und setzt sich vor allem mit Datenschutzfragen zu KI auseinander. Das Time-Magazine zählte Whittaker 2023 zu den 100 einflussreichsten Menschen im Bereich der KI-Entwicklung. Kurz gesagt: Sie ist jemand, der gut einschätzen kann, ob die

Welt wegen KI tatsächlich untergehen wird.

»Manche finden schreckliche Science-Fiction-Szenarien anscheinend immer wieder faszinierend«, sagt Whittaker. »Der Gedanke, dass wir gerade an einem Scheidepunkt in der Menschheitsgeschichte stehen, an dem wir in der Lage sind, eine Art künstlichen Gott zu erschaffen, scheint unwiderstehlich zu sein. Doch steht dies Fiktion und religiösen Glaubensbekenntnissen näher als wissenschaftlichen Fakten.«

Whittaker vermutet hinter dem Appell des Briefes eher eine Marketingstrategie der großen Tech-Konzerne. »Wenn du behauptest, in Besitz einer Technologie mit übermenschlichen Kräften und grenzenlosen, fast schon überirdischen Hirnfähigkeiten zu sein – sprich: eines Supercomputers, der in der Lage ist, die Menschheit auszulöschen –, dann ist das zunächst mal ziemlich gute Werbung für dein Produkt. Und weltweit gibt es wahrscheinlich nur wenige Regierungen und Militärs, die da nicht aufhorchen«, sagt Whittaker.

Menschenrechte in Gefahr

Entwarnung also, erstmal kein Weltuntergang. Dennoch: Auch Whittakers Prognosen zufolge stehen den Menschenrechten im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz stürmische Zeiten bevor.

»Ich befürchte, dass KI-Technologien mit ihren riesigen Datenmengen, die durch Überwachung genährt werden, die soziale Kontrolle und das Ungleichgewicht von Machtverhältnissen immer weiter verschärfen. Es bereitet mir große Sorge, dass diese jetzt schon problematischen Dynamiken der Ungleichheit einen



Erforscht die sozialen Auswirkungen
Künstlicher Intelligenz:
Meredith Whittaker.

Foto: Florian Hetz

Punkt erreichen könnten, an dem Wandel durch demokratische Prozesse gar nicht mehr möglich sein könnte. Weil die Möglichkeiten, privat zu kommunizieren, autonom zu handeln und dadurch auf Politik und Wirtschaft Einfluss zu nehmen, durch einen allgegenwärtigen Überwachungsstaat eingeschränkt werden«, sagt Whittaker. Hinzu kommen die Dynamiken des Klimawandels. »Klar ist eigentlich nur so viel: Das komplexe Zusammenspiel von Klimakrise, geopolitischen Spannungen und technologischem Fortschritt wird das nächste Jahrzehnt bestimmen. Und ich glaube, der Aufstieg des Autoritarismus, begünstigt durch immer raffiniertere Überwachungstechnologien, ist ein bedeutender Teil dieses Szenarios. Macht richtig Laune, oder?«, sagt Whittaker.

KI-Technologie spielt also repressiven Regierungen in die Hände, Meinungsfreiheit und Privatsphäre sind durch immer raffiniertere Überwachungsmöglichkeiten bedroht und damit auch die demokratische Gesellschaft. Whittakers Einschätzungen gleichen dem Szenario, das die Schwarzmaler*innen in ihrem Warnbrief schilderten. Und eine Agenda hat auch sie: Als Chefin einer Kommunikations-App, die verschlüsseltes Messaging erlaubt, verweist sie immer wieder darauf, wie bedroht die Datensicherheit im KI-Zeitalter ist.

»Das komplexe Zusammenspiel von Klimakrise, geopolitischen Spannungen und technologischem Fortschritt wird das nächste Jahrzehnt bestimmen.«

KI-Forscherin
Meredith Whittaker

Nachvollziehbar sind ihre Überlegungen dennoch. Auch jene zu Arbeitsrechten: Wiederholt berichteten US-amerikanische Medien von »digitalen Sweat Shops« auf den Philippinen oder in Kenia. Tausende Menschen arbeiten dort, oft unterbezahlt und unter erbärmlichen Bedingungen, um KI-Systeme mit Unmengen an Daten zu füttern und so zu trainieren. Mehrere KI-Unternehmen werden beschuldigt, grundlegende Arbeitsstandards zu missachten und die Beschäftigten auszubeuten. Die Entwicklung von KI ist also in vielfacher Hinsicht mit Menschenrechtsverletzungen verbunden.

»Um KI-Systeme zu erschaffen, kann man nicht einfach riesige Datenmengen in einen Computer werfen. Sie müssen organisiert werden. Oft sind sehr verstörende Inhalte dabei. Wir verlagern diese belastende Arbeit ins Ausland und beuten die Intelligenz der dortigen Arbeiter*innen aus«, sagt Meredith Whittaker. »Konzerne nehmen das in Kauf, um KI-Sprachmodelle entwickeln zu können, die innerhalb der Normen eines öffentlichen liberalen Diskurses agieren.«

Kann man trotz allem hoffnungsvoll in die Zukunft blicken? Zumindest wird Künstliche Intelligenz mit aller Wahrscheinlichkeit nicht das Ende der Menschheit herbeiführen. Erlösen von unseren Problemen wird sie uns allerdings auch nicht. Die Probleme der Welt scheinen durch KI eher noch komplexer zu werden. »Der Fokus muss sich verschieben von der Technologie auf soziale und politische Veränderungen, die die Welt gerechter für alle machen«, sagt Whittaker. »Ohne diesen Wandel wird es nicht möglich sein, KI sinnvoll als gemeinsame Ressource in signifikantem Maßstab für etwas Gutes einzusetzen.« ♦

ER TROTZT DEN STÜRMEN

Immer wieder haben Orkane Teile Bangladeschs zerstört. Der Klimaaktivist **Shahnewaz Chowdhury** setzt sich gegen ein Kohlekraftwerk ein und wurde deshalb inhaftiert. *Von Bernhard Hertlein*

Shahnewaz Chowdhury war noch Schüler, als 1999 ein schwerer Zyklon seinen Heimatort Gondamara im Südosten Bangladeschs heimsuchte. Die Frage, wie es zu solchen Naturkatastrophen kommt, ließ ihn seither nicht mehr los und machte ihn zum Klimaaktivisten. Für den heute 38-jährigen steht fest: Die zunehmende Zahl heftiger Orkane ist der weltweiten Klimakrise geschuldet, die durch den Ausstoß an Kohlendioxid verursacht ist. Bangladesch ist wegen seiner geografischen Lage besonders betroffen. Bei einem Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter würde ein Fünftel des Landes dauerhaft überschwemmt. Umso unverständlicher ist es für den Ingenieur, dass nahe Gondamara das Kohlekraftwerk Banshkhali gebaut wurde, das wie jedes Kohlekraftwerk seinen Teil zur menschengemachten Klimakrise beiträgt.

Shahnewaz, der bei seinem Vornamen genannt werden möchte, gehört zu den Gründer*innen des Banshkhali Student Forum, einer Organisation, die im April 2016 eine friedliche Protestveranstaltung gegen das Kraftwerk organisierte. Dabei starben vier Menschen durch Polizeikugeln. Bei den ebenfalls friedlichen Folgedemonstrationen wurden weitere Menschen getötet. Insgesamt starben zwölf Menschen durch Polizeigewalt.

Im Mai 2021 suchte der Zyklon Yaas seine Heimat heim. Die gesamte Region stand unter Wasser, eine wichtige Brücke in Gondamara wurde zerstört. All dies hatte katastrophale Folgen für die lokale Bevölkerung, die überwiegend von Landwirtschaft und Fischerei lebt. Auf Facebook drückte Shahnewaz seine Bestürzung aus und mobilisierte die Jugend zum erneuten Protest gegen Banshkhali. Daraufhin erstattete der Betreiberkonzern des Kraftwerks, die S. Alam Group, Anzeige gegen ihn und berief sich dabei auf den Digital Security Act (DSA). Shahnewaz habe durch die Verbreitung eines Gerüchts in Online-Netzwerken Unruhe gestiftet; er zerstöre den guten Ruf des Unternehmens. Laut den Paragraphen 25, 29 und 31 des DSA sind Falschmeldungen und Beleidigungen im Internet strafbar, die geeignet sind, den Staat oder den religiösen Frieden zu gefährden. Möglich sind bis zu zehn Jahre Haft, im Wiederholungsfall 14 Jahre.



Foto: Amnesty

Am 27. Mai 2021 wurde Shahnewaz inhaftiert. Seine Familie erhielt eine Botschaft, in der ihr »gravierende Folgen« angedroht wurden, sollte sie mit den Medien sprechen. 80 Tage verbrachte Shahnewaz in Haft. Zunächst befand er sich mit 80 weiteren Häftlingen in einer engen Zelle. Nach 15 Tagen folgte die Überstellung in das Zentralgefängnis in Chattogram (früher: Chittagong). Dort gibt es nur eine Dusche für 200 Inhaftierte. Das Essen ist sehr schlecht. Wenigstens durfte er die Zelle für einen täglichen Hofgang verlassen.

Nach internationalen Protesten erging am 16. August 2021 die gerichtliche Anweisung, Shahnewaz gegen Kautionsfreizulassen. Mindestens einmal im Monat muss er seither vor einem Gericht in Chattogram erscheinen. Shahnewaz ist frei – und doch nicht frei. Sein Verfahren dauert an und ist nun vor dem High Court anhängig. Sein Anwalt Abdullah Al Noman sagt: »Shahnewaz Chowdhury hat nur von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht. Dies ist durch die Verfassung Bangladeschs und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte geschützt, den auch Bangladesch unterzeichnet hat.« Im Herbst 2023 wurde der Digital Security Act zwar durch den Cyber Security Act ersetzt, Amnesty wies jedoch nach, dass sich an den Bestimmungen so gut wie nichts geändert hat. Die Organisation hat immer wieder willkürliche Inhaftierungen und Polizeigewalt gegen Demonstrierende kritisiert.

Der Klimaschützer Shahnewaz ist inzwischen auch ein Verteidiger der Meinungsfreiheit. Privat durchläuft er eine schwere Zeit, weil er infolge der Haft seinen Job verloren hat. Mit Gelegenheitsarbeiten hält er sich gerade so über Wasser. ♦

Bernhard Hertlein ist in der Amnesty-Kogruppe Bangladesch aktiv. Mehr Informationen: [amnesty-bangladesch.de](https://www.amnesty-bangladesch.de)

INDIGENE HABEN RECHTE

Indigene stellen die Mehrheit der Bevölkerung Guatemalas – in der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe macht sich das jedoch nicht überall bemerkbar. Vor allem die Landrechte Indigener sind immer wieder bedroht.

Anfang Januar urteilte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte jedoch in ihrem Sinne: Nach einem langen Rechtsstreit bekam das Volk der Q'eqchi' in der Region Izabal im Norden Guatemalas Rechte an dem Land zuge-

sprochen, auf dem sie seit dem 19. Jahrhundert leben.

Private Unternehmen nutzten das Land in den vergangenen Jahrzehnten und betrieben darauf eine Nickelmine, an der der guatemaltekische Staat Anteile hält. In der Region lebende Bäuerinnen und Bauern wurden zwangsweise umgesiedelt, damit die Mine in Betrieb gehen konnte. Einbezogen in die lukrativen Geschäfte wurden sie nicht. Jetzt sprach das Gericht etwa 400 Menschen eine weitrei-

chende Mitbestimmung für das Gebiet zu. Die Regierung Guatemalas muss innerhalb von sechs Monaten eine neue gesetzliche Regelung zum Schutz der indigenen Gemeinde und ihrer Landrechte schaffen. Das Urteil ist bindend, kann nicht angefochten werden und macht Hoffnung auf mehr Rechte für Indigene auf dem gesamten amerikanischen Kontinent.

(»Die Rechte der Q'eqchi'«, Amnesty Journal 02/2022)

KENNETH SMITH MIT STICKSTOFFGAS HINGERICHTET

Ende Januar wurde im US-Bundesstaat Alabama erstmals ein Todesurteil durch Stickstoffhypoxie vollstreckt. Dabei wurde dem wegen Mordes zum Tode Verurteilten Kenneth Smith mit Stickstoffgas der Sauerstoff entzogen. Der 58-Jährige war seit 34 Jahren inhaftiert. Er sollte bereits 2022 durch eine Injektion hingerichtet werden, der Versuch schlug jedoch fehl. Für den Betroffenen war dieser Hinrichtungsversuch qualvoll. Er musste starke Schmerzen ausstehen und litt seitdem unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung.

Bei der Hinrichtung mit Stickstoffgas handelt es sich um eine Methode, die bisher noch nicht angewandt wurde und über die keinerlei Erfahrungen vorliegen. Die US-Justizbehörden suchen seit Jahren nach neuen Hinrichtungsmethoden, weil sich viele Arzneimittelhersteller weigern, ihre für Narkose und Heilung gedachten Medikamente zur Tötung von Menschen zu liefern. Experimente mit Giften führten zu äußerst qualvollen Hinrichtungen. Clayton Lockett starb 2014 unter sichtbaren Schmerzen erst nach 43 Minuten.

Amnesty International hatte vor der Hinrichtung von Kenneth Smith die Gouverneurin von Alabama aufgerufen, die Hinrichtungspläne zu stoppen. Sumit Bhattacharyya, USA-Experte von Amnesty International in Deutschland, sagte: »Im Fall von Smith wird an einem Menschen ein Experiment durchgeführt. Amnesty International schätzt den Tod durch



Protest gegen die Hinrichtung. Atmore, Alabama, Januar 2024.

Foto: Edmund D. Fountain/The New York Times/Redux/laif

Ersticken als besonders grausame Hinrichtungsmethode ein – sie könnte sogar der Folter gleichkommen.«

Seit 1976 wurden in den USA 1.582 Menschen hingerichtet – auf dem elektrischen Stuhl, durch Ersticken unter Einsatz von Gas, Erhängen, Erschießung oder tödliche Injektion. Amnesty wendet sich in allen Fällen vorbehaltlos gegen die Todesstrafe – ohne Ausnahme und unabhängig von der Art oder den Umständen des Verbrechens, der Schuld oder möglichen

Unschuld sowie den Hinrichtungsmethoden eines Staates. Die Organisation veröffentlicht jährlich eine Bilanz zur weltweiten Anwendung der Todesstrafe: [amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/todesstrafe-hinrichtungen-weltweit-amnesty-bericht-2022](https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/todesstrafe-hinrichtungen-weltweit-amnesty-bericht-2022).

(»Eine Begnadigung ist überfällig«, Amnesty Journal 05/2023)



Wenn vom amerikanischen Traum nur eine Zahnbürste bleibt

Der Künstler Tom Kiefer sammelte Gegenstände, die Migrant*innen an der US-mexikanischen Grenze weggenommen wurden und schuf daraus eine fotografische Langzeitdokumentation. **Aus Ajo von Arndt Peltner**

Die Kleinstadt Ajo im Süden Arizonas wirkt wie aus einem Quentin Tarantino-Film. Umgeben von einer weitläufigen Militärbasis im Norden und Westen, dem Land der Tohono O'odham Nation im Osten und dem Organ Pipe National Monument im Süden. Einst wurde dort Kupfer abgebaut, doch das ist lange her. Die Spuren sind noch weithin sichtbar, gewaltige Halden türmen sich gleich hinter dem Ortsausgang auf.

Mit ihren knapp 3.000 Einwohner*innen ist Ajo die letzte größere Gemeinde vor der mexikanischen Grenze. Von Norden kommend führt der Highway 85 zum zentralen, im spanischen Kolonialstil gestalteten Platz, der von niedrigen Gebäuden umrahmt wird. Hier wartet an einem brütend heißen Tag schon Tom Kiefer. Der Künstler, Fotograf und Grafiker sitzt auf einer Bank vor der örtlichen Bücherei, im Stockwerk darüber liegen sein Studio und sein Archiv, die man über eine steile, knarrende Holzterrasse erreicht. In dem alten Gebäude ist es angenehm kühl, auch ohne Klimaanlage. Etwas wackelig steigt Tom Kiefer die Treppe hoch.

Der Künstler lebt seit 2001 in Ajo, nachdem er seinen Antiquitätenladen in

Los Angeles aufgab. »Ich bin damals hierher gezogen und wollte mich ganz auf das Fotografieren konzentrieren, Amerika dokumentieren«, erzählt er. »Das ist auch passiert. Aber ich bin nicht rausgegangen, um die Bilder zu machen, vielmehr kam Amerika hierher zu mir.« An den Wänden im Flur hängen einige seiner Bilder, die teils wie wohlplatzierte Produktwerbung wirken und doch eine ganz andere Geschichte erzählen. Beim zweiten Hinsehen erkennt man, dass die Dinge, die abgelichtet wurden, nicht zum Kauf bestimmt sind. Sie zeigen vielmehr, was Migrant*innen, die ohne Ausweispapiere auf der US-Seite der Grenze aufgegriffen wurden, weggenommen und anschließend weggeworfen wurde.

Kiefer sieht sich als Dokumentarist, der mit seinen Bildern zum Nachdenken anregen will. Sein Archiv ist ein rund 30 Quadratmeter großer Raum voller überladener Tische und Regale, Kartons und Plastikboxen. Auf den ersten Blick wirkt das Sammelsurium an Objekten wild durcheinander. Doch als er hierhin und

dorthin deutet, wird klar, dass es eine ganz bestimmte Ordnung gibt. Alles ist genau dort, wo Kiefer es für seine Fotos braucht. »Wenn man alles zählt, jede Münze, jede Zahnpasta, jede Zahnbürste, dann wären es sicherlich Hunderttausende von Einzelstücken.«

Mit Konserven fing es an

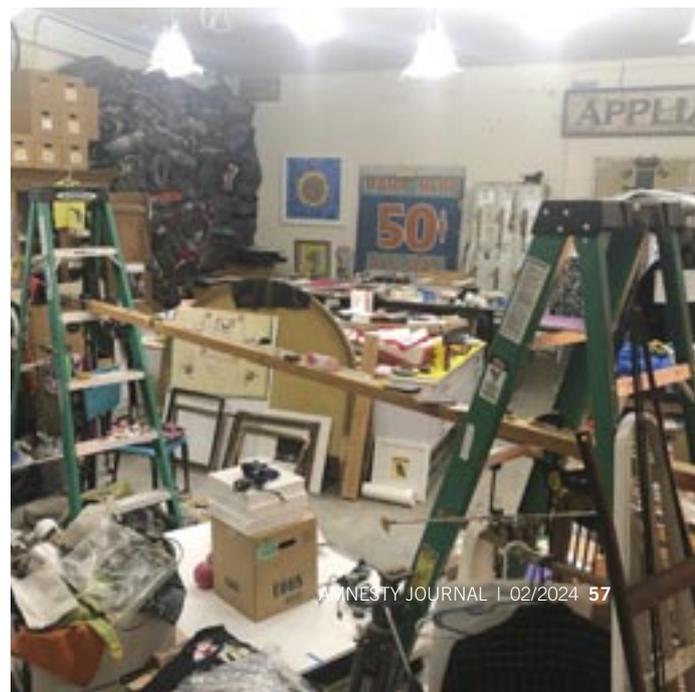
All die Objekte – Decken, Kleidung, Spielsachen, Gürtel, Schnürsenkel, persönliche Briefe und private Fotos – hat Kiefer über mehrere Jahre gesammelt, als er Hausmeister einer Polizeistation der Border Patrol südlich von Ajo war. Er hatte den

In der Grenzstation von Ajo arbeitete Tom Kiefer als Hausmeister.

Foto: Stefan Falke/laif

Hunderttausende Objekte: Das Atelier hat eine spezielle Ordnung.

Foto: Arndt Peltner



**»Ich bin nicht rausgegangen, um die Bilder zu machen. Amerika kam zu mir.«
Tom Kiefer**

sehr gut bezahlten Teilzeitjob kurz nach seinem Umzug nach Arizona angenommen. »Er gab mir die finanzielle Möglichkeit für meine künstlerischen Ideen«, erklärt er und fügt lachend hinzu: »Es war sicherlich keine Karriereentscheidung.« Auf seltsame Weise wurde sie es dann aber doch.

Es fing an mit Konserven, erzählt Kiefer: »Diese Lebensmittel, die die Menschen mit sich trugen, wurden ihnen zuerst weggenommen und in den Müll geschmissen. Ich fand das schrecklich, man schmeißt doch kein gutes Essen weg. Also bin ich zum Leiter der Polizeistation gegangen und habe ihn gefragt, ob ich die Konserven nicht zur lokalen Food Bank bringen könne. Er erlaubte das, das war so Mitte 2007. Damit hat das Projekt begonnen, denn als ich die Konserven aus den Containern fischte, waren da auch Bibeln, Rosenkränze, viele Familienfotos.«

In den zehn Jahren, die Kiefer als Hausmeister arbeitete, bekam er aus nächster Nähe mit, welche Habseligkeiten die Grenzschützer*innen als »unnötig« oder »potenziell gefährlich« einstuften und in den Müll warfen. Es war fast alles, was die Menschen bei sich hatten. Kiefer nahm die Dinge mit, und sein Archiv wuchs von Tag zu Tag. Mit feinfühligem und respektvollen Fotos dokumentierte



er die Objekte, die eine ganz andere Geschichte der Situation an der Grenze erzählen, wie sein Bild von Dutzenden aufgereihten Zahnbürsten zeigt: »Es sind rote, weiße und blaue Zahnbürsten, 50 an der Zahl. In den Farben Amerikas, rot, weiß und blau. Es geht gar nicht patriotischer.«

Die Fotos zeigen Geldbörsen, Schnürsenkel, Schuhe, Rucksäcke, Haarbürsten, Tücher, Jeanshosen in allen Größen, nebeneinander liegend, aufgereiht, aufgestapelt. Auf einem Foto sind Spielsachen zu sehen, auf einem anderen ein leicht verdreckter Kinderrucksack mit Miffy, dem kleinen Hasen. Daneben ein Foto mit zwölf Gläsern Babynahrung. Was hatten diese Kinder durchgemacht auf ihrem langen Weg Richtung Norden, in ein Land, das sie nicht haben will? Sie hatten von

Drogenkartellen kontrollierte Gebiete hinter sich, Armut, Hunger und Gewalt.

Kiefers Fotos sind in ihrer Schlichtheit eine stille, erschütternde Anklage. Sie erzählen etwas anderes als die aufgeregten politischen Migrationsdebatten: Geschichten von ganz normalen Menschen auf ihrem Weg in eine hoffentlich bessere Zukunft für sich und ihre Kinder. Tom Kiefer hat seinem nicht enden wollenden Fotoprojekt den Titel »El Sueño Americano / The American Dream« gegeben. Neben dem Archiv befindet sich sein Fotostudio, durch die zahlreichen Fenster fällt das Sonnenlicht. Auf einem riesigen Tisch liegen Dutzende seiner Drucke, an den Wänden hängen einige davon gerahmt. Ein Bild Hunderter Schnürsenkel, das an Medusa aus der griechischen Mythologie erinnert. Kiefer erzählt, dass die Migran-





t*innen, die umgehend wieder über die Grenze abgeschoben wurden, ihre Schnürsenkel nicht zurückbekamen. Auf der mexikanischen Seite wurden sie deshalb direkt als Abgeschobene erkannt und damit zur leichten Beute der Drogen- und Menschenhandelskartelle.

Fotoprojekt mit ungewisser Zukunft

Kiefer zeigt auf ein Foto mit Damenbinden, auch diese wurden den Frauen weggenommen und landeten in den Müllcontainern. »Wenn sie dann ihre Periode hatten, mussten sie jemanden fragen, meistens einen Mann, denn nicht immer waren Grenzbeamtinnen vor Ort. Das ist doch total verrückt.« Ein anderes Bild zeigt in Großaufnahme eine Plastikwasserflasche, umwickelt mit silbernem Isolierband, wie sie die Migrant*innen auf dem

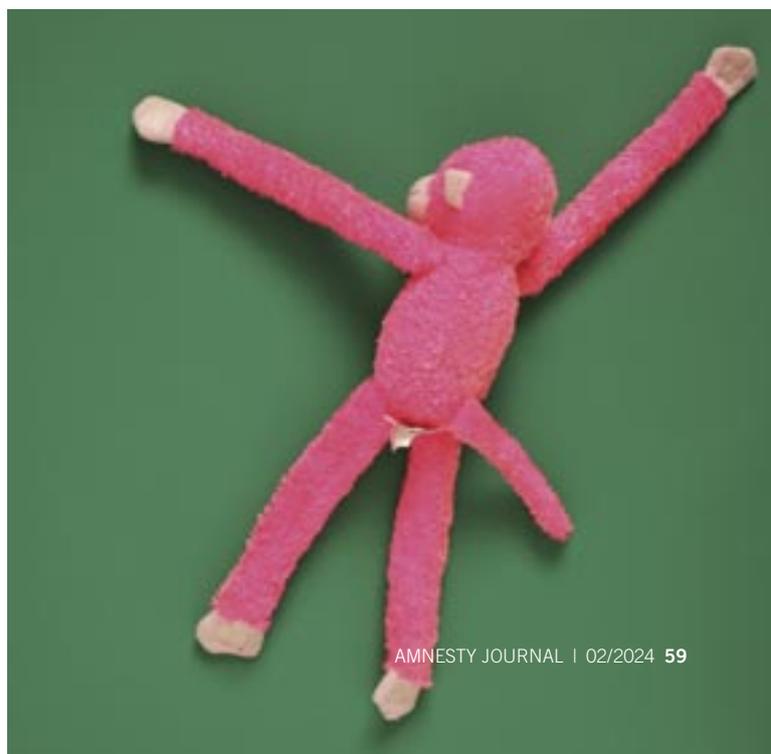
langen Weg durch die Wüste mit sich führen. »Sie sah wie eine Skulptur aus, ein Kunstwerk. Ich brachte sie nach Hause und ließ sie fast fünf Jahre lang liegen, ich wusste nicht, wie ich sie fotografieren sollte. Ich versuchte es mit unterschiedlichem Hintergrund, aber nichts passte. Und eines Tages legte ich sie auf einen Untergrund, den ich mit Isolierband überzogen hatte.«

Tom Kiefer hat über die Jahre Hunderte solcher Fotos gemacht. Er sei noch lange nicht fertig mit seiner Dokumentation dieses Kapitels des »American Dream«. Doch ihm laufe die Zeit davon. »Lassen Sie uns hinsetzen«, meint er und lässt sich in einen Sessel fallen: »Ich habe Parkinson, das beeinflusst meine Balance und meine Mobilität schon sehr.« Immer wieder zittert er während des Gesprächs, mal mehr, mal weniger. Das Erzählen ermüdet ihn

sichtlich. Die Worte verschleifen, klingen teils gepresst. »Ich hoffe, dass irgendeine Organisation oder irgendjemand kommt, um das Projekt weiter zu finanzieren. Jemand, der die Bedeutung und den Bildungswert dieser Arbeit erkennt und einfach fragt: Mr. Kiefer, was brauchen Sie?« Bislang habe er alles selbst gemacht. Er kramt Fotos hervor, auf denen er auf zwei Leitern über den Objekten steht, um sie aufzunehmen. Doch das wird ihm langsam zu viel. Tom Kiefer überlegt kurz und meint dann: »Ich mache einfach weiter, bis es nicht mehr geht und dann werde ich wohl alles spenden.« ♦

Medikamente, Schuhe, Wasser, Spielzeug: Dinge, die von US-Grenzbeamt*innen als unnötig oder gefährlich eingestuft wurden.

Fotos: Tom Kiefer / Redux/laif



Die unsichtbare Mauer einreißen

Die Regisseure **Anestis Azas** und **Prodromos Tsinikoris** thematisieren in ihrem dokumentarischen Theaterstück »Romaland« die noch immer starke Marginalisierung der Rom*nja in Griechenland.

Interview: Astrid Kaminski

Worauf verweist der Titel »Romaland«?

Anestis Azas: Unsere Methode ist es, Geschichten für die Bühne zu entwickeln aus der Perspektive von Menschen, die ansonsten kaum die Möglichkeit haben, mit ihren Interessen in der Öffentlichkeit vertreten zu werden. »Romaland« ist eine Erzählung über Griechenland, nur dass der Titel nach jenen Bürger*innen benannt ist, die am schlechtesten dastehen. So wird die Bühne zu einem Ort, an dem sich der Blick auf das Land ändert – und das Land zu einem unbekanntem Terrain.

Rom*nja sind in Griechenland sehr präsent im Straßenbild. Man sieht sie als Schrott- und Recyclingmaterialsammler*innen, als Korbflechter*innen, Gemüseverkäufer*innen, Bettler*innen. Wie haben Sie Rom*nja wahrgenommen, bevor Sie das Stück gemacht haben?

Anestis Azas: Ich erinnere mich, dass im Dorf meiner Mutter regelmäßig Korbflechter vorbeikamen, um die typischen griechischen Landstühle zu reparieren. Inzwischen gibt es aber keinen Bedarf mehr an Reparaturen; man kauft Sachen neu, wenn sie kaputt gehen. Und weil es nur wenige Rom*nja gibt, die Schulen besuchen oder in anerkannten Berufen arbeiten, gibt es im Alltag wenig Berührungspunkte. Es besteht eine Art unsichtbare Mauer.

Wie hat sich Ihre Perspektive durch die künstlerische Arbeit geändert?

Anestis Azas: Das wichtigste Stereotyp ist, dass Rom*nja so leben, wie sie leben, weil sie es wollen. Aber das ist falsch. Wir haben gemerkt, dass der Unterschied zwischen Rom*nja und anderen Griech*innen gar nicht so groß ist, sondern dass vor allem die soziale Klasse ausschlaggebend ist. Wenn man sich ansieht, wie die Balamos, also die Nicht-Rom*nja, bis in die 1960er Jahre gelebt haben, dann gibt es viele Parallelen.

Prodromos Tsinikoris: Der Sohn übernimmt das Geschäft des Vaters, ohne zu studieren. Die Tochter heiratet jung beziehungsweise wird verheiratet, bekommt eine Mitgift und wird Hausfrau. Auf Schulabschlüsse wird nicht viel Wert gelegt. Man bildet Großfamilien oder



Für manche eine Provokation:
Auf der Bühne stehen Rom*nja
nicht als Minderheit,
sondern als Mitmenschen.

Foto: Andreas Simopoulos For Onassis Stegi

Clans, um eine soziale Machtposition zu erhalten. Bei den Rom*nja ist das Gefühl von Verbundenheit mit ihrer Gemeinschaft aufgrund ihrer jahrhundertelangen Unterdrückung besonders stark. Sie wurden auf dem osmanisch besetzten Balkan bis Ende des 19. Jahrhunderts versklavt und von den Nazis verfolgt und ermordet. Wenn man dann noch bedenkt, dass sie bis 1979 in Griechenland keine Bürgerrechte hatten, etwa 90 Prozent von ihnen Analphabet*innen sind und daher keine Chance haben, mit der Bürokratie umzugehen, dann wird schnell klar, warum sie eine Parallelgesellschaft gebildet haben.

Ein Stereotyp ist die Musikalität der Rom*nja. Für Ihr Stück haben Sie den hitverdächtigen Rap-Song »Listen up, balamo« produziert. Das Publikum-

»Wir wollten ein Stück über das machen, was uns verbindet.« Anestis Azas

war betroffen und begeistert. Ist Rom*nja-Musik in Griechenland bekannt?

Prodromos Tsinikoris: Ich glaube nicht, dass irgendwer in meinem Bekanntenkreis ein Rom*nja-Lied kennt. Es wäre toll, wenn sich das durch unser Lied – das allerdings eine Koproduktion mit dem Balamo-Musiker Panagiotis Manouilidis ist – ändert. Die Rolle, die Rom*nja in der griechischen Musikgeschichte spielen, ist paradox. In früherer Zeit war der Beruf des Musikers eher verpönt. Es war eine Tätigkeit, die eher von Ausgestoßenen, also von Rom*nja, ausgeübt wurde. Mittlerweile ist anerkannt, dass Rom*nja auf diese Art zum Erhalt der traditionellen griechischen Musik beigetragen haben. Durch ihren nomadischen Lebensstil haben sie die Lieder von einem Dorf ins andere transportiert, also sozusagen einen positiven musikalischen Virus verbreitet. Heute sind daher die besten Instrumentalist*innen Rom*nja. Gleichzeitig sind sie die begehrtesten und teuersten – für griechische Volksmusik!

Mussten Sie viel Überzeugungsarbeit leisten, um Menschen zu finden, die auf der Bühne ihre Geschichte erzählen wollen?

Anestis Azas: Wir können und wollen niemanden überzeugen, die eigene Geschichte auf der Bühne zu erzählen. Es muss dazu einen Wunsch, eine Notwendigkeit geben. Dennoch verlief die Arbeit anders als in unseren bisherigen Projekten: Wir trafen auf Leute, die überhaupt keine Vorstellung davon hatten, was Theater ist, die ganz andere Sorgen hatten, als sich darüber Gedanken zu machen. Wir haben daher erst einmal Gespräche über Theater geführt, was es ist und was es im besten Fall kann.

Prodromos Tsinikoris: Das war auch für uns sehr bereichernd, weil der Aufbau von Beziehungen viel wichtiger war als sonst. Das Team bildet inzwischen unter sich, aber auch mit uns eine Art nicht-verwandtschaftliche Familie. Es gibt einen starken Zusammenhalt, der, denke ich, auch halten wird – was im Theater nicht unbedingt selbstverständlich ist ...

Normalerweise lernen Schauspieler*innen für ein Stück Texte auswendig. Wie ist das, wenn sie nicht lesen können?

Prodromos Tsinikoris: Wir haben mit dem Live-Regisseur Avraam Goutzeloudis gearbeitet, der selbst Rom ist. Auf diese Weise konnten wir immer wieder Brücken zum Bühnengeschehen bauen. Der andere Weg ging über Musik. Rhythmus und Melodie helfen bekanntlich beim Erinnern.

Wie hat das griechische Publikum auf »Romaland« reagiert?

Anestis Azas: Nach der Premiere gab es in den Online-Netzwerken einen Sturm des Hasses. Man warf uns vor, wir würden die Rom*nja reinwaschen, die kriminelle Seite nicht zeigen. Die Berichterstattung in der Presse ging teilweise in dieselbe Richtung. Für uns war der positive Zugang jedoch eine strategische Entscheidung. Wir hätten ein Mafiastück machen können, das negative Stereotype bestätigt. Aber wir wollten ein Stück über das machen, was uns verbindet und näherbringt – ohne Probleme zu verschweigen.

Prodromos Tsinikoris: Im Gegenteil, die Probleme sind ja alle da. Wir zeigen Menschen, die arm sind, die im Gefängnis waren, die verkauft wurden, die Gewalt und Diskriminierung erfahren mussten. Was wünschen sich diese Menschen? In erster Linie Liebe, Arbeit und in Frieden leben zu können. Auf dieses veröhnliche Element kam es uns an. ♦



Foto: Andreas Simopoulos For Onassis Stegi

Prodromos Tsinikoris (rechts) wurde in Deutschland als Kind griechischer Eltern geboren.

Anestis Azas wuchs in Griechenland auf und studierte an der Berliner Ernst-Busch-Hochschule Regie. Das Duo hat in deutschsprachigen Ländern sowie in Griechenland zahlreiche Stücke aufgeführt, unter anderem zu Migration, Diskriminierung, Obdachlosigkeit und zum Arbeitsmarkt. Bis zum letzten Regierungswechsel leiteten sie die Experimentalbühne des griechischen Nationaltheaters. »Romaland« wurde im November 2023 in Athen uraufgeführt. In diesem Jahr ist eine Europatour geplant.

Mammut, Gürteltier und demokratischer Föderalismus

In seiner Heimat Italien ist Michele Rech ein Star. Teenager unterhält er mit rasanten Netflix-Serien, sein politisches Engagement für die kurdische Sache drückt er in Graphic Novels aus. **Von Nina Apin**

Eine dünne Gestalt im schwarzen Kapuzenpulli, raspelkurzes Haar, buschige Augenbrauen: Der Zeichner Michele Rech sieht seiner Comicfigur Zero so ähnlich, dass man sich bei einem Treffen mit ihm in der Netflix-Serie »An der perforierten Linie abreißen« wähnt. Ähnlich wie der Protagonist der Serie verknötet Rech die überlangen Beine unterm Tisch und grinst: »Ich bin halt ein begabter Künstler – vor allem im Selbstporträt.«

Unter dem Namen Zerocalcare ist der 40-Jährige ein bekannter Comiczeichner und in seiner Heimat Italien ein Star. Bringt er ein neues Werk heraus, dann windet sich die Schlange der Fans dreimal um den Buchladen, erzählt sein deutscher Verleger Johann Ulrich vom Berliner Avant-Verlag ehrfürchtig. »Der signiert 1.000 Bücher am Stück, bis zum Umfallen, weil er sich seinen Fans verpflichtet fühlt.« Seine Fans sind Kids, die seine Alltagsgeschichten aus Rebibbia mögen – einem Viertel an Roms Peripherie, das durch einen riesigen Gefängnis-komplex sowie Mammutfunde bekannt ist. In Rechs rasant-überdrehten Cartoons wird der schlacksige Zero von einem sprechenden Mammut begleitet, sein anderer imaginärer Freund ist ein besserwisserisches Gürteltier.

Über Rom und Italien hinaus wurde der Zeichner als Vertreter einer linken Szene bekannt, die sich in den autonomen Zentren der Großstädte konzentriert: Zwischen Punk-Konzerten, antifaschistischer Arbeit und globalisierungskritischen Demonstrationen fand der Sohn einer Französin und eines Italieners seine politische Heimat. »Wenn ich mich entscheide, eine politische Sache zu unterstützen, dann tue ich das ohne Wenn und Aber, dann verstehe ich mich als Lautsprecher eines Kollektivs«, erklärt Michele Rech in der Küche des Avant-Verlags, während er unablässig kritzelt.

Er hat sich dem »demokratischen Föderalismus« verschrieben, der auf den Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Abdullah Öcalan zurückgeht. Michele Rech lernte das Konzept 2014 und 2015 im türkisch-syrischen Grenzgebiet kennen, als er drei Reisen in das kurdische Autonomiegebiet Rojava unternahm. Er schwärmt noch heute davon: »Das Manifest von Rojava sieht die Befreiung der Frau vor, ein gleichberechtigtes Zusammenleben der Ethnien und Religionen. Und das in einer denkbar schlechten Lage, in einer von Krieg und heißen Konflikten beherrschten Region. Wir haben die gelebte Praxis kennengelernt – das war unglaublich beeindruckend!«

In seiner auf Deutsch 2017 erschienenen Reisereportage »Kobane Calling«, porträtiert Zerocalcare eine rein weibli-

che Guerilla in den Kandil-Bergen, weise Dorfälteste und junge Freiwillige, die nachts untergehakt am Lagerfeuer singen, um die Angst vor dem heranrückenden IS zu vertreiben. Allzu viel Pathos kommt allerdings nicht auf, davor schützt Zerocalcares komische Übertreibung – ob es um den Gastgeber geht, der sogar in der Nacht aufsteht, um in seiner ewigen Linsensuppe zu rühren, oder um den bittersüßen Tee, den der Zeichner zwanghaft in sich hineinkippt.

Seine Chai-Abhängigkeit habe er inzwischen überwunden, scherzt Michele Rech am Berliner Küchentisch, nur den »Kurden-Chip«, den man ihm in Rojava implantiert habe, sei er nie wieder losgeworden. Er sei eine willenlose Marionette der kurdischen Gemeinde in Rom. Als die ihn 2021 beauftragte, ins nordirakische Shingal zu fahren, um über Jesid*innen zu berichten, die sich nach kurdischem Vorbild organisiert hatten, habe er sofort gehorcht. In Berlin präsentierte er jetzt die Comicreportage, die nach dieser Reise



entstand. »No sleep till Shingal« beginnt so: Der Protagonist steht ohne Handy in einer Kaserne der irakischen Sicherheits-truppen in der Wüste und fragt sich: »Wie bin ich hier bloß wieder gelandet?«

Hetz-Flyer auf dem Schulhof

Michele Rech ist seit seinem 15. Lebens-jahr in linksautonomen politischen Netz-werken aktiv. Die Polizeigewalt rund um den G8-Gipfel in Genua 2001 sei für ihn ein Wendepunkt gewesen, sagt er, seither misstraue er staatlichen Institutionen. Eine damals entstandene Gruppe besteht bis heute. »Uns eint dieselbe Weltan-schauung: Links, undogmatisch, mit be-sonderer Faszination für die Sache der Kurd*innen.« Warum engagiert er sich ausgerechnet für diese und nicht für ir-gendeine andere unterdrückte Minder-heit auf der Welt? Bei dieser Frage richtet sich Michele Rech kerzengerade auf, und alles Comichafte verschwindet aus sei-nem Blick. Er spricht jetzt ganz klar, ohne den vernuschelten römischen Dialekt: »Nein, es hätte eben niemand anders sein können als die Kurden. Es war nicht der Kriegsaspekt und auch nicht der Fakt, dass sie unterdrückt sind, der mich für sie begeistert. Ich hege keine Sympathie für Terror, für männlich geprägte Kämp-fe. Ich stehe hinter der gesellschaftlichen Vision von Rojava.«

Doch ist keine politische Utopie ohne Fehler: Im selben Jahr, in dem Rech erst-mals Rojava bereiste, warfen Amnesty und Human Rights Watch der kurdischen YPG-Miliz Menschenrechtsverletzungen vor, wie ethnische Vertreibungen und schlechte Behandlung von Gefangenen.

Er habe sich sehr wohl mit den Vorwürfen auseinandergesetzt, sagt der Zeichner. Auch vor Ort habe er versucht, kritisch zu bleiben. Insgesamt habe er jedoch den Eindruck gehabt, dass man sich strenge ethische Regeln für den Umgang mit Ge-fangenen gegeben habe. »Es gab in der Kriegssituation sicher Racheakte und un-verhältnismäßige Bestrafungen«, räumt er ein. »Aber ich habe auch große Bemü-hungen gesehen, Exzesse zu vermeiden.«

Der Autor spendet sämtliche Einnah-men aus den Buchverkäufen an die kurdi-sche Gemeinde. Viele Menschen, die er in Rojava kennen gelernt hat, sind inzwi-schen unter dem türkischen Bombarde-ment gestorben, viele freiwillige Hel-fer*innen aus anderen Ländern sind ab-gereist. Es herrsche »Verzweiflung und Lethargie«, sagt Rech. Im Nordirak sieht es nicht besser aus. Der Zeichner und sei-ne Freund*innen sammeln dennoch wei-ter Spenden, organisieren Solidaritäts-konzerte und werben für die Idee des de-mokratischen Föderalismus, von der sie nach wie vor überzeugt sind.

Doch auch in Italien ist die Situation schwierig: »Seit Melonis Wahlsieg liegt die Linke am Boden«, stellt er fest. »Es gibt kein Konzept mehr, keine gemeinsa-men Werte.« Als politisch engagierter lin-ker Künstler ist Rech ins Visier der post-faschistischen Regierung geraten. Die Ju-gendorganisation von Georgia Melonis

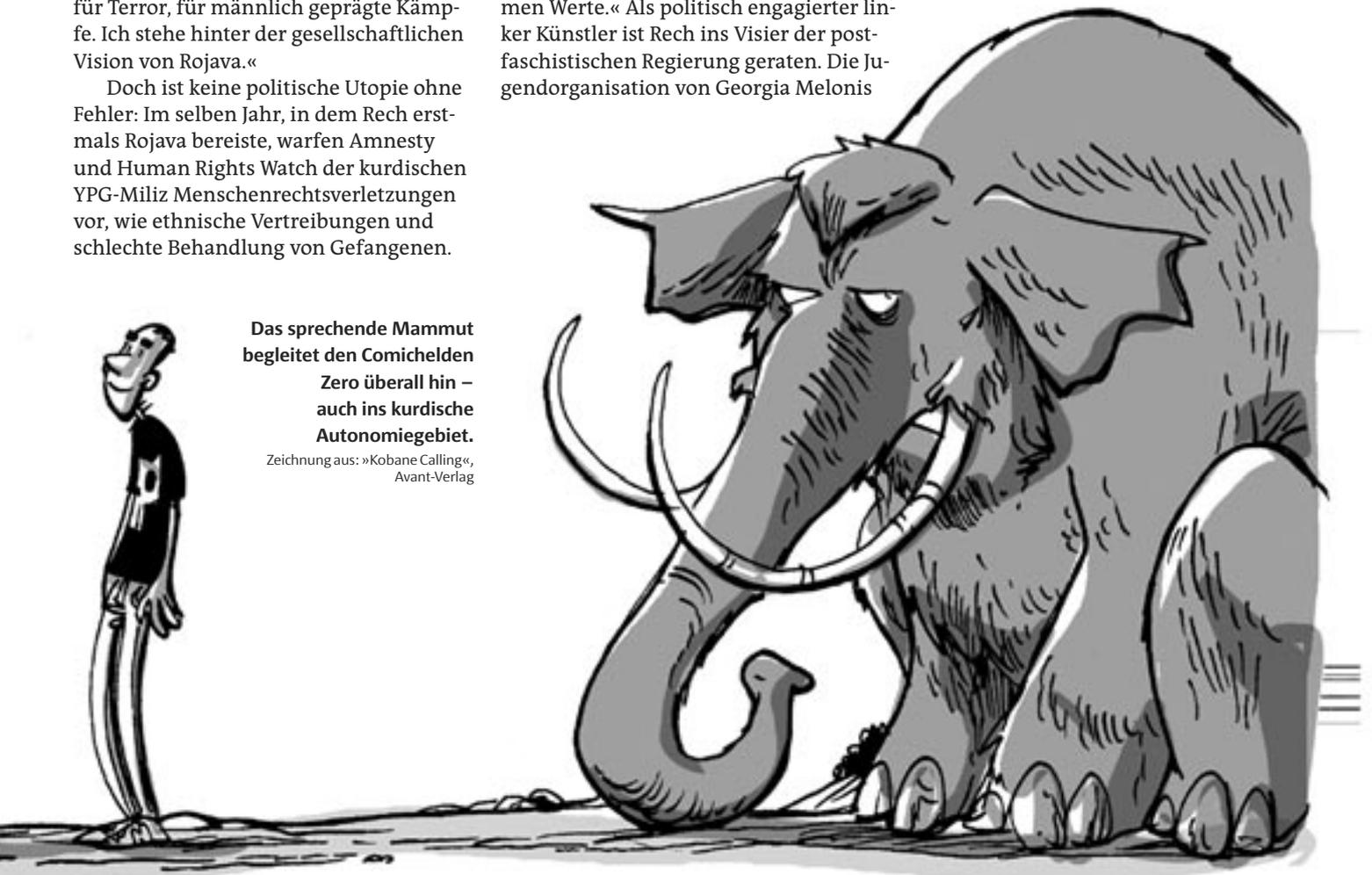
»Ich hege keine Sympathie für männlich geprägte Kämpfe.«
Michele Rech

Partei Fratelli d'Italia verteile Hetz-Flyer auf Schulhöfen mit seinem Konterfei, erzählt er. Gefährdet fühle er sich nicht, Sorgen bereite ihm etwas anderes: Er zeigt einen Screenshot auf seinem Handy. Darauf sind Embleme zu sehen, die op-tisch an das NS-Regime erinnern. »Jugend im Schützengraben« nennt sich eine Dis-kussionsveranstaltung, an der ein Jugend-vertreter der Fratelli teilnimmt. »In Deutschland wäre das undenkbar, aber in Italien tut man so, als ob nichts wäre!«, ruft Michele Rech und zieht die dicken Augenbrauen zusammen, bis er wieder Zero ähnelt.

Als welches Tier würde er Meloni zeichnen? Wieder huscht seine Hand übers Zeichenpapier. Schon nach weni-gen Strichen ist das Tier zu erkennen – ein Chamäleon. ♦

Das sprechende Mammut begleitet den Comichelden Zero überall hin – auch ins kurdische Autonomiegebiet.

Zeichnung aus: »Kobane Calling«, Avant-Verlag





Beherrscht die Kunst der Inszenierung:
Mari Katayama in »you're mine#001«.

Da fehlt gar nichts

Mari Katayama ist die wohl bekannteste Künstlerin Japans, die eine körperliche Behinderung hat. Indem sie diese ins Zentrum ihrer Werke stellt, ist sie auch eine Kämpferin für Gleichheit. **Von Felix Lill**

Mari Katayama erinnert sich noch gut an den Anruf eines Google-Vertreters: »Sie sind doch behindert, oder?«, habe der PR-Verantwortliche des Techkonzerns als Erstes gefragt. Das war noch im vergangenen Jahrzehnt. Katayama, heute 36 Jahre alt, hatte mit ihren ersten Ausstellungen in Japan bereits einiges Aufsehen erregt. Für 2020, als in Tokio die Olympischen und Paralympischen Spiele stattfinden sollten, suchte Google offenbar nach einem Postergirl für eine Werbekampa-

gne, die das Unternehmen fortschrittlich darstellen sollte.

Mari Katayama hätte sich freuen können: Kein Ereignis rückt Menschen mit einer Behinderung so in den Vordergrund wie die Paralympischen Spiele – zumal mit einem Werbepartner wie Google. Aber die junge Frau lehnte ab und legte auf: »Für die mache ich keine Kampagne«, erklärte sie später. Sie habe Wichtigeres zu tun als mit Leuten zusammenzuarbeiten, die sie auf ihre Behinderung reduzierten. Zumal: Wer mit so einer Frage ins Gespräch einsteige, habe vermutlich noch keines ihrer Kunstwerke gesehen.

Heute dürfte ein Großteil der Bevölkerung in Japan zumindest einmal ein Bild

von Mari Katayama vor Augen gehabt haben. Denn sie fungierte nicht nur als Gesicht der renommierten Tokioter Ausstellung »Roppongi Crossing«, sondern stellte ihre Fotografien auch in vielen weiteren japanischen Museen und Häusern im Ausland aus, so in der Londoner Tate Modern oder im Pariser Maison Européenne de la Photographie. All das, obwohl sie eine Behinderung hat. Oder weil sie eine hat?

»Ich finde meinen Körper lustig«, sagt Katayama im Gespräch und muss lachen. Beim Blick auf ihre Fotos kann man so einen Satz schnell verstehen: Mal inszeniert sie sich in ihren Selbstporträts wie ein Krakenwesen am Strand, garniert mit

Tentakeln aus Stoff am Körper. Dann wieder zieht sie, wie eine Femme fatale in Strapsen, lasziv an einer Zigarette. Ebenso schnell wie der betrachtende Blick die Erotik erkennt, springen auch die Beinprothesen unterm Netzstoff ins Auge. Alles ist harmonisch. Mari Katayama beherrscht die Kunst, sich zu inszenieren, mit ihrem Körper zu spielen.

Das gilt auch für ihr bekanntestes Foto »you're mine #001«: Da räkel sich Katayama im Negligé auf weißen Laken, ihr kühler Blick und ihr kantiger Haarschnitt lenken die Aufmerksamkeit auf ihr Gesicht. Aber man blickt auch auf ihre Beinstümpfe, die ohne Prothese daliegen. »Ich stelle das dar, was ich durch meinen Körper erlebe«, sagt sie. Das Bild überrascht, weil es nicht viele Künstler*innen gibt, die ihren Körper mit einer sichtbaren Behinderung auf erotische Weise darstellen.

Mari Katayama hat damit Erfolg. Simon Baker, der als Kurator in der Tate Modern arbeitete, sagte über Katayama: »Ihre Bilder kommunizieren auf ganz eigene Weise. Da spricht diese unglaublich starke Stimme.« Natsumi Araki, die Kuratorin des Mori Art Museums in Tokio, sieht in Katayamas Werken »die Schönheit des Verlusts«. Die Künstlerin selbst sagt: »Man muss lernen, mit seinen eigenen Besonderheiten klarzukommen. Sonst hat man ein Problem.«

Ihre Besonderheiten sind populär geworden. Katayama ist jedoch viel mehr als eine originelle Künstlerin. Schon ihre Ablehnung der Google-Anfrage bewies, dass sie auch in gesellschaftspolitischen Kategorien denkt. Katayama erhebt den Zeigefinger gegen Diskriminierung – auf subtile Weise. Denn Fragen der Ästhetik

und die Dekonstruktion von Schönheitsidealen sind gerade in Zeiten von Instagram höchst politisch.

Katayama gelingt es, mit ihrer Kunst so zu überraschen, dass der Betrachter schon im Moment des Anblicks etablierte Idealvorstellungen verwirft. Braucht man Füße oder Waden, um sexy zu sein? Und wenn man einen sexy Körper haben kann, ohne über einige meist als wesentlich angesehene Körperteile zu verfügen – ist dann nicht grundsätzlich alles möglich? »Man muss an sich glauben«, sagt die Künstlerin. Sonst tue es niemand.

Nähen gegen das Mobbing

Mari Katayama lernte das früh in ihrem Leben. Als Schülerin wurde an ihr eine Tibiale Hemimelie entdeckt, eine angeborene Unterentwicklung der Schienbeine sowie ihrer linken Hand. Mit neun musste Mari entscheiden, ob sie ihr Leben im Rollstuhl verbringen oder sich die Beine amputieren lassen würde. »Für mich war das klar. Nur mit der Amputation würde ich eines Tages wieder laufen können.« Nur hatte sie damit nicht nur ihre Beine verloren, sondern auch viele Freund*innen. Sie wurde zum Ziel von Mobbing.

Weil es im ländlichen Japan der 1990er Jahre, wo sie aufwuchs, keine inklusiven Kleidungsgeschäfte gab, lernte Mari schon als Kind das Nähen. »Meine Klamotten haben meine Mutter und ich gemeinsam hergestellt.« Mari fertigte ihre eigenen Kuscheltiere und Kissen, auch Imitationen ihrer Beine, die sie nicht mehr hatte und Entwürfe von Schuhen, die sie theoretisch nicht mehr brauchte. Eines Tages, in der Anfangszeit der Online-Netzwerke, postete die Pubertierende auf der Plattform MySpace ein

»Ich finde meinen Körper lustig.«

Mari Katayama

Foto. Um den Maßstab ihrer Näherzeugnisse zu zeigen, stellte sie sich in ihrem Kinderzimmer selbst mit ins Bild. Die Beinstümpfe waren sichtbar, die Prothesen daneben abgestellt. Die Reaktionen, die von Verwunderung bis Begeisterung reichten, bezogen sich weniger auf ihre genähten Kuscheltiere als auf die Bildkomposition, in der Mari die Hauptperson war. Ihr wurde klar, dass ihr Aussehen kein Makel sein müsse. Und dass sie nicht versuchen sollte, überkommenen Schönheitsidealen zu entsprechen.

Gerade in Japan ist diese Erkenntnis von großer Bedeutung – längst nicht nur für Personen, die eine Behinderung haben. »Normal« sein, nicht aus der Masse herausstechen, gilt in dem Land als wichtige Tugend. Das motiviert einerseits nicht unbedingt zu Höchstleistungen, gibt aber andererseits einen starren Rahmen vor, was Aussehen, Verhalten, Herkunft und weitere persönliche Merkmale betrifft. Doch das über lange Zeit dominante Narrativ von Japan als »homogener Gesellschaft«, in der sich alle ähnlich sind, hat in den vergangenen Jahren an Überzeugungskraft verloren.

Weil die Gesellschaft altert und das Land aufgrund des zunehmenden Arbeitskräftemangels dringend auf Einwanderung angewiesen ist, betonen Unternehmen und Politiker*innen nun vermehrt den Wert von Vielfalt. Im Zuge der Olympischen und Paralympischen Spiele, die inmitten der Pandemie erst 2021 stattfanden, lancierten die Veranstalter eine große Kampagne unter dem Motto »Einheit in Vielfalt«. Seither ändert sich in Japan tatsächlich einiges. Personen mit Behinderung sind heute etwas häufiger in den Medien zu sehen als früher. Zumindest in der Hauptstadt Tokio wurde die Infrastruktur barrierefrei ausgebaut, Diskussionen über Anti-Diskriminierungsgesetze werden häufiger geführt. Hat Mari Katayama jemals bereut, nicht ein Gesicht der Paralympischen Spiele geworden zu sein? Die Künstlerin winkt ab. Sie sei stolz, dass sie so ein Event nicht brauche, um ihre Kunst bekannt zu machen. Denn von Diversität sprachen ihre Werke schon lange, bevor sich in Tokio irgendwer eine PR-Kampagne ausdachte. ♦



Die Künstlerin spielt mit Erotik: Braucht man Füße oder Waden, um sexy zu sein?

Wo die Häuser Safran tragen

Kavi Singh und andere H-Pop-Stars verbreiten singend und tanzend Propaganda für den indischen Premierminister Modi und säen Hass gegen Minderheiten. **Von Thomas Winkler**



Modi nimmt die Huldigungen seiner Anhänger*innen entgegen und betet im Tempel. Modi trifft ausländische Politiker*innen, schreitet würdevoll in Zeitlupe auf grünen und roten Teppichen. Modi vor schneebedeckten Gipfeln, Modi vor Blumenrabatten. Fünfeinhalb Minuten YouTube, fünfeinhalb Minuten Modi, Modi, Modi – und über allem weht die indische Flagge. Was aussieht wie ein offizieller Wahlwerbespot für die BJP, die hindunationalistische Regierungspartei des indischen Premierministers Narendra Modi, ist – zumindest vorgeblich – ein Videoclip für einen scheinbar harmlosen Popsong.

Der hat es aber in sich. Die Sängerin Kavi Singh schwört mit »2024 Main Modi Ko Lana Hai« ihre Hörer*innen unverblümt darauf ein, bei der kommenden Parlamentswahl Modi für eine dritte

Amtszeit zu wählen. Dauerlächelnd besingt Singh die Leistungen des Premiers: Ihm sei es zu verdanken, dass Indiens Ansehen in der Welt gestiegen sei, dass der Sonderstatus von Kaschmir endlich beendet sei, dass Muslim*innen nicht mehr aufmuckten und Pakistan wieder Respekt habe. Unter seiner Führung werde Indien zum »Guru«, zum Lehrer, der ganzen Welt aufsteigen.

Die 27-jährige Kavi Singh ist mit mehr als 100 Millionen Aufrufen auf YouTube und Millionen Follower*innen in den Online-Netzwerken einer der größten Stars des H-Pop. Das »H« steht für »Hindutva«, die Ideologie hinter der Modi-Regierung, die in Indien die Rechte der angeblich von Minderheiten wie Muslim*innen und Christ*innen unterdrückten Hindus wiederherstellen und im säkularen Indien einen Gottesstaat errichten will. Treibende Kraft dieser Ideologie sind radikalreligiöse Organisationen wie der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS). Die mit mehr als fünf Millionen Mitgliedern größte Graswurzelorganisation der Welt agiert

wie eine Mischung aus Kulturverein, Heilsarmee und SA. Der RSS leistet einerseits wertvolle Arbeit vor Ort, schüchtert die Bevölkerung aber mit martialischen Aufmärschen ein, betreibt Schulen und fördert Wissenschaft in seinem Sinne. Der Mahatma-Gandhi-Attentäter Nathuram Godse war RSS-Mitglied. Die Regierung in Delhi, so heißt es, bekommt ihre Anweisungen aus dem RSS-Hauptquartier in Nagpur, der Stadt am geografischen Mittelpunkt Indiens.

Die Führer der RSS halten sich raus aus dem politischen Tagesgeschäft, aber sie bestimmen den alltäglichen Diskurs; vor allem mithilfe ihrer verschiedenen Massenorganisationen für Frauen, Student*innen, Bäuerinnen und Bauern und nahezu jede gesellschaftliche Gruppe, aber auch zunehmend mit kulturellen Mitteln. Entstanden ist ein »Hindutva-Ökosystem«, das der Journalist Kunal Purohit in seinem aktuellen Buch »H-Pop – The Secretive World of Hindutva Pop Stars« beschreibt. Exemplarisch schildert Purohit die Karrieren des Journalisten

und Verlegers Sandeep Deo, des Dichters Kamal Agney und der Sängerin Kavi Singh.

Singhs Lieder heißen »Mein geliebtes Indien« oder ganz unverblümt »Hindutva«. »Das Schwert hat eine Safranfahne« ist ein kaum verhohlener Aufruf zur Gewalt im Namen der Hindunationalisten, deren Farbe das Safran-Orange ist. Der Safran-Pop, wie das Genre auch genannt wird, verbreitet systematisch Verschwörungstheorien wie die vom »Love Jihad«, den eins von Singhs erfolgreichsten Stücken schon im Titel trägt. Diese Propagandalüge behauptet, dass muslimische Männer systematisch und massenweise Hindufrauen verführten, zum Übertritt zum Islam zwingen und dann sitzen lie-

Ein anderer H-Pop-Star heißt Laxmi Dubey. Die Sängerin aus Bhopal im Bundesstaat Madhya Pradesh fordert: »Alle Häuser sollen Safran tragen.« Im dazugehörigen Video sind vor allem Aktivist*innen des RSS zu sehen, die fahnen-schwingend durch die Stadtviertel paradieren. Dubey ist so etwas wie die militante Ausgabe von Kavi Singh. Während Singh nicht klar benannten Verräter*innen diffus mit Vertreibung droht, geht es bei Dubey konkret und durchaus blutig zu: Wer Ram nicht huldigt, wird einen Kopf kürzer gemacht. Auch Dubey pflegt enge Verbindungen zur Regierungspartei: Sie nennt Modi in ihren Liedern »Retter der Nation« und ging 2019 für ihn auf Wahlkampf-tour.

»Indien gehört den Hindus.« Prem Krishnavanshi

Computer zusammengeschaubt und so simpel, dass die Botschaft auch noch ankommt, wenn man sie auf einem chinesischen Billighandy abspielt. Finanziell lohnt sich das im weltweit größten Markt von YouTube mit seinen 450 Millionen User*innen – für die Musiker*innen, aber auch für die Videoplattform, die entsprechend lax gegen die Hassbotschaften vorgeht. In einem Beitrag der Deutschen Welle erklärt Sandeep Acharya aus Ayod-



Dauerlächelnd besingt Kavi Singh die Leistungen des Premiers Modi und fordert den Abriss von Moscheen.

Screenshots: YouTube

ßen. Wie in den meisten von Singhs Songs werden die Muslime nicht beim Namen genannt, sondern nur mit einem ausschließenden »die« bezeichnet. Klassisches Othing, wer gemeint ist, bleibt dabei immer klar. Wie bei allen Populist*innen der Welt ist auch hier das Schüren einer möglichst unbestimmten Angst zentral: »Wenn du jetzt nicht aufwachst«, singt Singh, »wirst du für immer schlafen.«

Gesungener Aufruf zur Gewalt

Singh ist mittlerweile so erfolgreich, dass sie im Auftrag der BJP Wahlwerbung für Modi macht. Auf den Screenshots ihres YouTube-Kanals prangt wie ein Stempel das Symbol der BJP. Doch sie ist nur eine von Hunderten Sänger*innen, die die Einheit von Nation und Religion beschwören, mit schnell aufgenommenen Liedern Stellung zu aktuellen Ereignissen oder den kommenden Wahlen beziehen, den Abriss von Moscheen fordern oder den Bau von Tempeln zu Ehren von Ram – dem Lieblingsgott der Hindunationalisten.

Noch militanter ist Sanjay Faizabadi. Er tritt am liebsten in Tarnkleidung auf, lässt in seinen YouTube-Filmchen die indische Armee aus allen Läufen schießen und droht in seinen Texten Pakistan und China mit Krieg. Auch für ihn ist der Premierminister der Heilsbringer: »Modi ist Indien« heißt sein größter Hit.

Die Botschaften sind austauschbar, ihre Motivation ist oft unterschiedlich. Es gibt ideologisch geschulte Hindunationalisten wie den Sänger Ved Vyas, der die Jugendorganisation der BJP in seiner Heimatstadt Bikaner leitet. Aber auch einen Prem Krishnavanshi, der eigentlich in Bollywoods Filmindustrie Karriere machen wollte, sich dann aber auf gesungene Hassbotschaften verlegte und in seinem erfolgreichsten Lied verkündet: »Indien gehört den Hindus, ihr Muslims könnt nach Pakistan verschwinden.«

So radikal die Botschaften sind, so mainstreamtauglich sind die meisten H-Pop-Songs musikalisch. Ihre Melodien sind eingängig, die Rhythmen schnell im

haya, einer der radikalsten Sänger, wie er immer wieder von YouTube verbannt wird – und einfach einen neuen Kanal eröffnet.

Doch die Songs werden nicht nur millionenfach gestreamt. Sie werden auch zur Einschüchterung vor Moscheen abge-spielt, heizen die Stimmung an bei Demonstrationen. Sie sind der Soundtrack zur Unterdrückung von Minderheiten – und immer wieder auch zu Übergriffen, die Menschenleben kosten.

Dank ihrer Hitqualitäten haben die Mitsinghymnen das Hindutva-Milieu verlassen. Sie sind längst fester Bestandteil auch ganz gewöhnlicher religiöser indischer Feste, wo sie von Zehntausenden gehört werden – so verbreiten sich Fake News, Verschwörungstheorien und radikale Hindu-Ideologie auch im gesellschaftlichen Mainstream. Selten wohl hatte Popmusik einen solch weitreichenden und konkreten politischen Einfluss. ♦

Schmatzender Brokat

Die US-Autorin Annie Proulx liebt Moore und ist fassungslos über deren Zerstörung. »Moorland« ist eine sorgenvolle Liebeserklärung an eine besondere Landschaftsform, die für den Klimaschutz sehr wichtig ist. **Von Patrick Loewenstein**



Die Zerstörung riesiger Moorflächen steht für Proulx symbolisch für die Plünderung der Welt im Namen des Fortschritts.

Foto: Frieder Blickle / laif

Mit ihrer Mutter teilt sie das Gefühl, im Moor »in eine komplexe Welt seltsamer Überraschungen und schauriger Schönheit einzutauchen«. Erregt betritt Annie Proulx in ihrer ersten Erinnerung »ein bebendes Büschel«. Ihr Sujet wird bildhaft mal als »schmatzender Brokat«, mal als »schimmelige Lasagne« geschildert.

Mit großer Sorgfalt beschreibt die US-Autorin (»Schiffsmeldungen«) in ihrem neuen Buch »Moorland« die vielen Facetten von Nieder-, Hoch- und Waldmooren verschiedener Kontinente. Autobiografische Szenen folgen detaillierte Schilderungen von Flora und Fauna der artenreichen und einzigartigen Feuchtbiotope. Proulx widmet sich erdgeschichtlicher Entstehung und systemischen Zusammenhängen des »wimmelnden interaktiven Zoos« ebenso wie der Mystik. Ergänzt durch unzählige Zitate aus der Moor-Rezeption in Kunst und Wissenschaft von Dante und Tacitus bis Thoreau und Darwin.

Seit der Steinzeit war das Moor für die Menschheit ein reicher Lebensraum, hatte aber ein eher schlechtes Image. Für die »Hochländer« war es ein Ort von »Nebel und üblen Ausdünstungen« sowie der Armut. Das wandelte sich radikal, als man entdeckte, dass trockengelegte Moore die »ertragreichsten Böden der Welt« sind. Die oft unumkehrbare Zerstörung riesiger Moorflächen steht symbolisch für die »Plünderung der Welt« im Namen des (kapitalistischen) Fortschritts. Darum ist für Proulx »das Glück beim Betrachten von Landschaften und unberührter Natur zunehmend mit Schmerz verknüpft«. Mehrfach weist sie in diesem Zusammenhang auf die immens wichtige Rolle der Moore als CO₂- und Methan-Speicher im Kampf gegen die Klimakrise hin.

Proulx fasziniert, dass Moore »sich ständig verändern« und so »den Schock des Wandels abfedern können«. Aber nur bis zu einem gewissen Punkt, denn sie haben »über Generationen hinweg all ihre Kämpfe« verloren. Dem Verlust der Moore vor allem durch die maschinisierte Landwirtschaft folgte innerhalb weni-

ger Generationen »das Vergessen des dazugehörigen Vokabulars« und somit jahrtausendealten Wissens. Sie beklagt in diesem Zusammenhang auch das mangelnde Harmonieverständnis der westlichen Welt: »Wir erkennen die langsamen Metamorphosen der Natur nicht, weil wir uns von ihr gelöst haben«, denn »die Stunden und Tage eines Moores sind Jahrhunderte und Jahrtausende«.

Am Ende gibt sich die Autorin versöhnlich. »Es ist gut, sich daran zu erinnern, dass unsere alte Erde sich (...) ständig verändert hat.« Sie wünscht sich, dass ihre Leser*innen zumindest an »geistiger Flexibilität« gewinnen mögen. Durch die elegante Mischung aus Tatsachen und Subjektivität schafft die Pulitzer-Preisträgerin in »Moorland« die selten gelungene Verbindung von Wissenschaft, Kulturgeschichte und Belletristik. Ein gutes und wichtiges

Buch zur richtigen Zeit. ♦



Annie Proulx: Moorland. Aus dem Englischen von Thomas Gunkel. Luchterhand, München 2023, 254 Seiten, 24 Euro

BÜCHER

Plattenbau mit Radio

»Die Entwurzelten« werden in Bosnien jene genannt, deren Lebenswerk infolge von Kriegstraumata und Flucht unterbrochen oder gar zerstört wurde. So erging es auch der Mutter des Schriftstellers Tijan Sila. Die einst stolze Universitätsdozentin wurde psychisch krank und ging daran zugrunde. Jahrzehnte später verarbeitete Sila sein Leben im Krieg, das auch ihn immer wieder in Albträumen heimsuchte und zu einem reizbaren Choleriker machte, zu einem literarischen Text.

Im Vordergrund von »Radio Sarajevo« stehen aber weder das Kriegsgeschehen und seine Vorgeschichte noch die Flucht seiner Familie nach Deutschland. Das wäre eine ganz »andere Geschichte«, deutet Sila an. Stattdessen wählte der 43-jährige Schriftsteller einen kurzen Ausschnitt seiner Kindheit in einer Plattenbausiedlung am Rand von Sarajevo, während der Belagerung der Stadt. Den emotionalen Kern dieser Zeit schildert Sila in einer feinfühligem und zugleich trockenen, direkten Sprache.

»Radio Sarajevo« folgt keinem linearen Erzählmuster. Ereignisse, Dialoge und zwischenmenschliche Konstellationen werden häufig nur bruchstückhaft wiedergegeben und sind im Text verstreut. Zu Silas Alltag als Junge gehörten neben Kälte, Mangelversorgung und prügelnden Eltern auch die internationale Pop- und Rock-Musik der 1990er Jahre. Der Titel »Radio Sarajevo« verweist daher nicht nur auf eine damals zentrale Informationsquelle, sondern auch auf den individuellen Sound des Zehnjährigen.

Tijan Sila gelingt es, die Sozialisationsbedingungen in einer von toxischen Autoritätspersonen und Gruppendynamiken geprägten Gesellschaft so zu schildern, dass der Bosnienkrieg als Fortsetzung einer allgemeinen gesellschaftlichen Brutalisierung und Abstumpfung erscheint, er in seiner Besonderheit aber nicht unkenntlich wird. »Radio Sarajevo« ist komplex, lehrreich und humorvoll – und daher unbedingt lesenswert.



Tijan Sila: Radio Sarajevo.
Hanser, Berlin 2023, 175 Seiten,
22 Euro

Unterwegs im Niemandsland

Safi, Ruhi, Omid, Melika und Olena – das sind die Namen der Menschen, die Isabel Schayani in ihrem neuen Buch ausführlich zu Wort kommen lässt. Ihre Lebensgeschichten sind unterschiedlich, doch bewegen sich alle fünf im Niemandsland der Fluchtrouten – in der Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit und Freiheit. Und sie alle wollen nach Deutschland.

Auf der Grundlage biografischer Interviews beschreibt die von Amnesty International im Jahr 2022 mit dem Marler Medienpreis Menschenrechte ausgezeichnete Journalistin die Lebensumstände ihrer Protagonist*innen zum Teil sehr detailliert. Dass dies auch dazu dienen soll, den Geflüchteten, die so häufig als anonyme Masse dargestellt werden, ein Gesicht zu geben, legt Schayani transparent dar. Immer wieder finden sich im Buch Einschübe, in denen sie ihre Rolle als Interviewerin, die mit den Geflüchteten in Kontakt tritt, reflektiert.

Safi, Ruhi, Omid, Melika und Olena werden weder als politisch-widerständig romantisiert noch als Opfer ohne Handlungsmacht und eigenes Denkvermögen dargestellt. Das tut gut, doch persönlich nah kommt man den fünf Asylsuchenden auf den knapp 300 Buchseiten nicht. Zudem bleibt unklar, worum es sich bei »Nach Deutschland« handelt: um eine Reportage, eine Sammlung biografischer Porträts oder um eine Hintergrundanalyse, die konkrete Politikveränderung bewirken will?

Die Hintergründe etwa zur Bahai-Religion oder zu afghanischen Flüchtlingen im Iran sind allesamt lesenswert. Vieles davon ist hierzulande kaum bekannt, und gerade die Minderheiten im Nahen Osten werden häufig ignoriert. Dennoch lässt einen die Lektüre von »Nach Deutschland« etwas ratlos zurück. Das liegt an der frustrierenden Asylpolitik in Deutschland und Europa sowie am weltweiten Anstieg der Fluchtursachen, aber auch an der Darstellung dieser Zusammenhänge im



Isabel Schayani: Nach Deutschland. Fünf Menschen. Fünf Wege. Ein Ziel. C. H. Beck, München 2023, 319 Seiten, 26 Euro

Schützende Norm

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes ist Grund- und Leitsatz für ein friedliches und demokratisches Miteinander in Deutschland. 2024 wird unsere Verfassung 75 Jahre alt. Angesichts der aktuellen Ereignisse und politischen Entwicklungen sind die darin verankerten Rechte und Werte umso wichtiger und schützenswerter. So kommt das von Christine Olderdissen und Milla Olderdissen geschriebene Sachbuch genau zur rechten Zeit.

Die Juristin, die heute als Journalistin arbeitet, und ihre 18-jährige Tochter zeigen darin vor allem eines: Das Grundgesetz ist kein abstraktes, weltfremdes Konstrukt, sondern beeinflusst das Leben jeder und jedes Einzelnen unmittelbar. Die Grundrechte zählen und gelten immer, egal ob es um Generationengerechtigkeit (etwa beim Klimaschutz), politische Mitbestimmung, unbefugt gesprühte Graffiti, Beiträge in der Schülerzeitung, Mobbing im Klassenchat, Gewalt in der Familie, Ungleichbehandlung, Selbstbestimmung, das Asylrecht oder um die Privatsphäre geht.

Neben allgemeinen Informationen zum Grundgesetz und kurzen, verständlich formulierten Erklärungen zu Artikel 1 bis 19 zeigt »Jede*r hat das Recht« anhand konkreter Fallbeispiele, was Grundrechte bedeuten, wie sie ausgelegt und angewendet werden. Das Buch erklärt auch, dass sich das Verständnis mancher Grundrechte in den vergangenen 75 Jahren gewandelt hat: Einzelne Artikel wurden verändert oder ergänzt. Im Zusammenspiel mit Wiebke Kubitzas Illustrationen, die die Kapitel einleiten, bietet dieses Sachbuch Jugendlichen wie Erwachsenen eine niedrigschwellige und fundierte Möglichkeit, sich mit den Grundrechten zu beschäftigen.



Christine Olderdissen, Milla Olderdissen und Wiebke Kubitzas: Jede*r hat das Recht. Fälle, Fakten und Gedanken zum Grundgesetz. Gabriel, Stuttgart 2023, 192 Seiten, 15 Euro. Ab 12 Jahren



Die Brigade ist gern politisch: »Es ist spät in Europa, es ist spät auf der Welt/Und die Leute in Europa, die zählen ihr Geld«. Foto: Beat Halberschmidt

Bläser for future

Mit detailverliebten und tanzbaren Bigbandsounds bringt die Brigade Futur III Gesellschaftskritik zurück in den Jazz. **Von Thomas Winkler**

Ab und zu ist das Kleine Latinum hilfreich. »Privatisierung kommt von private«, doziert der verstorbene Politiker Hermann Scheer, »private ist ein lateinisches Wort, das heißt: berauben.« Unter dem Redeausschnitt mit anti-kapitalistischer Botschaft liegt ein schmusiger Rhythmus, der auch zu einem 70er-Jahre-Softporno passen würde. Das hier ist schließlich kein Proseminar, sondern das neue Album der Brigade Futur III.

Die Brigade Futur III ist eigentlich eine Jazzband. Benjamin Weidekamp, Elia Rediger, Jérôme Bugnon und Michael Haves spielen mit Klängen, mit denen Duke Ellington oder Count Basie einst den Jazz zur Massenunterhaltung machten. Die vier Musiker, die sich in Berlin gefunden haben, arbeiten am liebsten im großen Bigbandformat, ihre Bläserarrangements sind raffiniert, der Groove ist jederzeit tanzbar, auf der Bühne tragen sie gern einheitliche Anzüge.

Es soll ja noch Menschen geben, die beim Stichwort Jazz an in sich gekehrte

Musiker*innen und verrauchte Kellerclubs denken. Doch fast so alt wie das Nikotinverbot in der Gastronomie ist der Ausbruch des Jazz aus seinem Elfenbeinturm. Seit er sich nicht mehr in Klischees gefallen muss, verleiht er sich die Geschichte der populären Musik ein, während er politische und gesellschaftliche Relevanz zurückgewinnt. Was alles möglich ist auf diesem neuen, sehr weiten Feld, das demonstriert hierzulande kaum jemand so fantasievoll und detailverliebt wie die Brigade Futur III.

Auf dem neuen Werk »Ein bisschen Zeit haben wir ja noch«, das wieder in Zusammenarbeit mit der Leipziger Big Band Spielvereinigung Sued entstanden ist, verliert sich die Brigade mal in polyrhythmisch vertrackten Exkursionen in die Jazzvergangenheit, dann legt sie einen Breitbandsound mit der Macht der 18-köpfigen Big-Band-Besetzung auf, macht Absteher in den Rap und schreckt auch nicht vor Lärm oder kleinen Witzen aus der Neuen Musik zurück – anstrengend darf ruhig auch mal sein. Denn was in der Welt gerade los ist, das ist, untypisch für den Jazz, ausdrücklich auch Thema bei der Brigade Futur III.

Banken müssen gerettet werden, das Klima geht baden, die Demokratie funktioniert nicht mehr, bald ist alles KI, Teenager kleben sich auf die Straße, und in Japan gehen sie nicht mal mehr aus ihrem Zimmer: All das findet Raum auf »Ein bisschen Zeit haben wir ja noch«. Im Stück »Europa«, das sich auf Hanns Dieter Hüschs »Volkslied« bezieht, säuft erst der 1980er-Jahre-Hit »The Final Countdown« von Europe ab, bevor über einem nur scheinbar harmlosen Volksfestbeat die EU aufs Sterbebett begleitet wird: »Es ist spät in Europa, es ist spät auf der Welt / Und die Leute in Europa, die zählen ihr Geld.«

Dass man für einen politischen Kommentar nicht unbedingt Worte braucht, zeigt die Brigade mit drei über das Album verteilten kurzen Instrumentals. »Kippunkt 1« bis »Kippunkt 3« bringen die Selbstvergessenheit einer Menschheit, die den Ernst der Lage nicht wahrhaben



will, auf den musikalischen (Kipp-)Punkt. ♦

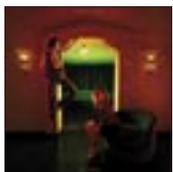
Brigade Futur III: »Ein bisschen Zeit haben wir ja noch« (WhyPlayJazz)

FILM & MUSIK

Trauerarbeit mit Gitarre

Die Hölle kennt keine Sorgen, keine Vergangenheit, sie ist nur ein Hinweisschild an einer Abzweigung, ein Pfad in die Verzweiflung. Das behaupten Sleater-Kinney in »Hell«, dem Song, mit dem ihr neues Album »Little Rope« beginnt. Das Stück ist aber auch anders lesbar: als Bestandsaufnahme einer Welt, die scheinbar blind in den Abgrund zu stolpern scheint, oder als Rückschau auf eine persönliche Agonie. Souverän die Spannung zwischen dem Privaten und dem Politischen auszubalancieren, war schon immer eine große Stärke der Band aus dem Nordwesten der USA. In den frühen 90er Jahren eine zentrale Gründungsinstanz der Riot-Grrrl-Szene, sind Sleater-Kinney mittlerweile zum Duo aus Corin Tucker und Carrie Brownstein geschrumpft.

Während sie in ihren Anfangstagen mit scharfkantigen Gitarren gegen das Patriarchat anspielten und auf ihrem letzten Album »Path of Wellness« die Pandemie, Umweltkatastrophen und »Black Lives Matter« thematisierten, verarbeiten die beiden Musikerinnen, die heute in Portland leben, auf »Little Rope« zuvorderst persönliche Verluste. 2022 kamen Brownsteins Mutter und Stiefvater bei einem Autounfall ums Leben, die Aufnahme der neuen Songs wurde zur Trauerarbeit. Das gemeinsame Schreiben, Komponieren und Arrangieren mit Tucker »fühlte sich an wie Beten«, erzählte Brownstein in Interviews. Mehr noch als die Worte, die vor allem Tucker singt, konnte sie ihrer Trauer und Wut mit ihrem Instrument Ausdruck verleihen. Die harschen Gitarren führen den Sound zurück in die Vergangenheit, als Sleater-Kinney den Sechssaiter dem männlichen Monopol entrissen. Heute sind die Riffs von Brownstein und Tucker immer noch kraftvoll, All-Girl-Bands allerdings keine Sensation mehr. Frauen beherrschen das Popgeschäft, auch ein Verdienst von Sleater-Kinney, die deshalb nun ganz selbstverständlich das Private ins Zentrum ihres Schaffens rücken können – und damit doch universell bleiben.



Sleater-Kinney: »Little Rope« (Concord/Universal)

Versteckte Mathestars

»50 Prozent schaffen es nicht auf die weiterführende Schule«, sagt der Direktor zu seinem neuen Lehrer Sergio Juárez. Der glaubt an neue Lernmethoden und ist voller Ideale, als er die sechste Klasse einer Grundschule im mexikanischen Matamoros übernimmt. Sie gilt als »Strafschule«, doch sind seine Schüler nicht dumm, sondern nur daran gewöhnt, dass den Lehrkräften ihr Schicksal egal ist. Der Schulrat etwa steckt sich das Geld für die Digitalisierung der Schule in die eigene Tasche.

Ein Mädchen haust im Müllberg, ein Junge macht gerade eine Ausbildung – bei einer Drogengang. Zynismus und Depression haben sich unter den Kindern breit gemacht. Doch Juárez weiß seine Schüler*innen zu begeistern. Nach und nach kommt er den heimlichen Superstars auf die Spur. Die stille Paloma ist ein Mathe- und Physik-Ass; aus Schrott hat sie ein astronomisches Fernrohr gebastelt. Als ihr Schulfreund Nico hineinschaut, sagt sie: »Siehst du, da will ich hin.« Zu sehen ist die Basis von Elon Musks »Space X«-Startrampe in Texas.

Wie Matamoros Schüler*innen und Lehrer*innen das Menschenrecht auf Bildung verteidigen, ist das Thema von Christopher Zallas spektakulärem Spielfilm »Radical – Eine Klasse für sich«. Tempo- und geistreich schildert der Regisseur einen echten Fall aus dem Jahr 2012. Damals schnitt die zwölfjährige Schülerin Paloma Noyola, die aus ärmsten Verhältnissen stammte, in Mathematiktests als Beste des Landes ab. »Sie ist die nächste Steve Jobs«, titelte das US-Magazin Wired. Noyola ist heute als Bildungsbotschafterin tätig und wirbt für einen systemischen Wechsel bei der Bewertung von Kindern und Jugendlichen.

Der Film mahnt, genau hinzuschauen bei den jungen Talenten. Es liegt nicht an ihnen, wenn die Mittel für den Schulausbau nicht dort ankommen, wo sie hinsollen.



»Radical – Eine Klasse für sich«. Regie: Christopher Zalla, Darsteller: Eugenio Derbez, Daniel Haddad. Kinostart: 21. März 2024

Ausgeträumt

Sie sind Grüne, kirchlich Engagierte, Gewerkschafterinnen – und manchmal alles zusammen: Rund 15.000 Menschen begannen in den 1970er Jahren, ihre Solidarität mit der sandinistischen Revolution zu bekunden. Nachdem die nicaraguanischen Kämpfer*innen um Daniel Ortega begonnen hatten, das Regime des Diktators Anastasio Somoza zu stürzen, zog es viele junge Deutsche in das mittelamerikanische Land. Ortegas linke FSLN versprach die Revolution, von der viele träumten: Schluss mit Kapitalismus und Staatsterror, her mit Kooperativen und Solidarität. Die USA unter Ronald Reagan unterstützten den abgehalfterten Ausbeuter Somoza. Die von ihnen finanzierten und von der CIA »beratenden« Contras folterten und töteten, bis die Revolutionäre den Kampf gewinnen konnten.

Petra Hoffmann, selbst seit damals in der Nicaragua-Solidarität aktiv, hat einen Oscar-verdächtigen Dokumentarfilm über die sandinistische Revolution gedreht – mit spektakulärem Originalmaterial. »Ein Traum von Revolution« enthält viele informative Interviews mit Menschen aus Nicaragua und Deutschland, sogar einen CIA-Chef hat sie vor die Kamera bekommen.

Über allem steht die Frage: Warum wurde aus Nicaragua, das sich nach der Revolution so wundersam verwandelte, wieder ein Staat, der schon länger Züge einer Diktatur trägt – diesmal unter dem ehemaligen Revolutionsführer Daniel Ortega? Amnesty International beklagt staatliche Repressionen und Menschenrechtsverletzungen: Demonstrationen werden niedergeknüpelt, Menschen umgebracht, Oppositionelle ins Exil getrieben. Sie sagen im Film, Ortega habe sich mit den konservativen Kräften eingelassen, um seine Macht zu sichern. Aus dem Krieg gegen die eigenen Leute werde er nie wieder herausfinden.

Hoffmann spürt den Entwicklungen meisterhaft mit der Kamera nach – ein Höhepunkt des politischen Films!



»Ein Traum von Revolution«. D 2024. Petra Hoffmann. Kinostart: 21. März 2024

SCHREIBEN SIE EINEN BRIEF

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, wegen ihrer Ansichten, Herkunft oder aus rassistischen Gründen inhaftiert, ermordet, verschleppt, oder man lässt sie verschwinden. AMNESTY INTERNATIONAL veröffentlicht an dieser Stelle regelmäßig Geschichten von Betroffenen, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Internationale Appelle helfen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden. Sie können mit Ihrem persönlichen Engagement dazu beitragen, dass Folter gestoppt, ein Todesurteil umgewandelt oder ein Mensch aus politischer Haft entlassen wird. Schreiben Sie bitte, im Interesse der Betroffenen, höflich formulierte Briefe an die jeweils angegebenen Behörden des Landes.



Foto: Greg Rørdland Burick

CHINA/HONGKONG LEUNG KWOK-HUNG

Der Hongkonger Aktivist Leung Kwok-hung (auch bekannt als Long Hair) gehört zu einer Gruppe ehemaliger Abgeordneter und Aktivist*innen, die im Februar 2021 auf Grundlage des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong (NSL) angeklagt wurden. Da es sich um 47 Personen handelt, wurden die Gruppe und der Massenprozess unter dem Kürzel »HK47« bekannt. Leung Kwok-hung wird »Verschwörung zum Umsturz« vorgeworfen, weil er sich an selbstorganisierten »Vorwahlen« der politischen Opposition für die Parlamentswah-

len beteiligt hat. Im Falle einer Verurteilung droht ihm eine lebenslange Haftstrafe. Long Hair und alle übrigen HK47-Angeklagten müssen unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden, da sie nur strafrechtlich verfolgt werden, weil sie ihre Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen haben.

Bitte schreiben Sie bis 30. April 2024 höflich formulierte Briefe an den Justizminister von Hongkong und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass die strafrechtliche Verfolgung von Leung Kwok-hung beendet wird und er umgehend und bedingungslos freigelassen wird.

Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Justizminister Paul Lam Ting-kuok
Department of Justice
G/F, Main Wing, Justice Place
18 Lower Albert Road, Central, Hong Kong, CHINA
Fax: 008 52 - 39 02 86 38
E-Mail: sjo@doj.gov.hk
(Anrede: Dear Secretary Lam /
Sehr geehrter Herr Justizminister)
(Standardbrief: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Volksrepublik China
S. E. Herrn Wu Ken
Märkisches Ufer 54, 10179 Berlin
E-Mail: presse.botschaftchina@gmail.com oder
de@mofcom.gov.cn
Fax: 030 - 27 58 82 21
(Standardbrief Luftpost 20g: 0,85 €)

GAMBIA MADI JOBARTEH

Am 2. Mai 2022 beschuldigte der gambische Präsident den Menschenrechtsverteidiger Madi Jobarteh, ein »Unruhestifter« zu sein, der Gewalt ausüben und das Land niederbrennen wolle. Er gefährdete damit die Sicherheit von Madi Jobarteh, der in der Folge mehrfach online Drohungen erhielt. Am 6. Oktober 2023 drangen Geheimdienstangehörige in sein Haus ein und verhörten ihn wegen Beiträgen auf Facebook. Sie forderten ihn außerdem auf, sich bei der nächsten Polizeiwache zu melden, was Madi Jobarteh ablehnte. In den folgenden Tagen hielten sich Polizeifahrzeuge in der Nähe seines Hauses auf, bevor der Aktivist am 9. Oktober 2023 inhaftiert wurde. Bei seiner Festnahme beschlagnahmte die Polizei auch sein Telefon und das seiner Tochter. Am 15. Oktober 2023 kam Madi Jobarteh gegen eine Kaution von 100.000 Dalasi (knapp 1.400 Euro) frei und musste sich bei der Polizei melden. Am 9. November 2023 wurde er wegen aufrührerischer Absichten, Anstiftung zur Gewalt, falscher Berichterstattung und Falschinformation angeklagt. Seit dem



Foto: Amnesty

23. November 2023 liegt sein Fall bei der Generalstaatsanwaltschaft.

Amnesty International geht davon aus, dass die Anklagen ihn davon abhalten sollen, sein Recht auf Meinungsfreiheit und seine Menschenrechtsaktivitäten auszuüben.

Bitte schreiben Sie bis 30. April 2024 höflich formulierte E-Mails oder Briefe an den Präsidenten von Gambia und fordern Sie ihn auf, dafür zu sorgen, dass die grundlosen Anklagen gegen Madi Jobarteh fallen

den gesundheitlichen Problemen geführt haben. Auch María Auxiliadora Delgado und Juan Carlos Marrufo müssen dringend medizinisch untersucht werden, da sie an Erkrankungen leiden, die möglicherweise ihr Leben gefährden. Sie wurden im März 2019 festgenommen und befinden sich in einer Hafteinrichtung unter der Leitung der militärischen Spionageabwehr (DGCIM). Die Regierung von Nicolás Maduro will mit diesen und anderen politisch motivierten, willkürlichen Inhaftierungen Menschen zum Schweigen bringen, die sich gegen Unrecht und Korruption zur Wehr setzen.

Bitte schreiben Sie bis 30. April 2024 höfliche Nachrichten über das Online-Netzwerk X an den Präsidenten Venezuelas und fordern Sie ihn auf, sicherzustellen, dass Emirlendris Benítez, María Auxiliadora Delgado und Juan Carlos Marrufo unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden.

gelassen werden. Bitten Sie ihn außerdem, sicherzustellen, dass alle Einschüchterungen und Drangsalierungen von Madi Jobarteh und seiner Familie eingestellt werden, damit er seine Menschenrechtsarbeit fortsetzen kann. Sein Telefon und das seiner Tochter müssen an die Familie ausgehändigt werden.

Schreiben Sie in gutem Englisch, Französisch oder auf Deutsch an:

Präsident
Adama Barrow
President of the Republic of Gambia
No. 1 Marina Parade, Banjul
GAMBIA
E-Mail: info@op.gov.gm
(Anrede: His Excellency / Exzellenz)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Republik Gambia
S. E. Herrn Pa Musa Jobarteh
126, Avenue Franklin Roosevelt
1050 Brüssel
BELGIEN
E-Mail: info@gambiaembassybrussels.be
(Standardbrief: 1,10 €)

Bitten Sie ihn außerdem, dafür zu sorgen, dass die drei Gefangenen, solange sie noch inhaftiert sind, umgehend uneingeschränkter Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung erhalten.

Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch an:

X (Twitter): @NicolasMaduro
(Anrede: Señor Presidente / Sehr geehrter Herr Präsident)
Vorschlag X-Nachricht auf Spanisch:
#Venezuela: @NicolasMaduro, la salud de Emirlendris Benítez no puede esperar más. María Auxiliadora Delgado y Juan Carlos Marrufo también necesitan atención médica urgente. Sus vidas están en riesgo. Es su obligación garantizar su salud, integridad y libertad. #No-MásVidasDetenidas

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela
S. E. Herrn Ramon Orlando Maniglia Ferreira
Schillstraße 10, 10785 Berlin
Fax: 030-83 22 40 20
E-Mail:
embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de
(Standardbrief: 0,85 €)

VENEZUELA EMIRLENDRI BENÍTEZ, JUAN CARLOS MARRUFO, MARÍA AUXILIADORA DELGADO

Emirlendris Benítez, María Auxiliadora Delgado und Juan Carlos Marrufo sind aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert, und die Behörden verweigern ihnen die dringend notwendige medizinische Versorgung. Emirlendris Benítez wurde 2022 in einem politisch motivierten, unfairen Verfahren zu einer 30-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt und ist unmenschlichen Haftbedingungen ausgesetzt. Seit ihrer Festnahme im August 2018 erlitt sie Folter, geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung. Sie muss dringend operiert werden, weil die schweren Menschenrechtsverletzungen zu gravieren-

Briefentwürfe auf Englisch und Deutsch finden Sie unter www.amnesty.de/briefe.

Sollten Sie eine Antwort auf Ihr Appellschreiben erhalten, schicken Sie sie bitte an: info@amnesty.de

AMNESTY INTERNATIONAL

Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-42 02 48-0,
Fax: 030-42 02 48-488
E-Mail: info@amnesty.de,
www.amnesty.de

»Es bleibt noch viel zu tun«

Mehr als zwei Wochen lang verhandelten Staats- und Regierungschef*innen bei der Weltklimakonferenz (COP28) in den Vereinigten Arabischen Emiraten, um Antworten auf die Klimakrise zu finden. **Tina Taylor-Harry**, Klimaaktivistin und Amnesty-Mitglied, nahm an der Konferenz in Dubai teil und berichtet, inwiefern zivilgesellschaftliche Stimmen Einfluss nehmen konnten.

Interview: Ralf Rebmann

Du hast im Dezember am Weltklimagipfel in Dubai teilgenommen. Wie waren deine Eindrücke?

Der Veranstaltungsort war beeindruckend. Ich hatte fast den Eindruck, dass man von der Tatsache ablenken wollte, dass die Vereinigten Arabischen Emirate als Gastgeber der Klimakonferenz ein großer Ölproduzent sind. Während der Konferenz hatte ich die Gelegenheit, an vielen Veranstaltungen und Treffen teilzunehmen. Dazu gehörten Podiumsdiskussionen, Workshops, Pressekonferenzen, Vorbereitungstreffen und Verhandlungen.

Wie war die Zusammenarbeit mit anderen Aktivist*innen?

Ich habe einen Einblick bekommen, wie vielfältig die Zusammenarbeit im weltweiten Einsatz für den Klimaschutz sein kann. Es war ein Privileg, Klimaaktivist*innen aus der ganzen Welt zu treffen und mich mit ihnen über viele Fragen auszutauschen. Welche Strategien verfolgen sie in ihren Ländern, um die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen? Vor welchen Herausforderungen stehen sie? Ihre Erfahrungen und ihr Enthusiasmus, Lösungen für dieses globale Problem zu finden, haben bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen.

Welche Bedeutung hat die am ersten Konferenztag getroffene Entscheidung, einen Hilfsfonds (»Loss and Damage«) für die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder einzurichten?

Die Einrichtung dieses Hilfsfonds ist ein deutliches Zeichen der weltweiten Einigkeit und der kollektiven Verantwortung bei der Bewältigung der Klimakrise. Generell ist die Entscheidung, einen Hilfsfonds für die vom Klimawandel betroffenen Länder einzurichten, ein entscheidender Schritt, um der Dringlichkeit und Schwere der globalen Klimakrise zu be-



Tina Taylor-Harry ist Klimaaktivistin und Mitglied der Amnesty-Themengruppe Klima-krise und Menschenrechte (amnesty-klima-krise.de). Sie studierte Sustainability, Society and the Environment. Die negativen Auswirkungen fossiler Energiegewinnung auf die örtliche Bevölkerung hat sie in ihrer Kindheit und Jugend im Nigerdelta erlebt. Vor der COP28 hatte sie sich bereits auf der Bonner Klimakonferenz (UNFCCC) unter anderem für einen gerechten Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien (Just Transition) und indigene Rechte eingesetzt.

Foto: privat

gegen. Der nächste entscheidende Schritt wird die Umsetzung sein, um die von Umweltzerstörung betroffenen Länder finanziell besser zu unterstützen.

Wie beurteilst du die Ergebnisse des Klimagipfels? Vor allem im Hinblick auf die Vereinbarung, die einen »Übergang weg von fossilen Energien« für Staaten vorsieht?

Der Klimagipfel hat sowohl positive als auch negative Ergebnisse gebracht. Viele Länder verpflichteten sich, bis 2050 aus fossilen Energien auszusteigen und sagten erhebliche Mittel für die Klimafinanzierung zu. Die Vereinbarung zum Kohleausstieg war jedoch nicht so ehrgeizig wie

erhofft, und es gab keinen Konsens über den Umgang mit Verlusten und Schäden, die durch den Klimawandel verursacht werden. Trotz dieser Einschränkungen war der Gipfel ein Schritt in die richtige Richtung, da die Emissionsreduktionsziele ehrgeiziger geworden sind und die Anpassung an den Klimawandel in den Mittelpunkt gerückt wurde. Die Herausforderung besteht nun darin, diesen Verpflichtungen Taten folgen zu lassen und für eine effektive Umsetzung zu sorgen. Auch wenn insgesamt noch viel zu tun bleibt, hat der Gipfel gezeigt, dass sich die Welt bei der Bekämpfung des Klimawandels in die richtige Richtung bewegt. ♦

WIR SIND DIE BRANDMAUER

Von Julia Duchrow

Ein Aufruf ist derzeit allgegenwärtig: »Wir sind die Brandmauer«. Es ist eine Aufforderung, sich einzumischen und laut zu werden. Es gilt, jene von der Macht fernzuhalten, deren politisches Geschäft es ist, Hass und Hetze zu verbreiten.

Bei den Europawahlen im Juni könnten politische Kräfte triumphieren, die die Menschenrechte angreifen. Das Europaparlament war in der Vergangenheit ein Korrektiv gegenüber den EU-Mitgliedstaaten, beim Schutz von Flüchtlingen, Datenschutz oder Menschenrechten in globalen Lieferketten. Künftig könnte es ein Scharfmacher sein.

Bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg droht die AfD, stärkste Kraft zu werden. Dies wäre eine Gefahr für die Demokratie, warnt der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle. Schlimmstenfalls könnte die AfD die Regierung stellen. Erste Meinungsmacher*innen empfehlen der CDU, mit der AfD in den Ländern zu koalieren, um sie zu entzaubern.

Eine Brandmauer ist also bitter nötig. Schon jetzt sind menschenfeindliche Positionen unüberhörbar, und sie werden in den Wahlkämpfen an Lautstärke gewinnen. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte fragen sich, ob sie in Zukunft in Deutschland leben können, wie und wo sie wollen. Das ist unerträglich. Auch deshalb braucht es eine laute Zivilgesellschaft, die deutlich macht: Rassismus und Menschenverachtung gehen uns alle an!

Wir alle gehören zu dieser Gesellschaft und werden nicht zulassen, dass menschenrechtsfeindliche Stimmen weiter den Ton angeben.

Amnesty International ist parteipolitisch unabhängig, aber radikal parteiisch, wenn es um die Verteidigung der Menschenrechte geht. Deshalb sind auch wir Teil der Brandmauer. Doch was heißt das?

Es geht darum, eine klare Grenze zu ziehen. Das Fundament der Brandmauer sind die unveräußerlichen Menschenrechte. Dafür gilt es, jene Menschen im Land aufzurütteln, die eine tolerante und solidarische Gesellschaft wollen. Eine Gesellschaft, die sich dem Schutz der Menschenwürde verschreibt, in der gleiche Rechte für alle gelten, in der es freie Medien gibt, in der jeder Mensch seine Meinung frei äußern und dafür demonstrieren kann.

Zu solchen Grundfragen gibt es in unserer Gesellschaft einen breiten Konsens, wie der Soziologe Steffen Mau in seinem Buch »Triggerpunkte« zeigt. Überlagert wird dieser Konsens allerdings von emotionalisierten Konfliktthemen, die von Politik und Medien angeheizt werden. Auch deshalb ist es so wichtig, dass sich Politiker*innen klar von Hass und Hetze distanzieren. Ihre Aufgabe ist es, Lösungen zu finden, statt soziale Fragen und Gruppen gegeneinander auszuspielen. Sonntagsreden gegen Diskriminierung reichen nicht. Die Betroffenen brauchen Gehör und Unterstützung.

Es macht Mut, dass Hunderttausende auf die Straße gehen. Aber ebenso wichtig

Foto: Silke Weinsheimer / Amnesty



sind Gespräche: in der Familie, im Verein, bei der Arbeit. Wir müssen unseren Eltern, Kolleg*innen und Kneipenbekanntschäften deutlich machen, dass vieles verschwinden könnte, was sie an dieser Gesellschaft schätzen, auch wenn sie sich wenig um Politik kümmern. Dabei braucht es auch ein offenes Ohr für Ängste, die einige empfänglich für die Botschaften der Spalter*innen und Hetzer*innen machen. Aber ebenso eine klare Sprache, dass der Schutz der Menschenrechte die Grundlage unseres Zusammenlebens ist und nur dies für alle ein langfristiges Leben in Würde sicherstellt.

»Wer wollen wir sein?«, fragte die Publizistin Carolin Emcke kürzlich in der Süddeutschen Zeitung. Eine Gesellschaft, »in der wir verschieden sein dürfen, ohne einander die Menschlichkeit abzusprenken? Das müssen sich alle fragen, die Respekt nur denen zollen wollen, die so aussehen oder glauben oder lieben wie sie selbst.«

Es ist an der Zeit, Farbe zu bekennen und Menschen in die Pflicht zu nehmen. Es kommt auf uns an. Jetzt. ♦

Julia Duchrow ist Generalsekretärin der deutschen Amnesty-Sektion.

IMPRESSUM

Amnesty International Deutschland e.V.

Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
Tel.: 030-420248-0
E-Mail: info@amnesty.de
Internet: www.amnesty.de

Redaktionsanschrift: Amnesty International, Redaktion Amnesty Journal
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin
E-Mail: journal@amnesty.de
Adressänderungen bitte an: info@amnesty.de

Redaktion: Maik Söhler (V.i.S.d.P.), Uta von Schrenk, Nina Apin, Tobias Oellig, Pascal Eichhorn, Florian Oswald

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Nadja Ahmad, Birgit Albrecht, Markus Bickel, Alexander Bühler, Julia Duchrow, Hannah El-Hitami, Julia Eymmer, Bettina Rühl,

Oliver Grajewski, Felix Haug, Bernhard Hertlein, Christian Jakob, Astrid Kaminski, Jürgen Kiontke, Helena Kreiensiek, Sabine Küper-Büsch, Felix Lill, Patrick Loewenstein, Sebastian Lupke, Frank Odenthal, Arndt Peltner, Ralf Rebmann, Wera Reusch, Till Schmidt, Franziska Ulm-Düsterhöft, Thomas Winkler, Lina Wöhlert, Marlene Zöhrer

Layout und Bildredaktion:
Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

Druck und Verlag: Kolibri Druck, Nürnberg

Spendenkonto: Amnesty International Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00
BIC: BFS WDE 33XXX
(Konto: 80 90 100, BLZ: 370 205 00)

ISSN: 2199-4587

Das Amnesty Journal ist die Zeitschrift der deutschen Sektion von Amnesty International und erscheint sechs Mal im Jahr. Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Artikel oder Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder. Die Urheberrechte für Artikel und Fotos liegen bei den Autor*innen, Fotograf*innen oder beim Herausgeber. Der Nachdruck von Artikeln aus dem Amnesty Journal ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken, Mailboxen, für die Verbreitung im Internet oder für Vervielfältigungen auf CD-Rom.





BEWAHREN SIE DIE MENSCHENRECHTE MIT IHREM TESTAMENT.

Gestalten Sie eine Zukunft, in der jeder Mensch
in Würde, Recht und Freiheit leben kann.

Jedes Testament ist anders und sollte unbedingt passgenau zugeschnitten sein. In einem kostenfreien Telefongespräch mit unserer Fachanwältin können sich alle, die Amnesty bedenken und damit die Menschenrechte bewahren möchten, individuell informieren.

Gerne vermitteln wir das Gespräch, sprechen Sie uns einfach darauf an.
Sie erreichen uns unter: **030 420 248 354** oder **testament@amnesty.de**



Mehr Informationen unter:
www.amnesty.de/testament

AMNESTY
INTERNATIONAL

